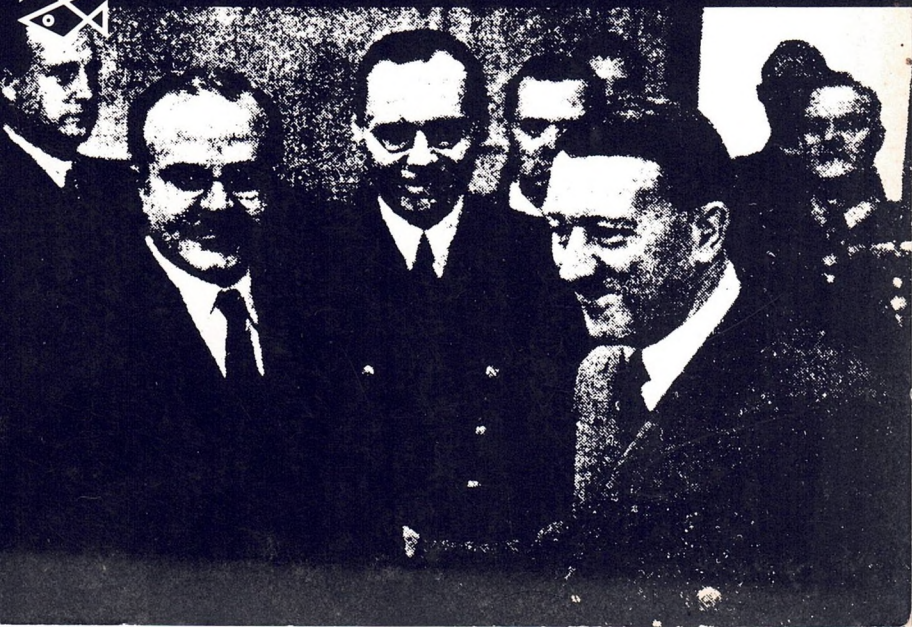


Hitler-Stalin- Pakt 1939

Das Ende Ostmitteleuropas?

Herausgegeben von Erwin Oberländer
Fischer



»Damals [am 23.8.1939] schlossen zwei Diktatoren ein Übereinkommen ab mit einer Geheimklausel über die Teilung ihrer Nachbarstaaten, die eigene Hauptstädte, Regierungen und Parlamente hatten.

Das bedeutete nicht nur die Entfesselung eines entsetzlichen Krieges; überdies wurde das Kolonialprinzip wieder eingeführt, demzufolge Nationen nicht mehr als Viehherden sind, gekauft oder verkauft werden nach dem Gutdünken ihres jeweiligen Besitzers. Ihre Grenzen, ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Pässe hörten zu existieren auf.

Und man kann sich nur wundern, wenn man heute im Flüsterton von der Anwendung dieses Grundsatzes durch Diktatoren vor vierzig Jahren spricht. Denn nicht öffentlich bekannte und verurteilte Menschenrechtsverletzungen sind ein langsam wirkendes Gift, das Feindschaft statt Freundschaft zwischen den Völkern stiftet.«

Czesław Miłosz

Rede zur Verleihung des Literatur-Nobelpreises 1980

Fischer



Originalausgabe

ISBN N 3-596-24434-X

Über dieses Buch Am 23.8.1939 schlossen das Deutsche Reich und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt, der mit seinem (von der sowjetischen Regierung noch heute geheimgehaltenen) Zusatzprotokoll als Hitler-Stalin-Pakt in die Geschichte eingegangen ist. Dieser brachte jedoch keinen Frieden, sondern Krieg: Eine Woche später überfielen deutsche Truppen das Nachbarland Polen – der Zweite Weltkrieg war entfesselt.

Seither ist die Diskussion um diesen Vertrag nicht zur Ruhe gekommen. Die Politik der Grossmächte im Sommer 1939 steht in Ost und West im Mittelpunkt des Interesses. Die Autoren dieses Bandes fragen deshalb bewusst nach dem Schicksal jener Staaten, die auf den Inhalt des Paktes keinen Einfluss hatten, von dessen Auswirkungen aber unmittelbar betroffen wurden.

Denn die deutsch-sowjetische «Erwerbsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit» zerstörte 1939/40 die selbständige Existenz einer ganzen europäischen Region: Polen wurde unterworfen und erneut geteilt; Estland, Lettland und Litauen verschwanden von der Landkarte Europas; Finnland entging im Winterkrieg diesem Schicksal nur knapp, wurde aber ebenso wie Rumänien zur Abtretung wichtiger Teile des Staatsgebietes gezwungen. Umsiedlungen und Deportationen Hunderttausender begleiteten das Vorgehen der neuen «Ordnungsmächte». Das Ende Ostmitteleuropas zeichnete sich ab, zumal die betroffenen Völker auch nach dem Krieg keine Chance erhielten, ihre staatliche Selbständigkeit in Freiheit weiterzuentwickeln.

Wie aktuell die bei uns weitgehend vergessenen Folgen des Hitler-Stalin-Paktes in Ostmitteleuropa sind und welche Emotionen sie vor allem unter Esten, Letten, Litauern und Polen gerade in jüngster Zeit zu wecken vermochten, zeigt dieser Band. Er fordert uns zu der Einsicht heraus, dass das «gemeinsame europäische Haus» nur auf das Fundament des Selbstbestimmungsrechts für *alle*, die darin wohnen, gegründet werden kann.

Hitler-Stalin-Pakt 1939

Das Ende Ostmitteleuropas?

Mit Beiträgen von

Rolf Ahmann, Heino Arumäe, Armin Heinen, Jörg K. Hoensch,
Kalervo Hovi, Erwin Oberländer und Gert v. Pistohlkors

Herausgegeben von

Erwin Oberländer



Fischer
Taschenbuch
Verlag

Lektorat: Walter H. Pehle

Originalausgabe
Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, August 1989

© 1989 Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Buchholz / Hinsch / Hensinger
unter Verwendung eines Fotos von den Verhandlungen Molotows in Berlin
im November 1940. In der Mitte Hitler, Botschaftsrat Hilger (Übersetzer)
und Molotow. Es ist das einzige Foto von Hitler, das je in der «Prawda»
erschienen ist. (Foto: TASS)

Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3-596-24434-X

Inhalt

Vorwort.....	9
Erwin Oberländer Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen	13
Rolf Ahmann	
Der Hitler-Stalin-Pakt: Nichtangriffs- und Angriffsvertrag?	26
Jörg K. Hoensch Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen.....	43
Kalervo Hovi Der Hitler-Stalin-Pakt und Finnland.....	61
Gert von Pistohlkors Der Hitler-Stalin-Pakt und die Baltischen Staaten	75
Armin Heinen Der Hitler-Stalin-Pakt und Rumänien	98

Epilog

Heino Arumäe Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt .	114
---	-----

Anhang

Dokumente

1. Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (23.8.1939).....	125
2. Geheimes Zusatzprotokoll (23.8.1939).....	127
3. Sekretnyj dopolnitel'nyj protokol (Russische Urschrift des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23.8.1939).....	129
4. Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag (28.9.1939) ...	131
5. Geheimes Zusatzprotokoll (28.9.1939).....	133
6. Geheimes Zusatzprotokoll (28.9.1939).....	135
7. Vertrauliches Protokoll (28.9.1939)	136

8. Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR vom 28.9.1939	137
Anmerkungen.....	138
Die Mitarbeiter des Bandes	148



Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen. –
O. Halecki, Grenzraum des Abendlandes. Salzburg 1956.

Vorwort

Vor fünfzig Jahren, am 23. August 1939, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffspakt, den der damalige sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, W. Molotow, in seiner Rede anlässlich der Ratifizierung des Vertrags durch den Obersten Sowjet am 31. August 1939 als einen «Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht nur Europas allein» bezeichnete. Mit dieser Einschätzung sollte er zwar grundsätzlich recht behalten, doch wurde bereits am darauffolgenden Tag mit dem deutschen Überfall auf Polen offenbar, dass es sich nicht um einen Wendepunkt zum Frieden, sondern um einen Wendepunkt zum Krieg, zur Zerstörung der zwischen Deutschland und der UdSSR gelegenen Staatenwelt, zur Teilung Europas handelte.

Die Folgen wirken bis heute fort – nicht nur in den politischen Beziehungen, sondern auch im Bewusstsein der Betroffenen. Darauf hat beispielsweise der polnische Schriftsteller Czeslaw Milosz eindringlich hingewiesen, als er am 10. Dezember 1980 in seiner Rede bei der Verleihung des Nobelpreises für Literatur dazu aufforderte, den 23. August alljährlich als Trauertag zu begehen:

«Damals schlossen zwei Diktatoren ein Übereinkommen ab mit einer Geheimklausel über die Teilung ihrer Nachbarstaaten, die eigene Hauptstädte, Regierungen und Parlamente hatten. Das bedeutete nicht nur die Entfesselung eines entsetzlichen Krieges; überdies wurde das Kolonialprinzip wieder eingeführt, demzufolge Nationen nicht mehr als Viehherden sind, gekauft oder verkauft werden nach dem Gutdünken ihres jeweiligen Besitzers. Ihre Grenzen, ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Pässe hörten zu existieren auf. Und man kann sich nur wundern, wenn man heute im Flüsterton, den Finger auf den Lippen, von der Anwendung dieses Grundsatzes durch Diktatoren vor vierzig Jahren spricht. Denn nicht öffentlich bekannte und verurteilte Menschenrechtsverletzungen sind ein langsam wirkendes Gift, das Feindschaft statt Freundschaft zwischen den Völkern stiftet.»¹

Diese letzte Bemerkung galt einem besonders wunden Punkt in den Beziehungen zwischen den betroffenen Völkern und der Sowjetunion, nämlich der Tatsache, dass die sowjetische Seite die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Pakt, die erstmals während des Nürnberger Prozesses bekannt wurde, bis heute hartnäckig leugnet. Für die betroffenen Völker – ausser den Finnen inzwi-

schen sämtlich «sozialistische Brudervölker» – folgte daraus, dass die zwischen Hitler und Stalin 1939 vereinbarte Teilung Ostmitteleuropas der öffentlichen Diskussion entzogen war, ja nicht einmal erwähnt werden durfte. In Polen, Rumänien und den Baltischen Staaten meldeten sich zwar 1988 einzelne Historiker zu Wort, die das Geheimprotokoll und die darin enthaltene Festlegung von Interessensphären öffentlich verurteilten.² Generalsekretär Gorbatschow erklärte jedoch in einem Schreiben an polnische Intellektuelle im Herbst 1988 ebenso unmissverständlich wie vielsagend, dass die Echtheit des Dokuments nicht erwiesen sei und seine Anerkennung durch die sowjetische Führung deshalb einen «gefährlichen Präzedenzfall» schaffen würde. Immerhin nannte er den «Grenz- und Freundschaftsvertrag», den Deutschland und die UdSSR nach der Niederlage Polens am 28. September 1939 abgeschlossen hatten, «einen politischen Fehler mit schwersten Folgen für uns, für andere Länder und für die kommunistische Bewegung».³

In der historischen Forschung zum Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 stehen auf westlicher wie auf sowjetischer Seite die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen vom Sommer 1939, die Motive Stalins für den plötzlichen Vertragsabschluss mit Deutschland sowie dessen Bedeutung für den Kriegsausbruch – kurz die Politik der Grossmächte im Mittelpunkt des Interesses. Auch die jüngste sowjetische Diskussion um die Einschätzung des Vertrags (nicht des Geheimen Zusatzprotokolls!) wird von der Frage beherrscht, wem der Vertrag mehr genützt habe: Hitler, dem er vor dem Angriff auf die Sowjetunion die Unterwerfung grosser Teile Europas ermöglichte, oder Stalin, dem er einen andert-halbjährigen Aufschub des Krieges gewährte. Diese Fragestellung entspricht zwar dem Selbstverständnis der 1939 verhandelnden Grossmächte, lässt aber die Opfer ihrer Politik völlig ausser Betracht.

Die Autoren des vorliegenden Bandes fragen deshalb bewusst nach dem Schicksal der «anderen Länder», die auf den Inhalt des Pakts keinen Einfluss hatten, von dessen Auswirkungen aber unmittelbar betroffen wurden. Denn die durch den Pakt begründete deutsch-sowjetische «Erwerbsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit» zerstörte 1939/40 die selbständige Existenz einer ganzen europäischen Region: Polen wurde unterworfen und geteilt; Estland, Lettland und Litauen verschwanden von der Landkarte Europas; Finnland entging im Winterkrieg diesem Schicksal nur knapp, wurde aber ebenso wie Rumänien zur Abtretung wichtiger Teile seines Staatsgebiets gezwungen. Umsiedlung und Deportation Hunderttausender begleiteten das Vorgehen der neuen «Ordnungsmächte». Das Ende Ostmitteleuropas zeichnete sich ab.

Inzwischen ist der grösste Teil dieser Region seit viereinhalb Jahrzehnten fest

in den sowjetischen Herrschaftsbereich eingegliedert, er zählt zur östlichen Hälfte des geteilten Europas. Das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker ist nicht wiederhergestellt worden. Im Gegensatz zu der verbreiteten Meinung, dass dies in erster Linie auf das Versagen der Westmächte bzw. die skrupellose Politik der UdSSR bei Kriegsende zurückzuführen sei, erinnern der Hitler-Stalin-Pakt und das mit ihm unterzeichnete Geheime Zusatzprotokoll eindringlich daran, dass es zunächst deutsche Lebensraumpolitik war, die 1939 die Staaten Ostmitteleuropas zur Disposition stellte und 1941 einen Krieg auslöste, bei dem es von Anfang an keinen Zweifel daran gab, dass der Sieger – ob Hitler oder Stalin – den Völkern dieser Region keine Chance geben würde, ihre zwischen 1919 und 1939 mühsam konsolidierte staatliche Selbständigkeit in Freiheit weiterzuentwickeln.

Wie aktuell diese bei uns weitgehend in Vergessenheit geratenen Vorgänge in Ostmitteleuropa sind und welche Emotionen sie vor allem unter Esten, Letten, Litauern und Polen in jüngster Zeit wieder zu wecken vermochten, zeigen die einzelnen Beiträge dieses Sammelbandes. Sie fordern uns zu der Einsicht heraus, dass das heute so häufig beschworene «gemeinsame europäische Haus» nur auf das Fundament des Selbstbestimmungsrechts für *alle*, die darin wohnen, zu gründen ist.

Als Beispiel für die andauernde Aktualität des Vertrags wurde der im August 1988 in estnischer und russischer Sprache in Tallinn erschienene Aufsatz des estnischen Historikers Heino Arumäe in diesen Band aufgenommen, der zugleich einen Meilenstein in der sowjetischen Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg darstellt, weil Arumäe als erster nach 49 Jahren den vollen Wortlaut des Geheimen Zusatzprotokolls veröffentlicht und schärfste Kritik an der bisher unveränderten offiziellen sowjetischen Bewertung des Vertrags übt – nicht zuletzt aus der Sicht eines der vom Hitler-Stalin-Pakt unmittelbar betroffenen Völker. Die deutsche Fassung wurde um die Vorgeschichte des Pakts gekürzt.

Im Anhang sind alle mit dem Nichtangriffspakt vom 23. August und dem Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zusammenhängenden Dokumente enthalten. Um den Sowjethistorikern künftig die Übersetzung aus den «Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik»⁴ zu ersparen, ist auch die russische Fassung des Geheimen Zusatzprotokolls als Dokument 3 in faksimilierter Kopie aufgenommen worden. Weiterführende Literatur wird in den Anmerkungen zu den einzelnen Beiträgen genannt.

Erwin Oberländer

Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen

Zwischen 1919 und 1939 existierten in der von Finnland bis Griechenland reichenden Region Ostmitteleuropa zwölf selbständige Staaten. Sie alle waren auf dem Wege der Abtrennung von Grossreichen entstanden. Was den Balkanstaaten dank der Schwäche des Osmanischen Reiches bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts schrittweise gelungen war, ermöglichten der Zusammenbruch des Habsburgerreiches sowie die nachhaltige Schwächung Russlands und Deutschlands am Ende des Ersten Weltkriegs auch den übrigen Völkern Ostmitteleuropas: die Bildung souveräner Nationalstaaten. Sechs von ihnen wurden 1918/1919 neu geschaffen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Tschechoslowakei; für die anderen sechs – Ungarn, Rumänien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien), Bulgarien, Albanien und Griechenland – veränderten sich die inneren und äusseren Existenzbedingungen erheblich.¹

Das nationale Prinzip hatte sich damit auch in Ostmitteleuropa durchgesetzt. Die Führer der neuen Staatsnationen vertrauten darauf, mit dem souveränen Nationalstaat, gestützt auf ein demokratisch-parlamentarisches Regierungssystem sowie auf die internationale Kooperation gleichberechtigter Staaten, alle Probleme lösen zu können. Der soeben zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählte Philosophieprofessor Thomas G. Masaryk verlieh dieser Hoffnung in seiner ersten Botschaft an die tschechoslowakische Nationalversammlung am 22. Dezember 1918 mit folgenden Worten Ausdruck: «Die kleinen Völker sind befreit. Die negative Aufgabe des Krieges ist erfüllt; für Europa entsteht eine positive Aufgabe, Osteuropa und damit Europa und die Menschheit überhaupt zu organisieren. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Zeit, in der die ganze Menschheit ihre Einheit fühlt...»² Knapp zwei Jahrzehnte später, 1935, bekannte derselbe Masaryk gegenüber der englischen Publizistin Elisabeth Wiskemann mit unüberhörbarer Resignation, «dass ein so kleines Land wie das seine kaum mehr erhoffen dürfe als dann und wann zwei Jahrzehnte der Freiheit».³

Wie kam es zu diesem radikalen Umschwung in der Einschätzung der Chancen Ostmitteleuropas? Zur Beantwortung dieser Frage sollen im folgenden Überblick die nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen diese «Anfangsdemokratien» zu kämpfen hatten, sowie die internationalen Machtver-

hältnisse dargelegt werden, die sich in den dreissiger Jahren ständig zuungunsten Ostmitteleuropas veränderten und schliesslich zum Verlust der Unabhängigkeit für die zwischen die Blöcke geratene Region führten.

Die meisten Staaten Ostmitteleuropas hatten Anfang der zwanziger Jahre die in Westeuropa entwickelte demokratisch-parlamentarische *Staatsverfassung* übernommen. Das entsprach nicht nur der eigenen Überzeugung, sondern auch den Erwartungen der siegreichen Mächte der Entente, auf deren Unterstützung man angewiesen war. Die Aussichten, dass die Parlamentsherrschaft auch funktionieren werde, waren allerdings nicht eben günstig, setzte dies doch die Bereitschaft aller im Staat lebenden Gruppen zu gemeinsamer Regierung sowie eine einigermaßen ausgewogene Gesellschaftsstruktur mit stabilen Mittelschichten voraus. Vor allem den grösseren Staaten der Region gelang es in den zwei Jahrzehnten zwischen den Kriegen nicht, auch nur ansatzweise ein homogenes Staatsvolk zu bilden, das diese Voraussetzungen erfüllte. Nationale und soziale Gegensätze standen dem im Wege.

I.

Das *nationale* Prinzip, das in Ostmitteleuropa die Grundlage für die Entstehung unabhängiger Nationalstaaten bildete, wirkte sich wegen der schwerwiegenden Minderheitenprobleme, die es hervorrief, zugleich als Belastung für die meisten Staaten aus. Dies lag in erster Linie daran, dass sich die Siedlungsgebiete der dort lebenden Völker so weitgehend überschneiden, dass eine gerechte und alle Beteiligten befriedigende Grenzziehung nicht zu verwirklichen war. Erschwerend kam hinzu, dass die Polen, Tschechen, Serben und Rumänen als auf der Seite der Sieger stehende Völker bei den Grenzregelungen auf der Pariser Friedenskonferenz zu Lasten der Verlierer, der Ungarn, Bulgaren und Deutschen, bevorzugt worden waren. Nationale Spannungen prägten daher die zwischenstaatlichen Beziehungen ebenso wie die innenpolitische Entwicklung einzelner Staaten.

So wurden gute Beziehungen zwischen Litauen und Polen dadurch unmöglich gemacht, dass Polen sich 1919/20 in den Besitz der alten litauischen Hauptstadt Wilna gesetzt hatte, und zwischen Polen und der Tschechoslowakei stand der Streit um das wirtschaftlich bedeutende Teschen einer Zusammenarbeit im Wege. Die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien fühlten sich vom Revisionismus Ungarns bedroht. Bulgarien wiederum erhob Forderungen ge-

genüber Jugoslawien, Rumänien und Griechenland. Langfristig noch gefährlicher waren die Grenzprobleme mit benachbarten Grossmächten: Deutschland strebte nach einer Revision der deutsch-polnischen Grenze sowie nach der Rückgabe Memels von Litauen; die UdSSR hatte sich mit dem Verlust Bessarabiens an Rumänien keineswegs abgefunden und behielt auch die östlichen Provinzen Polens (mit mehrheitlich weissrussischer bzw. ukrainischer Bevölkerung) im Auge, während Italien es vor allem auf die zu Jugoslawien bzw. Albanien gehörende Adriaküste abgesehen hatte.

Im innenpolitischen Bereich war es das Streben der Mehrheitsvölker, im Sinne des Nationalprinzips die volle Identität von Staat und Nation zu erreichen und nur *eine* Nationalkultur gelten zu lassen, das den Widerstand der nationalen Minderheiten herausforderte, die in einigen Staaten einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellten (in Polen waren es 35%, in der Tschechoslowakei 33%, in Rumänien 25%, in Litauen 20%). Sie fühlten sich von der «Auslöschung» bedroht und wandten sich – wie vor allem die Ungarn, Bulgaren und Deutschen – hilfesuchend an jene Staaten, in denen ihre Nationen die Mehrheit bildeten. Sie nährten dadurch die Furcht der jeweiligen Staatsnation vor Eingriffen von aussen bzw. vor separatistischen Bestrebungen. Die von der Pariser Friedenskonferenz diktierten und vom Völkerbund garantierten Minderheitenschutzverträge kamen kaum zur Anwendung.

Eine besondere Kategorie bildeten schliesslich jene drei Völker, die zwar offiziell als Staatsnationen galten, sich aber tatsächlich als Minoritäten fühlten, nämlich die Slowaken in der Tschechoslowakei (51% Tschechen, 16% Slowaken bei 23% Deutschen) und die Kroaten und Slowenen in Jugoslawien (44% Serben, 30% Kroaten, 9% Slowenen). Die Slowaken warfen den ökonomisch und kulturell überlegenen Tschechen vor, sie zu majorisieren und ihre Interessen zu wenig zu berücksichtigen, und die im Vergleich zu den Serben wirtschaftlich und kulturell fortgeschritteneren Kroaten und Slowenen fühlten sich durch den Belgrader Zentralismus in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Derart ausgeprägte nationale Gegensätze erwiesen sich als schwere Hypothek für die parlamentarische Demokratie. Schnell gewann die bereits um die Jahrhundertwende in der österreichischen Sozialdemokratie heftig diskutierte Frage, ob das Prinzip der demokratischen Mehrheitsregierung auf einen multinationalen Staat überhaupt anwendbar sei, erneute Aktualität. Es wäre sicher konstruktiver gewesen, das Bekenntnis zur *politischen* Ordnung, die Mitsprache im gemeinsamen Staat in den Mittelpunkt der Integrationsbemühungen zu stellen und Fragen der Amtssprache, der Schulpolitik, der Kultur etc. den Mehrheitsentscheidungen zu entziehen und entweder den Minderheiten selbst

oder besonderen Nationalitätenräten zu überlassen. Der Nationalismus der Staatsnationen liess dies jedoch vor allem in den grösseren Staaten nicht zu, er wurde damit selbst zur Bedrohung für den von ihm erkämpften Nationalstaat. Dies zeigte sich am deutlichsten am Beispiel der Tschechoslowakei, in der es Hitler schliesslich gelang, die deutschen Minderheiten und die slowakischen Autonomiebestrebungen in den Dienst seiner Lebensraum- und Expansionspolitik zu stellen. Demgegenüber bewiesen Estland und Lettland, dass es durchaus möglich war, den Minderheiten mit Hilfe der Kultur- bzw. Schulautonomie das Bekenntnis zum neuen Staatswesen zu erleichtern.

II.

Neben den nationalen Gegensätzen erschwerten vor allem die unvollkommenen *gesellschaftlichen* Voraussetzungen das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie in Ostmitteleuropa. Allein die Tschechoslowakei verfügte über eine ausgeglichene Sozialstruktur und stabile Mittelschichten, was sich jedoch aufgrund der nationalen Gegensätze nicht in dem erhofften Masse zugunsten einer Festigung des demokratischen Staatswesens auswirken konnte. Zwar blieb die demokratische Verfassung in der Tschechoslowakei bis zu deren Ende 1939 erhalten, allerdings um den Preis «einer vorbeugenden Kontrolle der politischen Praxis», die die fünf grössten tschechischen Parteien mittels der «Petka», eines Fünferausschusses, der dem Parlament gleichsam vorgeschaltet war, zum Nachteil der nationalen Minderheiten ausübten, was zweifellos auch einer Einschränkung der Demokratie gleichkam.⁴ In den meisten anderen Staaten sorgten die ökonomische Rückständigkeit sowie die ausgeprägten sozialen Gegensätze sehr schnell für ein scharfes Missverhältnis zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit.⁵

Für die in ihrer Mehrheit bäuerliche Bevölkerung Ostmitteleuropas bot das parlamentarische Regierungssystem mit Wahlen zunächst einmal die Möglichkeit, sich überhaupt erst politisch zu organisieren und die Vertretung eigener Interessen in die Hand zu nehmen. Bauernparteien spielten daher in der Zwischenkriegszeit in ganz Ostmitteleuropa von Finnland bis Bulgarien eine bedeutende Rolle; nicht zufällig residierte die 1921 gegründete «Grüne Internationale» in Prag. Neben Parteien eines modernen, eher mittelständisch geprägten Bauerntums wie etwa in Finnland, Estland, Lettland und der Tschechoslowakei gab es ausgesprochen sozialrevolutionär ausgerichtete Bauernparteien, die vor allem auf dem Balkan ein in extremer Armut lebendes Bauerntum repräsentierten und in einer «Bauerndemokratie» den für Ostmitteleuropa ange-

messenen «dritten Weg» zwischen dem Kapitalismus des Westens und dem Sozialismus Sowjetrusslands erblickten. Als Prototyp einer radikalen Bauernpartei galt A. Stambolijskis Bauernbund in Bulgarien; Stambolijski, der als Ministerpräsident von 1920 bis 1923 nahezu unumschränkte Regierungsvollmachten besass und wichtige innenpolitische Reformgesetze auf den Weg brachte, scheiterte schliesslich an seinen extrem antibürgerlichen Ressentiments, die ihn zu einer mit Demagogie und Gewalt betriebenen Politik der Abschirmung der angeblich heilen bäuerlichen Welt vor den verderblichen Einflüssen der städtischen Gesellschaft verleiteten. Der Fehlschlag der radikal-demokratischen und antistädtischen Bauernpolitik trug gerade in den Balkanstaaten zu einer sehr weitgehenden Entfremdung zwischen den Bauern und den übrigen Gruppen der Gesellschaft bei.⁶

Die Führungsschwäche des sich gerade erst organisierenden Bauerntums und der eben erst entstehenden Mittelschichten sowie ein extrem zersplittertes Parteiensystem, das demokratische Mehrheitsbildungen verhinderte und kontinuierliche Regierungsarbeit durch häufige Regierungswechsel unmöglich machte, führten dazu, dass die «politische Bürokratie» in den Staaten Ostmitteleuropas praktisch autonom regierte. Es lag nicht zuletzt im Interesse dieser Bürokratie, das parlamentarische Übergewicht zugunsten einer Stärkung der Exekutive einzuschränken. Dieses Ziel wurde schliesslich erreicht, indem man zu autokratischen Regierungsformen überging, bei denen es sich jedoch trotz mancher Anleihen nicht um faschistische Regime handelte. Es fällt auf, dass sich diese Entwicklung zwischen 1926 (Polen) und 1938 (Rumänien) in *allen* ostmitteleuropäischen Staaten mit Ausnahme von Finnland und der Tschechoslowakei vollzog, was sicher nicht allein mit dem durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten «Sog des politischen Extremismus» erklärt werden kann.

Die neuen autoritären Herrschaftssysteme, mit deren Hilfe man angeblich krisenhafte Parlamentsherrschaften «sanieren» (Polen und Litauen 1926, Rumänien 1938), nationale Gegensätze neutralisieren (Jugoslawien 1929), den Folgen der Weltwirtschaftskrise und den Machtansprüchen der von ihr freigesetzten rechtsextremen Bewegungen wehren (Estland und Lettland 1934) oder bürgerkriegsähnliche Zustände beenden wollte (Bulgarien 1934), wurden gelegentlich auch als «Regentschaften für die bedrohte Demokratie» bezeichnet. Dennoch ist man nirgends zum liberalen System der zwanziger Jahre zurückgekehrt. Vielmehr verstärkten die Integrations- und Wirtschaftserfolge des nationalsozialistischen Herrschaftssystems bei einigen dieser Regime die autoritären Züge, ohne sie allerdings in die Lage zu versetzen, mit den anstehenden Problemen kurzfristig besser fertig zu werden als ihre demokratischen Vorgänger.

Dass aber diese Regime «ohne das verführerische totalitäre Vorbild nicht zu denken gewesen wären»⁷, erscheint fraglich, denn die heutigen Erfahrungen mit demokratischen Systemen in Entwicklungsländern erhärten den Eindruck, dass nationale Emanzipation nicht unbedingt zu demokratischer Regierungsform führt.

III.

Wenn eine hohe Agrarquote, geringe Arbeitsproduktivität und Überbevölkerung in der Landwirtschaft, unzureichende Marktorganisation, Kapitalmangel und weitgehende Abhängigkeit vom Handel mit Industrieländern Strukturmerkmale von Entwicklungsländern sind, dann bildeten die Staaten Ostmitteleuropas mit eben diesen *Wirtschaftsproblemen* in der Tat die «Dritte Welt im damaligen Europa» (D. Senghaas). Hier ist allerdings die industriell fortgeschrittene Tschechoslowakei auszunehmen und im Übrigen ein gewisses Nord-Süd-Gefälle zu beobachten, in dem Finnland, Estland und Lettland vor allem in den dreissiger Jahren dank eines gefestigten bäuerlichen Mittelstandes und entwickelter Leichtindustrie vor Polen und Ungarn rangierten, die ihrerseits wiederum besser abschnitten als die Balkanstaaten.⁸

Die wirtschaftliche Ausgangssituation der ostmitteleuropäischen Staaten wurde entscheidend von den Grenzziehungen geprägt. Im Gegensatz zum Trend von Handel und Industrie, grössere Räume zusammenzufassen, zerschlug die Nationalstaatsbildung in Ostmitteleuropa historisch gewachsene Wirtschaftsräume wie das Habsburgerreich (in dem 52 Millionen Einwohner gelebt hatten). Teile Polens, die Baltischen Staaten und Finnland wurden aus ihren traditionellen Wirtschaftszusammenhängen herausgelöst, vom russischen Markt, in den sie bisher integriert waren, abgeschnitten. Daraus ergaben sich umgekehrt neue Integrationsprobleme besonderer Art in Polen, Rumänien und Jugoslawien, die nun Gebiete ganz unterschiedlicher Herkunft und Entwicklungsstufen erst einmal zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum verbinden mussten. In Polen waren beispielsweise Kongresspolen und die östlichen Provinzen in den russischen, Galizien in den österreichischen und Posen in den deutschen Wirtschaftsraum integriert gewesen. Überdies bedeuteten 20'000 km neue Grenzen auch Zollschranken, neue Währungen, Zwang zur Schaffung neuer Infrastrukturen, Suche nach neuen Partnern.⁹

Bei den neugegründeten Staaten Ostmitteleuropas handelte es sich bis auf die Tschechoslowakei durchweg um Agrarstaaten, deren Bevölkerung auf dem Balkan beispielsweise um 1930 zwischen 72 und 80%, in Litauen um 70% und in Polen, Finnland, Estland, Lettland und Ungarn zwischen 51 und 57% von der

Landwirtschaft abhing; zum Vergleich seien die Zahlen für die Tschechoslowakei mit 39%, Deutschland mit 20% und England mit 5% genannt. Der Grund und Boden war in diesen Ländern teilweise äusserst ungerecht verteilt, Grossgrundbesitz und unrentable Kleinbauernhöfe standen einander häufig ohne Zwischenstufen gegenüber. Voraussetzung für jegliche landwirtschaftliche Modernisierung war daher eine Bodenreform; dass diese wenigstens in einigen Ländern konsequent durchgeführt wurde, hatte allerdings vorwiegend politische Gründe. Einmal sollten die Bauern für den neuen Staat gewonnen werden; zum anderen galt es, Agrarrevolutionen nach dem Vorbild Russlands vorzubeugen und die Bauern gegen die kommunistische Propaganda zu immunisieren; und schliesslich bedeutete die Bodenreform in einigen Ländern zugleich die Entmachtung nationaler Minderheiten, waren doch die Gutsbesitzer in Estland und Lettland im Wesentlichen Deutsche, in Litauen Polen und im nun rumänischen Siebenbürgen Ungarn. Das Ergebnis der Bodenreform fiel in den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas sehr unterschiedlich aus. Während der Grossgrundbesitz in Polen teilweise, in Ungarn und Rumänien weitgehend erhalten blieb, stieg auf dem Balkan die Zahl der Klein- und Zwergbauern noch an; nur in der Tschechoslowakei, Estland und Lettland stärkte die Bodenreform die Mittelbauern. In den meisten Ländern war also wegen der erhöhten Zahl der Kleinbauern und der versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande kein nennenswerter Beitrag der Landwirtschaft zur Kapitalbildung zu erwarten.

Die vom Wirtschaftsnationalismus durchdrungenen Staatsführungen gingen nun mit den Mitteln des Staatssubventionismus und Protektionismus daran, in jedem Land eine kapitalistische Volkswirtschaft zu errichten. Dabei waren drei grosse Hindernisse zu überwinden: die agrarische Überbevölkerung, Kapitalmangel und fehlende ausländische Handelsmärkte. Alle drei Probleme hingen eng miteinander zusammen und waren ohne Hilfe von aussen – in Gestalt von Krediten und Auslandsinvestitionen – nicht zu lösen. Dass diese «Starthilfe» zur Schaffung von überlebensfähigen und selbständigen Gemeinwesen in den zwanziger Jahren von Frankreich und Grossbritannien gewährt wurde, beruhte allerdings in erster Linie auf politischem Kalkül: Angesichts der Auflösung des Habsburgerreichs und der Schwächung Russlands musste den Mächten der Entente vor allem daran gelegen sein, Deutschland als Konkurrenten in Ostmitteleuropa auszuschalten und an der Verwirklichung neuer Mitteleuropapläne zu hindern. Zugleich sollte Ostmitteleuropa als cordon sanitaire gegen revolutionäre Einflüsse aus Sowjetrussland bzw. aus der UdSSR immun gemacht werden.

Zunächst wurden bis 1929, in der Phase der sog. kleinen Stabilisierung, mit Hilfe Frankreichs und Grossbritanniens gewisse wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Diese bezogen sich allerdings weniger auf die Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft als vielmehr auf die ersten Schritte zur Industrialisierung, wodurch Arbeitsplätze für die überschüssige Agrarbevölkerung geschaffen werden sollten. Bald stellten sich jedoch Probleme ein, wie sie auch heute für manche Entwicklungsländer bezeichnend sind, denn je schwächer die aussenwirtschaftliche Leistung des einzelnen Landes war, desto mehr Geld aus den Anleihen und Krediten musste sofort der Stabilisierung der Währungen, dem Haushaltsausgleich, dem Schuldendienst zugeführt werden, und entsprechend weniger Mittel blieben für die Modernisierungsaufgaben übrig. Die Abhängigkeit von Auslandsanleihen schränkte den Handlungsspielraum der betroffenen Länder stark ein, zumal Stabilisierungsanleihen vom Völkerbund nur unter der Bedingung der Beaufsichtigung der Währungs- und Finanzpolitik des Schuldners gegeben wurden.¹⁰

Die Weltwirtschaftskrise traf auf die ostmitteleuropäischen Länder gerade in dem Augenblick, als sich das Ende der Anpassungsschwierigkeiten und ein bescheidenes Wirtschaftswachstum abzuzeichnen begannen. Von 1929 an wurden keine Kredite mehr gewährt, vielmehr floss fremdes Kapital seit 1932 aus Ostmitteleuropa ab. Kapital zur Überbrückung der Zahlungsbilanzprobleme konnte jetzt nur noch durch Exportüberschüsse beschafft werden. Da aber die Preise für Getreide und andere Agrarprodukte auf dem Weltmarkt erheblich gesunken waren und nicht nur die kleinen Staaten, sondern auch die Grossmächte mit Abschottungsmassnahmen, ja mit Präferenzen zugunsten der Agrarerzeugnisse ihrer eigenen Kolonien auf die Krise reagierten, sahen sich vor allem die ostmitteleuropäischen Agrarexporteure von ihren traditionellen Absatzmärkten verdrängt. Sie reagierten mit gesteigerter Exportförderung, was wiederum dem Staatsinterventionismus und damit indirekt auch autoritärer Staatsführung Vorschub leistete.

In dieser Situation bot das Deutsche Reich, das seinerseits hoch verschuldet und durch den schrumpfenden Weltmarkt hart betroffen war, auf der Suche nach Absatzmärkten für seine Industrieprodukte hohe Preise und Abnahmegarantien für die ostmitteleuropäischen Agrarprodukte an, die den Lieferländern zugunsten von Importen aus Deutschland gutgeschrieben wurden. Dieser Clearing-Handel entwickelte sich zunächst mit Ungarn und Jugoslawien und wenig später auch mit Bulgarien, Rumänien, Estland und Lettland. Für den Donauraum führte diese Politik der «Grossraumwirtschaft» zu einer sehr weitgehenden aussenwirtschaftlichen Abhängigkeit vom Deutschen Reich, ja einem deut-

schen «informal empire», das zur Schwächung der Kleinen Entente und zur Isolierung der ihr angehörenden Tschechoslowakei genutzt wurde.¹¹ Der cordon sanitaire der Westmächte sollte sich schrittweise in das Vorfeld künftiger deutscher Expansion verwandeln. Die Tschechoslowakei und Polen konnten sich allerdings der deutschen Wirtschaftsoffensive entziehen, während die Baltischen Staaten und Finnland in ihrem Haupthandelspartner Grossbritannien ein gewisses Gegengewicht gegen das Deutsche Reich besaßen.

Insgesamt gesehen ist – trotz intensiver Bemühungen und nicht zu übersehender Fortschritte – die wirtschaftliche Modernisierung in den Staaten Ostmitteleuropas zwischen den Kriegen nur sehr langsam vorangekommen, was in einer Frist von nur zwei Jahrzehnten und unter dem Druck einer Weltwirtschaftskrise kaum anders zu erwarten war. Zudem wurde nirgends in Europa deutlicher spürbar als hier, wie sehr es einer *ökonomischen* Friedensordnung bedurfte, die die politische Friedensordnung des Völkerbundes hätte ergänzen können. Schon zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz und insbesondere während der Weltwirtschaftskrise hat es nicht an Stimmen gefehlt, die dazu aufforderten, den politischen Völkerbund um eine Wirtschaftsgemeinschaft unter Einschluss Deutschlands und der Sowjetunion zu erweitern, um durch gemeinsame wirtschaftliche Anstrengungen den Frieden zu sichern bzw. nach 1930 die Folgen der Krise zu überwinden. Alle derartigen Initiativen, insbesondere seitens des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), in dem auch die Gewerkschaften der ostmitteleuropäischen Staaten vertreten waren, scheiterten am Wirtschaftsnationalismus der grossen wie der kleinen Staaten.¹² Erst nach dem Zweiten Weltkrieg sollte sich die Einsicht durchsetzen, dass dauerhafter Friede ohne enge wirtschaftliche Kooperation einschliesslich der gezielten Unterstützung weniger entwickelter Länder nicht zu erreichen ist.

IV.

Gab es in Ostmitteleuropa eigene sicherheitspolitische Konzeptionen bzw. bündnispolitische Vorkehrungen, um den Frieden zu sichern, den diese «Region im Übergang» mehr als alles andere für ihre weitere politische und wirtschaftliche Konsolidierung brauchte, oder waren die neuen Staaten Ostmitteleuropas hilflos der Politik der Grossmächte ausgeliefert? An Gedankenspielen hat es nicht gefehlt. Dabei waren es vor allem die Polen, die sich von J. Piłsudskis Föderationsideen bis zu J. Becks Politik des «Dritten Europa» berufen glaubten, die Region unter polnischer Führung einigen zu müssen. Auch die Idee einer an

Skandinavien angelehnten Allianz Finnlands und der Baltischen Staaten stand im Mittelpunkt zahlreicher diplomatischer Initiativen, während der Plan einer «Donauföderation» vorwiegend die Phantasie britischer Staatsmänner bis hin zu Churchills Vorschlägen auf den Kriegskonferenzen der Grossen Drei beflügelte.

Tatsächlich abgeschlossen wurden jedoch zwischen 1919 und 1939 nur drei mehrseitige Bündnisverträge: die sogenannte *Kleine Entente* (1921/ 22) zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, der *Balkanpakt*, den Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei im Februar 1934 vereinbarten, sowie die *Baltische Entente*, die im Herbst 1934 Estland, Lettland und Litauen zusammenführte. Bei der Kleinen Entente, die zu Beginn der dreissiger Jahre sogar Grossmachtambitionen erkennen liess, handelte es sich lediglich um ein Defensivbündnis derjenigen Staaten, an die Ungarn grosse Teile seines Territoriums und seiner Bevölkerung verloren hatte und die sich deshalb vor ungarischen Revisionsansprüchen zu schützen wünschten; das Bündnis richtete sich also in erster Linie gegen einen Staat in der eigenen Region. Über dieses gemeinsame Anliegen hinaus betrieb jeder Mitgliedstaat seine eigene Politik, der Bund gewährte international nicht den geringsten Schutz.¹³ Der Balkanpakt verfolgte ähnliche Abwehrtendenzen gegenüber eventuellen revisionistischen Bestrebungen Bulgariens; wie die Kleine Entente stand auch er einem Zusammenschluss der ostmitteleuropäischen Staaten auf breiter Ebene und damit der Erreichung grösserer äusserer Sicherheit im Wege. Die Baltische Entente beschränkte sich von vornherein nur auf gegenseitige Konsultationen, militärische Beistandsverpflichtungen waren nicht vorgesehen.¹⁴

Wie war diese auffallend geringe Bereitschaft, sich um der eigenen Sicherheit willen zusammenzuschliessen, zu erklären? Alle ostmitteleuropäischen Völker, die eben erst ihre politische Selbständigkeit erkämpft hatten, wachten eifersüchtig darüber, diese nicht durch neue Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten auch nur im Geringsten einschränken zu lassen. Darüber hinaus ging man solchen Partnern möglichst aus dem Wege, durch die man in Konflikte mit dritten Mächten hätte hineingezogen werden können. So kam beispielsweise die Baltische Entente erst 1934, nach vierzehnjährigen Bemühungen zustande, weil Estland und Lettland befürchteten, durch ein Bündnis mit Litauen in dessen Grenzkonflikte mit Polen (Wilna) oder Deutschland (Memel) verwickelt zu werden; die Allianz konnte erst geschlossen werden, als Litauen sich bereit erklärte, diese beiden Streitobjekte ausdrücklich aus den gegenseitigen Vereinbarungen auszuklammern. Im Übrigen aber verliessen sich die meisten ostmit-

teleuropäischen Regierungen bis zur Mitte der dreissiger Jahre auf den Völkerbund und seine Führungsmächte, insbesondere auf Frankreich.

Dieses Vertrauen auf Frankreich wirkt rückblickend umso erstaunlicher, als die französische Militärpolitik und die Diskussionen um die Maginot-Linie seit Mitte der zwanziger Jahre klar erkennen liessen, dass Frankreich zur Hilfeleistung ausserhalb seiner Grenzen weder bereit noch in der Lage war. Frankreich verfügte nur über eine Defensivarmee, und den kleineren Verbündeten in Ostmitteleuropa war im französischen Kalkül offenbar nur die Rolle einer «distant Maginot Line» zudedacht, die im Falle eines deutschen Angriffs deutsche Truppen binden sollte, bis Paris mobil gemacht hatte. Die meisten Regierungen Ostmitteleuropas erkannten dies zunächst nicht.¹⁵ Frankreich konnte seinen Bündnisvertrag mit Polen von 1921 durch ähnliche Verträge mit der Tschechoslowakei (1924) und Jugoslawien (1927) sowie durch einen Freundschaftsvertrag mit Rumänien (1926) ergänzen. Die Basis aller dieser Verträge bildete der gemeinsame Wunsch nach Aufrechterhaltung des Status quo in Europa. Der Versuch der französischen Diplomatie, auch Polen an die Kleine Entente heranzuführen, scheiterte jedoch bereits am polnisch-tschechischen Konflikt um Teschen; als Verbindungsglied musste hier der polnisch-rumänische Vertrag von 1921 genügen, der vor allem ein gemeinsames Vorgehen dieser beiden Mächte gegen eventuelle territoriale Ansprüche Sowjetrusslands vorsah.

Der in erster Linie gegen Deutschland gerichteten französischen Bündnispolitik in Ostmitteleuropa standen sowjetische Nichtangriffspaktangebote an Finnland, die Baltischen Staaten und Polen gegenüber, die umgekehrt ganz offensichtlich auf die Eindämmung des französischen und britischen Einflusses in Ostmitteleuropa und damit auf die Neutralisierung des westlichen Vorfelds der UdSSR gerichtet waren. 1926 fand sich jedoch lediglich Litauen zum Vertragsabschluss bereit, das wegen seines gespannten Verhältnisses zu Deutschland und Polen schon seit 1920 gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten hatte. 1932 dagegen gelang es der UdSSR bereits, mit Polen, Lettland, Estland und Finnland Nichtangriffsverträge abzuschliessen, die den beiderseitigen Sicherheitsinteressen entsprachen. Zugleich signalisierten diese Verträge auch das besondere Interesse der UdSSR an dieser Region, nachdem das Deutsche Reich neue ostpolitische Aktivitäten zu entfalten begann. Alle diese Nichtangriffsverträge waren 1939/40 noch in Kraft!

Als die Führer Polens 1932 das sowjetische Angebot eines Nichtangriffspakts akzeptierten, gaben sie zu erkennen, dass sie sich in Zukunft nicht mehr allein auf Frankreichs Unterstützung verlassen wollten. Dies wurde in Frankreich als schwerer Prestigeverlust empfunden. Noch grösser aber war das Entsetzen auf

französischer Seite, als Polen Ende 1933 auf Hitlers taktisch gemeinte «Friedensoffensive» einging und im Januar 1934 auch einen Nichtangriffsvertrag mit dem Deutschen Reich abschloss.¹⁶ Die von Polen mit Hilfe der beiden Nichtangriffspakte beabsichtigte Balance-Politik zwischen den Blöcken geriet jedoch bereits ins Wanken, als die französische Diplomatie der UdSSR den Weg in den Völkerbund ebnete (Beitritt am 18. September 1934) und sich eine engere Kooperation zwischen Frankreich und der UdSSR anbahnte, die Polen unfreiwillig näher an Deutschland heranrückte. Dass Polen damit jeden Versuch der anderen Mächte, Hitler durch geschlossenes Auftreten rechtzeitig in seine Schranken zu weisen, ausserordentlich erschwerte, sollte wenig später in der Diskussion um den sog. Ostpakt deutlich werden.

Denn Frankreich sah sich nun durch die deutsch-polnische Annäherung und das Scheitern der Abrüstungskonferenz 1934 veranlasst, neue sicherheitspolitische Vorkehrungen zu treffen. Im Verein mit der UdSSR – und wohl auch auf deren Anregung hin – unternahm es im Sommer 1934 einen letzten Versuch, Deutschland im Rahmen eines Regionalpakts für Osteuropa (eines «Ostlocarno») zur Anerkennung seiner Ostgrenzen zu drängen und gleichzeitig allen revisionistischen Tendenzen einen Riegel vorzuschieben. Das Projekt des französischen Aussenministers L. Barthou und seines sowjetischen Amtskollegen M. Litwinow sah vor, Finnland, die Baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Deutschland und die UdSSR zu einem Abkommen aufzufordern, in dem alle vertragsschliessenden Staaten einander ihre Grenzen garantieren und im Falle einer unprovokierten Aggression Beistand leisten sollten. Frankreich wollte diesem sog. Ostpakt selbst nicht beitreten, ihn aber garantieren, während die UdSSR im Gegenzug die Garantie der Locarno-Verträge von 1925 übernehmen sollte.

Da Deutschland es bereits 1925 abgelehnt hatte, seine Ostgrenze vertraglich anzuerkennen, war kaum anzunehmen, dass ausgerechnet Hitler, der viel weitgehendere Ziele verfolgte, auf das französische Angebot eingehen würde. Er lehnte mit der Begründung ab, Deutschland sei zu multilateralen Sicherheitsvereinbarungen nicht bereit, und bot stattdessen bilaterale Nichtangriffspakte mit allen Nachbarstaaten an. Auch der polnische Aussenminister J. Beck verwarf den französisch-sowjetischen Vorschlag mit der Begründung, dass Polen sich nicht in fremde Konflikte hineinziehen lasse. Polen sei nur dann zum Beitritt bereit, wenn auch Deutschland beitrete. Das Ziel der damaligen polnischen Aussenpolitik, nämlich gleichsam als Riegel zwischen dem revisionistischen Ausgreifen des Deutschen Reiches und den revolutionären Tendenzen der UdSSR ein von Polen geführtes «Drittes Europa» zu errichten, war mit den fran-

zösischen Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen. Mit der Absage Deutschlands und Polens war das französisch-sowjetische Projekt gescheitert; allein die Tschechoslowakei hatte sich vorbehaltlos zustimmend geäußert.¹⁷

Frankreich und die Tschechoslowakei schlossen daraufhin im Mai 1935 Beistandspakte mit der UdSSR. Der Wert dieser Verträge war jedoch von vornherein fraglich, weil eine Beistandsleistung der UdSSR jeweils nur über das Territorium Dritter möglich gewesen wäre, was auf einhellige Ablehnung der betroffenen Staaten stieß. Hitler aber lieferten diese Verträge den Vorwand zur Remilitarisierung der Rheinlande. Mit der Hinnahme dieser Aktion gaben Briten und Franzosen ausgerechnet jene Position kampflos preis, die aus der Sicht der ostmitteleuropäischen Staaten bisher als eigentliches Faustpfand für den Fall einer deutschen Aggression in Osteuropa gegolten hatte, da sie Frankreich und Grossbritannien die Möglichkeit zu einem schnellen Vorstoss in den Rücken des Gegners bot. Die Folge war ein nicht wiedergutzumachender Vertrauensverlust der Westmächte in Ostmitteleuropa.

Das Scheitern des Ostpakts, das Versagen des Völkerbundes im Zusammenhang mit dem italienischen Überfall auf Abessinien 1935 und die während der Rheinlandbesetzung offenbar gewordene Schwäche der Westmächte brachten die ostmitteleuropäischen Staaten in eine fast ausweglose Lage, die sie auf unterschiedliche Weise nach einem Modus vivendi mit dem nationalsozialistischen Deutschland suchen liess. Dies gab Hitler Gelegenheit, sie zu isolieren und einzeln unter Druck zu setzen. Der scheinbar unversöhnliche Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion nährte zwar weiterhin die Hoffnung auf einen gewissen Handlungsspielraum. Als sich dann aber ausgerechnet diese beiden Mächte zu einem Pakt zusammenfanden, der Nichtangriffs- und Teilungsvereinbarung zugleich war, war das Schicksal der Staaten Ostmitteleuropas besiegelt, auch wenn einige von ihnen den Pakt in der irrigen Annahme begrüßten, dass damit die Gefahr eines deutsch-sowjetischen Krieges auf ihrem Territorium gebannt sei.

Rolf Ahmann

Der Hitler-Stalin-Pakt: Nichtangriffs- und Angriffsvertrag?

«Die Regierungen schreiben Nichtangriffspakte.
Kleiner Mann schreibe Dein Testament.»

Bertolt Brecht

Ende August 1939 wehten Hakenkreuzfahnen in Moskau, und die Welt war schockiert, als die internationale Presse die Nachricht vom Abschluss des in der Nacht vom 23. auf den 24. August von den Aussenministern Deutschlands und der Sowjetunion, Ribbentrop und Molotow, unterzeichneten Nichtangriffsvertrags verbreitete. Vielen erschien das als die «brutale Umkehrung der Sowjetpolitik»¹, die seit 1933 zum Vorreiter im Kampf gegen den Faschismus geworden war. Wie konnte Stalin zu einem Zeitpunkt, als Hitler den Angriff auf Polen vorbereitete und die lange zögerlichen Westmächte Polen garantiert und Militärdelegationen zum Abschluss eines Beistands Vertrages mit der Sowjetunion nach Moskau entsandt hatten, einen solchen Vertrag mit Hitler schliessen? Man benötigte keine Hintergrundkenntnisse, um wie der in Paris lebende deutsche Kommunist Hermann Budzislawski schon zu diesem Zeitpunkt mit Blick auf den Vertragstext festzustellen: «Es fehlt die Kündigungsklausel, die man erwartet hatte, und die in den anderen Nichtangriffspakten der Sowjetunion enthalten ist. Dieser Vertrag (...) wird noch oft hervorgeholt werden, wenn er schon längst gebrochen sein wird; dass er gebrochen wird (...) gehört zur Naturgeschichte der Nichtangriffspakte des Dritten Reiches. Die Arbeiterbewegung aller Länder wird diesen Vertrag noch diskutieren, wenn er nur noch ein Stück Papier in den Archiven ist (...) Nur der Nationalsozialismus wird, wenn es dazu kommt, am Kriege schuldig sein. Auf Stalin würde jedoch alsdann die Verantwortung lasten, an der Abwehr des Krieges nicht mitgewirkt zu haben.»²

Die offiziell aus Moskau gegebenen Erklärungen lauteten, dass die Westmächte versucht hätten, Deutschland und die Sowjetunion gegeneinander in einen Krieg zu hetzen, und dass dieser Pakt die deutsch-sowjetische Verständigung der früheren Verträge von Rapallo (1922) und Berlin (1926) wiederherstelle. Nach Hitlers Angriff auf Polen und den westlichen Kriegserklärungen hiess es zunächst, dieser Krieg sei «ein imperialistischer, ungerechter Krieg», an dem die

Bourgeoisie aller kriegführenden Staaten schuld sei. Aber es dauerte nicht lange, bis die Kommunistische Internationale nicht Hitler, sondern die Westmächte und Polen zu den eigentlichen Kriegsschuldigen erklärte.

Die Öffentlichkeit wusste nicht, dass am 23. August noch ein weiteres «Stück Papier» unterzeichnet worden war, das nach dem Zweiten Weltkrieg in den deutschen verfilmten Akten gefunden wurde. Es handelte sich um ein Geheimes Zusatzprotokoll, in dem die Vertragspartner, den deutschen Angriff auf Polen vorwegnehmend, «für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung» ihre Interessengebiete in den Baltischen Staaten, Polen und Rumänien absteckten.³ Die Ereignisse nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September nährten allerdings – vor allem in den betroffenen Ländern – frühzeitig den Verdacht, dass zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR eine Aufteilung Ostmitteleuropas vereinbart worden war. In Übereinstimmung mit dem Geheimen Zusatzprotokoll rückte die Rote Armee am 17. September 1939 in den noch freien Ostteil Polens ein, zerschlug die sich dort sammelnden polnischen Verbände (etwa ein Fünftel der Armee), sicherte sich wenig später aufgrund erzwungener Beistandsverträge Stützpunkte in den Baltischen Staaten und griff im Dezember das sich solchen Ansinnen widersetzende Finnland an.

Die Diskussion über den am 23. August 1939 unterzeichneten Nichtangriffsvertrag, in Deutschland als Hitler-Stalin-Pakt, in der Sowjetunion und Grossbritannien als Molotow-Ribbentrop-Pakt geläufig, ist in der Tat auch nach fünfzig Jahren noch nicht abgeschlossen. Während alle britischen und deutschen Dokumente zur Verfügung stehen, blieben die sowjetischen Archive bisher auch den Sowjethistorikern verschlossen, was zu immer neuen Spekulationen um Stalins Ziele und Motive Anlass gab. Die offizielle sowjetische Version lautet nach wie vor, dass Stalin durch die zögernde Haltung der Westmächte dazu gezwungen worden sei, den Vertrag abzuschliessen, um einen deutschen Angriff auf die Sowjetunion zu verhindern und Zeit für die eigene Kriegsvorbereitung zu gewinnen.⁴ Diese auch von M.S. Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution bestätigte Version wird allerdings im Zeichen von «glasnost» zunehmend auch von sowjetischen Historikern in Frage gestellt. Die schärfste Kritik kam bezeichnenderweise aus der baltischen Region, wo der estnische Historiker H. Arumäe erstmals in der Sowjetunion den Wortlaut des bisher als Fälschung abqualifizierten oder einfach verschwiegenen Geheimen Zusatzprotokolls veröffentlichte und den Vorwurf erhob, Stalin habe sich 1939 keineswegs nur von Sicherheitserwägungen, sondern auch von Grossmachtambitionen leiten lassen.⁵

Wie kam dieser deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt zustande? Welche Ziele verfolgten die Kontrahenten, und was bestimmte ihr Handeln im Sommer 1939? Auch wenn die mangelnde Einsicht in die sowjetischen Akten nur begrenzte Aussagen zulässt, so kann doch kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die Partner, die in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1939 in Moskau verhandelten, *die* Experten Europas für das waren, was sie vereinbarten – einen Nichtangriffsvertrag, der zum Angriffsvertrag bestimmt war.

Die Vorgeschichte: Deutschland und die UdSSR 1922-1939

Noch in der Breschnew-Ära galt der Zweite Weltkrieg in der Sowjetunion als «logische Vollendung des Locarno-Systems» – jenes Sicherheitsvertrags zwischen der Weimarer Republik und den Westmächten von 1925, der die von den Aussenseitern der Versailler Friedensordnung, Deutschland und Sowjetrußland, in Rapallo 1922 auf der Basis uneingeschränkter, wohlwollender Neutralität begonnene Partnerschaft erschütterte. Schon im Vorfeld der Locarnoverhandlungen hatte Stalin die Genossen mit der Aussicht auf einen bevorstehenden neuen Krieg – einen Krieg zwischen den Imperialisten – vertraut gemacht und dabei am 19. Januar 1925 festgestellt: «Wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte.»⁶ Galt diese Leitlinie noch 1939?

Nach Lenin waren Kriege im kapitalistisch-imperialistischen Mächtesystem unvermeidlich. Sofern sie den Sowjetstaat nicht selbst bedrohten, konnten sie wie im Ersten Weltkrieg zur Ausbreitung der Revolution führen. Die Ausbreitung der Revolution bis hin zur Weltrevolution galt als letztlich entscheidende Sicherung des einzigen sozialistischen Staates gegenüber der Einkreisungsfront durch die Kapitalisten. In der Zwischenzeit sollte es Ziel sowjetischer Politik sein, die kapitalistisch-imperialistischen Staaten zu spalten und gegeneinander zu hetzen. Gesellschaftspolitische und diplomatische Offensiven gegen das bestehende Staatensystem wurden Voraussetzung defensiver Sicherheitspolitik und umgekehrt. Für die Ausbreitung der Revolution in Europa galt Ostmitteleuropa als Brücke und das kriegsgeschwächte besiegte Deutsche Reich als wichtiger Brückenkopf. Für das Ziel, die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten zu

fördern, galten der Genfer Völkerbund und das französische Bündnissystem in Ostmitteleuropa als Hindernis, das ausserhalb des Völkerbundes stehende Deutsche Reich mit seinen Revisionsforderungen dagegen als idealer Partner. Auch für Deutschland bot die 1922 in Rapallo erzielte deutsch-sowjetische Verständigung im Sinne wirtschaftlicher und insgeheim auch rüstungspolitischer Kooperation eine Chance, die eigene Schwäche zu überwinden, und im Sinne politischer Abstimmung die Möglichkeit, ein Gegengewicht zu den dominierenden Westmächten zu schaffen und den territorialen Forderungen gegenüber Polen Gewicht zu verleihen. Eine uneingeschränkte wohlwollende Neutralität war allerdings das Äusserste an direkter sicherheitspolitischer Kooperation, was die ideologischen Differenzen der beiden Partner zuliesse. Schon die Revolutionsversuche in Deutschland während der Ruhrkrise 1923 und die Weimarer Bemühungen von 1924 bis 1926, «Revision und Friedenssicherung» in Abstimmung mit den Westmächten zu erreichen, führten zu ersten Verstimmungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Der mit den Locarno-Verträgen von 1925 verbundene Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nahm der Sowjetunion die Sicherheit, auch im Falle einer Völkerbunds Verurteilung als Aggressor durch die deutsche Neutralität geschützt zu sein. Im neuen deutsch-sowjetischen Vertrag von Berlin (1926), der 1939 noch gültig war, wurde die Neutralitätsverpflichtung entgegen den Wünschen der UdSSR an das «friedliche Verhalten» der Partner gebunden.

In dieser Situation entwickelte Stalin mit den Thesen von der «friedlichen Koexistenz» und vom «Sozialismus in einem Land» neue ideologische Leitlinien für die Übergangphase bis zum endgültigen Sieg der Revolution. Der Nichtangriffspakt, der noch zu Lenins Zeiten mit der Begründung abgelehnt worden war, dass er nur zur «Schaffung der schädlichsten Illusionen bei den breiten Volksmassen diene»⁷, wurde unter Stalin zu einem spezifischen bilateralen Vertragsmodell ausgearbeitet, das zu einem bevorzugten Mittel der sowjetischen Aussenpolitik wurde. Nichtangriffspakte bot die UdSSR ihren Nachbarn in Ostmitteleuropa 1925/26 an; ja sie bildeten bis zur Machtergreifung Hitlers die Grundlage ihrer Beziehungen zu Polen und den Baltischen Staaten. Die Nutzung dieser Vertragsform, die nun als anti-Locarno und als Gegensystem zum Genfer Völkerbund bezeichnet wurde, bedeutete keineswegs, dass die Sowjetunion ihre territorialen Ansprüche auf die Baltischen Staaten, auf die östlichen Gebiete Polens und das an Rumänien verlorene Bessarabien aufgab. Der Angriffsverzicht war zeitlich auf drei bis fünf Jahre begrenzt und galt, wie die Sowjets den Deutschen ungefragt versicherten, keinesfalls als grundsätzlich. Er umfasste den militärischen, wirtschaftlichen (Blo-

ckade) und gesellschaftspolitischen (Propaganda) Bereich und zielte mit zusätzlichen Klauseln darauf, die Bündnis- und Völkerbundsverpflichtungen der Vertragspartner zu relativieren, sie zu isolieren und zu neutralisieren. Auch ein zukünftiger sowjetischer Angriff auf Polen wurde, wie der deutschen Seite bis 1931 versichert wurde, nicht ausgeschlossen.⁸ Aber die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die internationale Stellung der Sowjetunion veränderten sich zu Anfang der dreissiger Jahre rasch. Mit der japanischen Aggression in der Mandschurei und der Schwächung des deutschen Partners in der Weltwirtschaftskrise, die auf sowjetischer Seite erneut revolutionäre Hoffnungen geweckt hatte, wurden die Sicherung der Sowjetunion und begrenzte Kompromisse bei den 1932 mit Estland, Lettland, Finnland und Polen abgeschlossenen Nichtangriffsverträgen dringlich. Nach Hitlers Machtergreifung erhob die Sowjetunion die Nichtangriffsverträge dann zum Beweis ihrer Annäherung an den Völkerbund. Anfang 1934 um zehn Jahre verlängert, waren sie alle 1939 noch gültig.

Hitlers Bereitschaft, den Berliner Vertrag zu verlängern, wurde 1933 von den massiv antibolschewistischen Tönen des Autors von «Mein Kampf» überschattet, der sich das Ziel gesteckt hatte, Lebensraum auf Kosten der Sowjetunion zu erobern. Hitler beendete nicht nur die rüstungspolitische, sondern schränkte auch die wirtschaftspolitische Kooperation mit der Sowjetunion ein. Zu seinen ersten aussenpolitischen Aktionen gehörte neben dem Austritt aus dem Völkerbund der Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit Polen, der zunächst anti-französische, aber auch schon latent antisowjetische Akzente setzte. Nicht nur in Fragen der Propaganda, sondern auch in der Nichtangriffspaktspolitik erklärte sich der deutsche Diktator zum gelehrigen Schüler Moskaus, nur dass er das Gelernte jetzt gegen die Sowjetunion ausspielte.⁹ Die neue Ausrichtung der sowjetischen Politik nach 1933 auf den Völkerbund und die Kooperation mit den Westmächten ist allerdings nicht allein mit der Sorge vor dem zunächst noch schwachen nationalsozialistischen Deutschland zu erklären, sie folgte vielmehr bis zum Eintritt der UdSSR in den Völkerbund 1934 exakt den Etappen der deutsch-polnischen Annäherung, die sich zusammen mit Japan aus sowjetischer Sicht zu einer bedrohlichen deutsch-polnisch-japanischen Einkreisung der UdSSR auszuwachsen drohte.¹⁰

Eine solche Gefahr schien sich, nachdem das Deutsche Reich und Polen 1934 einen garantierten Ostpakt abgelehnt und Hitler 1935 Stalins geheimes Angebot eines Nichtangriffspaktes zurückgewiesen hatte, mit Görings Sondierungen eines deutsch-polnischen Bündnisses gegen die Sowjetunion 1935 und dem deutsch-japanischen Antikominternpakt 1936 noch zu verschärfen. Zur sowjeti-

schen Politik kollektiver Sicherheit mit den Westmächten gab es kaum noch eine Alternative. Die UdSSR trat als Förderer der Volksfrontpolitik der Komintern sowie durch ihre Unterstützung der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg als Vorreiter des Widerstandes gegen Hitlers Politik in Erscheinung.

Das Einzige, was die Rapallo-Partner von einst noch zu verbinden schien, waren die Wirtschaftskontakte, bei denen den Nationalsozialisten rüstungsrelevante sowjetische Rohstoffe wichtiger waren als die ideologische Gegnerschaft. Im Übrigen aber schien Europa ab 1936 in «Antibolschewisten» und «Antifaschisten» gespalten zu werden. Hitler bemühte sich zur Vorbereitung des Lebensraumkampfes gegen die Sowjetunion um Polen und Japan sowie entsprechend seinen Zielen in «Mein Kampf» um Italien und Grossbritannien. Die Sowjetunion bemühte sich zu ihrer Sicherung um eine engere Kooperation mit den Westmächten, was 1935 zu Beistands Verträgen mit Frankreich und der Tschechoslowakei führte, und um die Baltischen Staaten. Allerdings mussten beide, Hitler und Stalin, bis 1939 erleben, dass sich ihre Erwartungen nicht erfüllten. Schon 1936 berichtete der sowjetische Botschafter Potemkin aus Paris, dass die Vorstellung weit verbreitet sei, die UdSSR treibe die Staaten Europas bewusst in den Krieg, ja dass die französische Regierung in einer «von Zweifeln, Ängsten, Misstrauen und Zögern bestimmten Atmosphäre» zu handeln gezwungen sei.¹¹ Misstrauisch waren auch die Baltischen Staaten und Finnland, und die wiederholten sowjetischen Drohungen in den Jahren 1936 bis 1939 waren kaum geeignet, ihnen verständlich zu machen, dass sie in einem Bündnis mit der Sowjetunion oder durch die Abtretung von Stützpunkten an die Rote Armee sicherer wären als in einer neutralen Position. Der Beistandsvertrag mit der Tschechoslowakei, mit der die UdSSR nicht einmal eine gemeinsame Grenze hatte, war an die Bedingung gebunden, dass Frankreich zuerst Beistand leistete; als Frankreich sich aber am Münchner Abkommen beteiligte, blieb der UdSSR nur ein ohnmächtiger Protest.

Auch Grossbritannien blieb misstrauisch gegenüber der sowjetischen Politik. «Unter den gegenwärtigen Umständen ist es unwahrscheinlich, dass irgendwelche bolschewistischen Schmeicheleien den (deutschen) Kanzler bewegen würden. Aber umgekehrt trifft das nicht in gleicher Weise zu.»¹² So begründete der keineswegs deutschfreundliche Permanent Under-Secretary des britischen Foreign Office, Sir Robert Vansittart, 1936 die britischen Überlegungen, Hitler-Deutschland zur Erhaltung des Friedens durch Verhandlungen und Konzessionen zu beschwichtigen (appeasement), statt es durch Drohung zu provozieren oder gar zu einem Ausgleich mit der misstrauisch betrachteten Sowjetunion zu

treiben. Aber Grossbritannien, das 1935 mit dem Deutschen Reich einen Flottenvertrag zur Begrenzung der deutschen Marinerüstung geschlossen hatte, weigerte sich 1936 und auch in der Folge, Hitler im Rahmen eines Interessenausgleichs den Weg zu gewaltsamen Eroberungen im Osten freizugeben. Polen hatte sich zwar 1938 am Ausverkauf der Tschechoslowakei beteiligt, war aber nicht bereit, die von Ribbentrop ab 1938 präsentierten deutschen «Globallösungsvorschläge» – u.a. Rückgabe Danzigs, deutsche Auto- und Eisenbahnverbindung durch Polen – zu akzeptieren, mit denen Hitler sich den Rücken für einen Angriff gegen Frankreich freimachen und sich Polens als Aufmarschgebiet gegen die UdSSR versichern wollte. Hitlers Hoffnungen auf eine wohlwollende britische und polnische Neutralität waren damit Ende März 1939, als Polen die deutschen Forderungen abgelehnt und Grossbritannien die «Zerschlagung der Resttschechei» mit einer – wenn auch zunächst nur als politisches Signal gedachten – Garantie Polens beantwortet hatte, zerronnen. Mit Grossbritannien und Polen als möglichen zusätzlichen Gegnern aber geriet Hitler, der durch die westliche Aufrüstung unter zunehmendem Zeitdruck stand, in eine ausgesprochen schwierige Lage. Nun sollte zunächst Polen besiegt und dann mit dieser Rückendeckung Frankreich angegriffen werden. Und dies alles sollte so schnell wie möglich geschehen, damit der deutsche Diktator noch zu seinen Lebzeiten den gewünschten Krieg zur Eroberung von Lebensraum gegen die Sowjetunion führen konnte. Wie aber stellte sich Stalin zur Aussicht eines deutschen Angriffs auf Polen?

Stalin hatte auf dem XVIII. Parteitag im März 1939 die These vom bevorstehenden Krieg der Imperialisten wiederholt, der die Revolution fördern würde. Sein Verständigungssignal an die deutsche Adresse vom 10. März – man werde den westlichen «Kriegsprovokateuren» nicht die Möglichkeit geben, «unser Land in Konflikte hineinzuziehen»¹³ – konnte durchaus das Ergebnis der sowjetischen Enttäuschung über den mangelnden Widerstand der Westmächte gegen Hitlers Politik in München und Spanien sowie gegen Japans Politik in China sein. Dass Polen die deutschen Forderungen abgelehnt hatte und die deutsch-polnische Verständigung ihrem Ende entgegenging, wusste Stalin zu diesem Zeitpunkt bereits durch einen Informanten in der deutschen Botschaft in Warschau. Am 3. Mai 1939, fünf Tage nachdem Hitler den Nichtangriffsvertrag mit Polen für aufgehoben erklärt hatte, wurde Litwinow, der als Befürworter einer englisch-französisch-sowjetischen Verständigung galt, von seinem Posten als Aussenkommissar entfernt und durch Molotow, einen engen Vertrauten Stalins, ersetzt, der eher zu einer Verständigung mit Deutschland

neigte. Erst die Ablösung Litwinows, der jüdischer Abstammung war, soll die Aufmerksamkeit Hitlers erregt haben, der von Stalins Äusserungen vom 10. März erst am 10. Mai erfuhr.

Die Grossmächte verhandeln: Sommer 1939

Zum Verständnis der verschiedenen Verhandlungen und Sondierungen der europäischen Grossmächte im Sommer 1939 ist zunächst ein Blick auf die militärischen Kräfteverhältnisse bzw. deren Einschätzung durch die Beteiligten notwendig. Arumäe weist zu Recht darauf hin, dass die deutsche militärische Schlagkraft im Sommer 1939 zwar für einen Sieg über Polen ausreichte, aber angesichts der Stärke der Roten Armee noch keine Aussichten auf einen erfolgreichen Angriff auf die UdSSR bot. Andererseits aber hatten die Stalinschen Säuberungen die militärische Führung der Roten Armee bis hinunter zum Regimentskommandeur dezimiert und damit deren operative Fähigkeiten wesentlich verringert, wie sich im finnischen Winterkrieg zeigen sollte. Über die militärischen Möglichkeiten der Westmächte, deren Aufrüstung erst spät begonnen hatte, Polen im Sommer 1939 mit einer Offensive im Westen zu Hilfe zu eilen, lässt sich nur spekulieren. Tatsächlich fühlte sich im Sommer 1939 keine europäische Grossmacht stark genug, um gegen eine andere Grossmacht offensiv vorzugehen. Auch die Fähigkeit der Westmächte zu Hilfeleistungen in Ostmitteleuropa schien zweifelhaft. Frankreich war in der militärischen Planung wesentlich defensiv ausgerichtet und sah sich durch den deutschen Westwall, die Neutralität Belgiens und durch Italien als zusätzlichen potentiellen Gegner in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Die britische Marine mochte stärker, die britische Air Force mindestens ebenso stark wie die des Reiches sein, aber Grossbritannien hatte keine grössere Landarmee. Die im April 1939 eingeführte Wehrpflicht wirkte sich erst sehr viel später aus, und einen Grossteil der eigenen Streitkräfte glaubte man in Asien zur Verteidigung des Empire gebunden. Alles was die britische Regierung Frankreich versprechen konnte, war die Landung einer Division 30 Tage nach einem deutschen Angriff und zwei Monate später nochmals zwei Divisionen. Hinsichtlich der Hilfeleistung für Polen stellte das britische Chief of Staff Sub-Committee ohne Widerspruch Frankreichs bereits im März/April 1939 fest: «Weder Grossbritannien noch Frankreich können Polen oder Rumänien direkte Hilfe zur See, in der Luft oder zu Lande geben, noch können sie Polen mit Rüstungsgütern versorgen.»¹⁴ Allerdings bedeutete dies nicht, dass man Polen aufgab oder zu Konzessionen an

Deutschland nötigte. Der polnische Widerstand wurde als strategisch wichtig angesehen, um Zeit zu gewinnen. Kurzfristig helfen konnte allerdings nur die Sowjetunion.

Welche Optionen ergaben sich nun für die wichtigsten Mächte Grossbritannien, Deutschland und die Sowjetunion im Sommer 1939?

Zweifellos wollte jeder der Beteiligten eine Wiederholung des Ersten Weltkrieges vermeiden. Der *britische* Premier Chamberlain befürchtete, durch eine frühzeitige Allianz mit Frankreich und der Sowjetunion ein derart eingekreistes Deutschland zu einem Zeitpunkt zu einem Präventivkrieg zu provozieren, zu dem Grossbritannien noch ungenügend gerüstet war. Er war offenbar davon überzeugt, dass allein politische Abstimmungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ausreichend seien, um Hitler von der Aussichtslosigkeit eines Krieges zu überzeugen und ihn so davon abzuhalten. Allein eine neutrale Haltung der Sowjetunion oder eine einseitige sowjetische Erklärung, Polen im Kriegsfall materielle Hilfe zu gewähren, würde diesen Abschreckungseffekt erhöhen und selbst im Falle eines deutschen Angriffes auf Polen deutsche Streitkräfte für einen längeren Zeitraum in Polen binden, so dass dem Westen Zeit für Angriffsvorbereitungen gegen Deutschland und zur Befreiung Polens bliebe.

Jeder der Beteiligten wusste, dass dem Deutschen Reich im Falle einer britischen Blockade die Lebensmittel und Rohstoffe fehlten, um einen längeren Krieg zu gewinnen. Die britischen Militärs kalkulierten damit, die Sowjets kannten die deutschen Engpässe sehr genau aus den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland sowie durch ihren Informanten im deutschen Wirtschaftsministerium, und Hitler spannte seine Aggressionspläne und strategisch-politischen Überlegungen zentral um die Frage der Sicherstellung ausreichender Ernährungs- und Rohstoffversorgung für das Reich und seine Kriegführung. Am 28. April bot deshalb Ribbentrop Estland, Lettland, Finnland sowie den skandinavischen Staaten Nichtangriffsverträge an, mit denen im Nordosten ein neutraler Gürtel und ein direkt erreichbares Lebensmittel- und Rohstoffreservoir erhalten werden sollte. Es war geplant, zugleich den Abschluss eines deutsch-italienisch-japanischen Bündnisses bekanntzugeben, mit dem die Westmächte und die Sowjetunion von einem Eingreifen abgeschreckt werden sollten. Doch die Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen. Hitler glaubte allerdings, die Westmächte durch Drohungen einschüchtern zu können, und hielt es lange für ausgemacht, dass die Sowjetunion ohnehin nicht an einem Abschluss mit den Westmächten zugunsten Polens interessiert sei.

Obwohl allein die *Sowjetunion* Polen direkte Hilfe gewähren konnte, misstrauten alle der sowjetischen Bereitschaft, Polens Status quo zu stützen und zu er-

halten. Polen, Rumänien und die Baltischen Staaten lehnten direkten Beistand durch die Rote Armee ab. Chamberlain, misstrauischer als Frankreich und die eigene Opposition, sah zunächst keine Notwendigkeit, sich mit einem Beistandsvertrag an die Sowjetunion zu binden oder der sowjetischen Forderung nach automatischem Beistandsrecht für die Staaten Ostmitteleuropas im Falle einer deutschen Aggression auch gegen den Willen der Betroffenen nachzugeben. Gleichwohl hatte die sowjetische Politik im April 1939 zwei Optionen zu sondieren begonnen. Den Westmächten wurde ein gegenseitiger defensiver Beistandsvertrag zusammen mit einem Abkommen über Garantie und Beistand für die Staaten Ostmitteleuropas sowie einem militärischen Abkommen über die Art der Hilfe vorgeschlagen. Zum selben Zeitpunkt signalisierte der sowjetische Botschafter in Berlin den Deutschen, es gebe keinen Grund, warum die UdSSR nicht mit Deutschland «auf normalem Fuss leben sollte. Aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden».¹⁵ Der sowjetische Botschafter in London, Majskij, nannte im Mai 1939 gegenüber dem britischen Aussenminister Lord Halifax aber auch eine dritte Alternative sowjetischer Politik, die der militärstrategischen Lage im Sommer 1939 durchaus entsprach. Die Sowjetunion könnte überhaupt keine Verpflichtungen übernehmen, ihre politische Handlungsfreiheit bewahren und sich im Falle eines Angriffs selbst verteidigen.¹⁶

Am 15. Juni wurden den Deutschen über den bulgarischen Gesandten in Berlin drei ähnlich lautende Alternativen sowjetischer Politik übermittelt: «Sie (die Sowjetunion) schwanke zwischen drei Möglichkeiten, nämlich dem Abschluss des Paktes mit England und Frankreich, einer weiteren verzögernden Behandlung der Paktverhandlungen und einer Annäherung an Deutschland. Gefühlsmäßig läge der Sowjetunion diese letzte Möglichkeit am nächsten, wobei weltanschauliche Fragen nicht mitzuspielen brauchten...» Ein Hindernis für die Realisierung der letzten Möglichkeit sei allerdings die Furcht vor einem deutschen Angriff, entweder über die Baltischen Staaten oder durch Rumänien. Polen wurde nicht erwähnt, aber auf Hitlers Werk «Mein Kampf» verwiesen. «Wenn Deutschland die Erklärung abgeben würde, dass es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschliessen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluss mit England absehen. Die Sowjetunion wisse jedoch nicht, was Deutschland eigentlich wolle...»¹⁷ Tatsächlich hatten Ribbentrop und Hitler bis zu diesem Zeitpunkt auf die wiederholten sowjetischen Anfragen hinsichtlich der Schaffung einer besseren «politischen Grundlage» für die Beziehungen beider Staaten nicht reagiert, man war lediglich in Wirtschaftsfragen ins Gespräch gekommen. Wie-

derholt wurde zwar die antisowjetische Propaganda eingestellt, aber noch konzentrierte man sich auf die Störung der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den Westmächten, nicht auf eine Verständigung mit der Sowjetunion. Nach dem Abschluss des Stahl-Paktes mit Italien (22. Mai) hofften beide noch bis Ende Juli auf den Abschluss eines Bündnisses mit Japan, obwohl die sowjetische Sondierung am 15. Juni zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem die Japaner, was Stalin über seinen Agenten Richard Sorge in Tokio wissen konnte, den Deutschen erklärten, dass sie nicht kriegsbereit seien. Aber es waren schliesslich die deutschen Alternativen für die Lokalisierung des gewünschten Feldzuges gegen Polen noch im Sommer, die sich verflüchtigten, nicht die sowjetischen Alternativen zur Verhinderung eines deutschen Angriffes auf die Sowjetunion.

Im Juni 1939 wurde die von der UdSSR geforderte Diskussion über das Schicksal der Baltischen Staaten zu einer Belastungsprobe für die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen. Anfang Juli, als die Westmächte den sowjetischen Forderungen weit entgegengekommen waren – das Verbot eines Separatfriedens mit Hitler auch ohne Bestimmung der Kriegsziele wurde akzeptiert, einem britisch-französisch-sowjetischen Beistandsvertrag sollte ein geheimes Protokoll beigelegt werden, das die in Ostmitteleuropa garantierten Staaten nannte –, verhinderte Molotow den Abschluss durch neue Forderungen. Die politischen Vereinbarungen sollten nun zusammen mit den militärischen unterzeichnet werden, und die Beistandsleistungen sollten sich auch auf den Fall einer «indirekten Aggression» des Deutschen Reiches beziehen. Diese Forderung kam in britischen Augen einem Freibrief für die Sowjetunion gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten gleich und führte fast zum Abbruch der Verhandlungen, die dann ohne Klärung dieses Punktes erst mit den Militärverhandlungen im August in Moskau ihre Fortsetzung fanden. Inzwischen aber erreichten die deutsch-sowjetischen Kontakte einen ersten Höhepunkt.

Chamberlains Erklärung über die britisch-japanischen Verhandlungen vom 24. Juli hatten auch den letzten Hoffnungen Hitlers und Ribbentrops auf Japan den Boden entzogen. Letzterem kam es angesichts der auslaufenden Zeit für einen Angriff auf Polen, den Hitler bis zum 15. Oktober beendet wissen wollte, nun darauf an, «die Frage Russland nicht nur nach der negativen Seite hin (Störung der englischen Verhandlungen), sondern auch nach der positiven Seite hin (Verständigung mit uns) möglichst rasch zu irgendeinem Ergebnis zu bringen».¹⁸ Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau arbeitete an einer Studie über die Sicherung der Versorgung des Deutschen Reiches mit kriegswirtschaftlich wichtigen Gütern im Falle einer britischen Blockade, die schliesslich im August

1939 zu dem Ergebnis kommen sollte: «Restlose Sicherung ist nur mit den Rohstoffen Russlands (uns freundlich, sic) möglich.»¹⁹ Die deutschen Angebote, die dem sowjetischen Geschäftsträger Astachow am 26. Juli und 2. August als Gegenleistung für sowjetische Neutralität unterbreitet wurden, waren: Die Wiederherstellung wirtschaftlicher Kooperation durch einen entsprechenden Vertrag, der eine Erhöhung der sowjetischen Rohstofflieferungen vorsehen sollte, und – nach einer Besserung des Klimas der Beziehungen im Bereich der Presse – eine «Wiederherstellung guter politischer Beziehungen... entweder in Anlehnung an das, was früher gewesen wäre oder eine Neuordnung», bei der ein Interessenausgleich «von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer» möglich sei. Auch über «das Schicksal Polens», mit dem das Reich eine Abrechnung «in Wochenfrist» erledigen könne, sei eine Verständigung möglich.²⁰ Konkreter wurde die deutsche Seite ohne Kenntnis der sowjetischen Vorstellungen zunächst nicht, und Molotow zeigte bei dem mit den Wirtschaftsverhandlungen beginnenden Procedere keine Eile. Beide Seiten blieben misstrauisch. Da auch die am 10. August 1939 in Moskau eingetroffenen Militärdelegationen Grossbritanniens und Frankreichs auf die Frage, wann und in welchem Umfang Hilfe geleistet würde, nur ausweichende Antworten gaben, konnte sich Stalin noch am 14. August für eine der drei folgenden Möglichkeiten entscheiden:

1. Für das wenig konkrete Angebot westlicher Hilfeleistungen bei einem deutschen Angriff auf Polen bzw. auf die UdSSR.
2. Für das ebensowenig konkrete deutsche Angebot für einen Interessenausgleich in Ostmitteleuropa mit der sowjetischen Neutralität als Gegenleistung.
3. Für einen Fortgang (bzw. eine Verzögerung) der Verhandlungen mit beiden Seiten ohne eigene Initiativen.

Die Entscheidung: Ein Nichtangriffs- und Angriffspakt?

Das Eintreffen der westlichen Militärdelegationen in Moskau verstärkte den Druck auf Ribbentrop und Hitler. Ribbentrop, der am 14. August nur das Angebot, «gegebenenfalls auch territoriale Fragen Osteuropas gemeinsam zu klären» als «Fragen wie: Ostsee, Baltikum, Polen, Südost-Fragen» konkretisiert hatte, sah sich nach Molotows Insistieren auf dem Einschluss «Idee Nichtangriffspaktes oder etwas Ähnliches» veranlasst, am 16. August die Bereitschaft zu einem Nichtangriffsvertrag, falls er wünscht, «unkündbar auf die Dauer von

25 Jahren» zu erklären. Zugleich bot er an, schon ab dem 18. August mit einer Gesamtvollmacht des «Führers» nach Moskau zu kommen. Molotow liess aber Ribbentrop, unter der Voraussetzung, dass zunächst das Wirtschaftsabkommen geschlossen werde, nun die Wahl: «Abschluss Nichtangriffspakts oder Bestätigung NeutralitätsVertrags von 1926 (...). In beiden Fällen müsste daneben ein Protokoll abgeschlossen werden», in dem Ribbentrops Angebote «ihren Niederschlag finden müssten».²¹

Was sich nun ereignete, ist bisher in der historischen Forschung in seiner Bedeutung nicht hinreichend erkannt und gewürdigt worden. Im Berliner Vertrag von 1926 war, wie aufgezeigt wurde, entgegen den sowjetischen Wünschen die Neutralität durch die Bindung an das «friedliche Verhalten» des Vertragspartners eingeschränkt worden, ja der Vertrag enthielt den freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten entsprechend keine Nichtangriffsverpflichtung. 1939 war die Sowjetunion Mitglied des Völkerbundes, und eine Erneuerung des Berliner Vertrages hätte Hitler keinen Angriff auf Polen erlaubt und der Sowjetunion die Freiheit der Entscheidung vorbehalten. Im Vergleich zu den von der Sowjetunion 1932 geschlossenen Nichtangriffsverträgen hielten die Historiker bisher die uneingeschränkte Neutralität, die im deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939 schliesslich beiden Partnern Aggressionen gegen dritte Staaten erlauben sollte, für eine Neuerscheinung. Tatsächlich war sie bereits Kernbestandteil des sowjetischen Nichtangriffsvertragskonzeptes von 1925/26 gewesen. In den sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktverhandlungen hatte die Sowjetunion ihren Widerstand gegen eine einschränkende Kündigungsklausel erst 1931 aufgegeben.²² In allen Nichtangriffsverträgen Hitlers seit 1934 war die Neutralitätsverpflichtung uneingeschränkt geblieben und hier gezielt darauf angelegt, Aggressionen gegen Dritte zu ermöglichen. Dass Molotow also Ribbentrop vor eine Wahl stellte, die die sowjetischen Handlungsoptionen und die Zwangslage der deutschen Position offenlegte, wurde bald deutlicher. Ja es war die Unkenntnis Ribbentrops, der den deutschen Vertragsexperten Gaus erst viel später zu Rate zog, oder seine Eile, so schnell wie möglich einen Abschluss zu erreichen, die ihn zu Fehlern verleiteten, die wiederum dazu führten, dass schliesslich Stalin die Verhandlungen und seine eigenen Optionen verkürzend selbst anbot, was Hitler brauchte.

Ribbentrop beantwortete das Angebot Molotows postwendend am 18. August mit der Bitte an den deutschen Botschafter, Molotow «folgende drei Punkte» als deutschen Entwurf vorzulesen und auf das Interesse hinzuweisen, «dass mein Besuch in Moskau sofort zustande kommt». Ein Protokoll zur Regelung der Interessensphären könne er dort unterzeichnen. In aller Eile hatte Ribben-

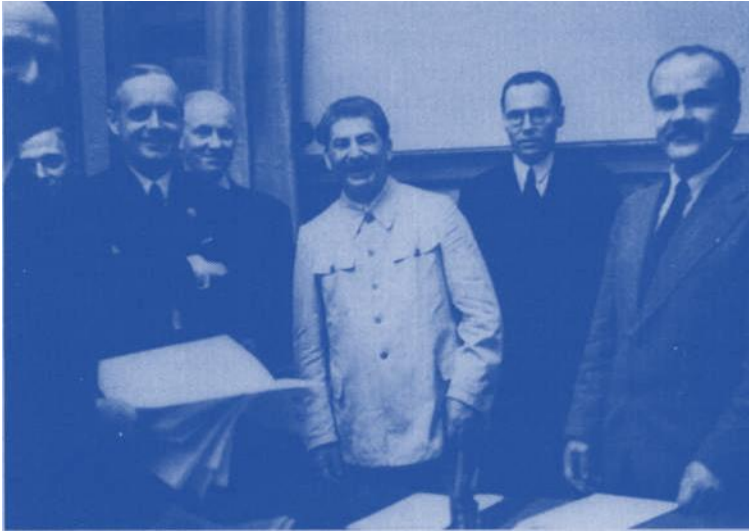
trop schlicht einen der gleichlautenden, aus drei Punkten bestehenden deutschen Nichtangriffsverträge mit Estland und Lettland vom Juni kopiert: Punkt eins, die Nichtangriffsverpflichtung, war identisch, Punkt drei, die Ratifizierungsregelung, hatte er, was die Eile unterstreicht, zu der unüblichen Form abgeändert, dass der Vertrag sofort in Kraft treten solle. Punkt zwei, die uneingeschränkte Neutralitätsverpflichtung, hatte er bei seiner eiligen Abschrift gar völlig vergessen. Statt, wie angekündigt, drei Punkte, schickte er nur zwei, und was damit in Moskau ankam, war ein Entwurf, der überhaupt keine Neutralitätsverpflichtung enthielt und der, wenn er von Molotow akzeptiert worden wäre, der Sowjetunion nach einer Abgrenzung der Interessensphären noch jede Möglichkeit der materiellen Unterstützung Polens bzw. einer zukünftigen Kooperation mit den Westmächten offengelassen hätte. Molotow, dem Ribbentrops Entwurf vom deutschen Botschafter von der Schulenburg am 19. August vorgelesen wurde, erklärte aber sofort, «der deutsche Entwurf des Nichtangriffspakts sei keineswegs erschöpfend». Die Deutschen sollten doch einen der sowjetischen Nichtangriffspakte zugrunde legen! So wie diese abgeschlossen worden waren, war in ihnen die Neutralität eingeschränkt. Auch über das Protokoll verlangte Molotow präzise Auskunft; vor Ribbentrops Reise nach Moskau müsse ausserdem erst einmal der Wirtschaftsvertrag abgeschlossen und veröffentlicht werden.

Doch der Botschafter war kaum entlassen, da griff Stalin ein. Von der Schulenburg wurde nach eineinhalb Stunden zurückgerufen, und nun präsentierte ihm Molotow einen – in der Eile kaum neu konzipierten – sowjetischen Entwurf, der alles enthielt, was Hitler brauchte: eine uneingeschränkte Neutralität, die den deutschen Angriff auf Polen erlaubte, eine Differenzierung der Nichtangriffsverpflichtung, die den Handel auch im Kriegsfall ermöglichte und jede Kooperation mit anderen Mächten gegen den Vertragspartner untersagte. Man erklärte sich nun einverstanden, dass Ribbentrop, wenn das Wirtschaftsabkommen unterzeichnet und seine Veröffentlichung «morgen erfolge» – was mit Hilfe der sowjetischen Verhandlungspartner postwendend geschah –, bereits am 26. und 27. August nach Moskau kommen könne. Der Preis dafür stand ebenfalls im sowjetischen Entwurf: «Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls ... gültig». Hitler bat am 20. August mit einem eiligen Telegramm an «Herrn Stalin, Moskau», in dem er den sowjetischen Entwurf akzeptierte und eine Klärung über das «gewünschte Zusatzprotokoll» «in kürzester Zeit» anbot, Ribbentrop «spätestens ... am Mittwoch, den 23. August zu empfangen» und in «höchstens zwei Tage(n)» zu einer

Einigung zu kommen.²³ Und so geschah es. Stalin hatte mehr als nur «eine» Wahl. Er hatte sich die zweite Wahlmöglichkeit selbst erhalten und Hitler dann seinerseits mit dem Nichtangriffspaktentwurf und dem sowjetischen Entgegenkommen rechtzeitig die Möglichkeit eines unbedenklichen Angriffs auf Polen gegeben.

Was ohne diesen Vertrag geschehen wäre, ist eine offene Frage. Eine offene Frage ist auch, inwieweit die «Psycho-Logik» (R. Weber), mit der sich Hitler anderen gegenüber wiederholt überzeugt gezeigt hatte, dass Grossbritannien nicht eingreifen werde, eine echte Überzeugung war oder nur sich und andere überzeugen sollte. Der deutsche «Vabanque»-Spieler hatte schon in früheren Situationen am Ende Angst bekommen, und Stalin, den allein er als politischen Führer respektierte, hätte mit einer neutralen Haltung und ohne Rohstofflieferungen dem deutschen Gefreiten sehr viel Angst machen können. Eine offene Frage bleibt auch die Möglichkeit einer englisch-französisch-sowjetischen Einigung, zu deren Gunsten die französische Regierung am 21./22. August – zu spät – bereit war, der Sowjetunion das Durchmarschrecht durch die ostmittel-europäischen Staaten zuzugestehen.

Keine offene Frage ist es, was nach und durch diesen Vertrag geschah. Hitler konnte nicht nur den Abschreckungseffekt der sowjetisch-englisch-französischen Verhandlungen aufheben, sondern den Abschluss mit Stalin zur Einschüchterung der Westmächte nutzen, die zwar am 3. September, zwei Tage nach dem deutschen Angriff auf Polen, Deutschland den Krieg erklärten, aber tatsächlich nicht eingriffen. Die deutschen Oberbefehlshaber konnte Hitler am 22. August, als Ribbentrops Reise nach Moskau erfolgte, mit der Aussicht beruhigen: «Wir brauchen keine Angst vor Blockade zu haben. Der Osten liefert uns Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink.»²⁴ Tatsächlich lieferte Stalin nach dem neuen Wirtschaftsvertrag vom Februar 1940 mit Zinn, Kupfer, Nickel, Chromerz und Manganerz auch kriegswichtige Rohstoffe, von denen er zuvor, nach den Erinnerungen Mikojans, für Devisen eigene Vorräte hatte anlegen lassen. War dies der Preis für eine Wiederherstellung der deutsch-sowjetischen Freundschaft? Von dieser wurde zwar in der Nacht vom 23. auf den 24. August viel gesprochen, doch Stalin lehnte einen Vorschlag Ribbentrops, die Freundschaft in der Präambel des Vertrages zu beschwören, ab. Offiziell war erst der neue Grenzvertrag vom 28. September 1939 ein «Freundschaftsvertrag». Zu diesem Zeitpunkt war Polen besiegt, und die Westmächte hatten Deutschland den Krieg erklärt. Die Betonung der Freundschaft mochte für Stalin sinnvoll sein, damit der deutsche Partner, ohne Sorge vor einem sowjetischen Angriff im Rücken, gen Frankreich zog.



Nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts im Kreml: (v.l.n.r.) v. Ribbentrop, Stalin, Botschaftsrat G. Hilger (als Dolmetscher), W. Molotow.
Bundesarchiv Koblenz.

Es ist schliesslich auch keine offene Frage, was durch diesen Vertrag in Ostmitteleuropa geschah, das die Vertragspartner als ihre ausschliessliche Domäne betrachteten und im Geheimen Zusatzprotokoll weitgehend unter sich aufteilten. Polen, Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Rumänien waren unmittelbar betroffen, aber auch die anderen Staaten der Region zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR wurden durch den Wegfall des deutsch-sowjetischen Gegensatzes in ihrer Handlungsfähigkeit empfindlich eingeschränkt. Wenn es Stalin beim Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags nur darum gegangen wäre, die Sowjetunion aus einem Krieg herauszuhalten bzw. ihn in einer für sie günstigen Konstellation – als Krieg zwischen den Westmächten und Polen auf der einen und Nazideutschland auf der anderen Seite – stattfinden zu lassen, dann hätte ein einfacher Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag, wie von den Deutschen vorgeschlagen, genügt. Die weitergehenden territorial-politischen Abstimmungen und Massnahmen in Ostmitteleuropa und die wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland verschafften Hitler, wie Arumäe zu Recht hervorhebt, weit mehr Vorteile und exponierten die Sowjetunion. Mit der Inanspruchnahme sowjetischer Rohstoff- und Devisenvorräte ging diese deutsch-sowjetische Kooperation über sowjetische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen hinaus. Wenn Stalin derart das gegenüber den Westmächten schwächer eingeschätzte Deutsche Reich stärkte, so konnte dies nur darauf zielen, die Fähigkeit der Westmächte zur Wiederherstellung des Status quo in Ostmitteleuropa nach einem Sieg über Hitler durch einen erschöpfenden Krieg zu verringern. Stalin erklärte dem britischen Botschafter Cripps im Sommer 1940, «die Grundlage [deutsch-sowjetischen] Nichtangriffspaktes sei das gemeinsame Bestreben gewesen, das alte in Europa bestehende Gleichgewicht zu beseitigen, das Grossbritannien und Frankreich vor dem Kriege aufrechtzuerhalten bestrebt gewesen seien. Wenn der Premierminister [Churchill] das alte Gleichgewicht wiederhergestellt haben möchte (...), so können wir ihm nicht zustimmen». Im Hinblick auf Hitlers Ziele gab sich Stalin keinen Täuschungen hin, zeigte sich aber «von der physischen Unmöglichkeit einer solchen [deutschen] Hegemonie überzeugt».²⁵ Stalin täuschte sich in der Rationalität Hitlerscher Politik, aber er hielt seine Ziele in Ostmitteleuropa nach dem Krieg gegenüber Churchill aufrecht.

Jörg K. Hoensch

Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen

Die Ausgangslage

Nach 123jähriger Teilungszeit, während der 80% des einstigen Staatsgebiets unter russischer, 12% unter österreichischer und 8% unter preussisch-deutscher Verwaltung gestanden hatten, konnten die Polen nach dem militärischen Zusammenbruch der drei grossen ostmitteleuropäischen Kaiserreiche am Ende des Ersten Weltkriegs die Eigenstaatlichkeit zurückgewinnen. Die bis 1922 in Aufständen, Plebisziten und Militäraktionen erkämpften und gegen den Willen der Alliierten durchgesetzten Grenzen umschlossen ein Staatsgebiet von über 388'000 km² mit mehr als 27 Mill. Einwohnern, von denen sich allerdings nur knapp 19 Mill. zur polnischen Nationalität bekannten. Die am 17. März 1921 angenommene Verfassung verfügte die Errichtung eines Nationalitätenstaates mit nationalstaatlichen Ansprüchen, konnte aber weder die sich bald in offener, sachlich und personell bedingter Rivalität gegenüberstehenden Parteien noch die ethnischen Minderheiten zufriedenstellen, die mit Unterstützung ihrer Mutterländer immer entschiedener gegen ihre sprachliche, religiöse und nationale Bedrückung aufbegehrten. Angesichts der Schwierigkeiten, vier unterschiedliche Verwaltungs-, Rechts-, Finanz-, Verkehrs- und Bildungssysteme zu koordinieren, sahen sich die neuen polnischen Behörden vor die kaum lösbare Aufgabe gestellt, die im Ganzen unzulängliche wirtschaftlich-technische Ausstattung sowie eine erhebliche strukturelle Unausgewogenheit zu überwinden. Das fast vollständige Fehlen wertvoller Rohstoffe, der chronische Kapitalmangel, der wenig aufnahmefähige Binnenmarkt sowie häufige politische und finanzielle Krisen hemmten den industriellen Aufbau. Da 1931 nur 15,1% der Erwerbstätigen ihren Unterhalt in der Industrie und weitere 4,8% in Handel und Gewerbe fanden, hingegen 64,9% der Beschäftigten von der Landwirtschaft abhingen, erwies sich die Beseitigung der ungesunden agrarischen Betriebsstruktur mit unrentablen Kleinbetrieben sowie der Überbevölkerung des Dorfes mit der latenten Unterbeschäftigung der in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bauern als Kernproblem jeder Modernisierung. Die internen Querelen über Ausrichtung und Ziele der neuen Republik engten den wirtschaftspolitischen Spielraum ebenso ein wie der Unterhalt einer kostenintensiven Armee.¹

Wegen wachsender Meinungsverschiedenheiten im parteipolitischen Lager über den künftigen ökonomischen und nationalitätenpolitischen Kurs, einer kaum kaschierten Misswirtschaft mit Korruption und offenem Streit um Ämter und Würden sowie einer Verschlechterung der aussenpolitischen Lage löste der Staatsgründer Marschall Jozef Piłsudski am 12. Mai 1926 einen Staatsstreich mit dem Anspruch aus, eine «Sanierung» (*sanacja*) des politischen Lebens vorzunehmen und den Machtverfall im Innern und nach aussen aufzuhalten. Unter formaler Beibehaltung der Verfassung und des demokratischen Staatsaufbaus, gestützt auf seine ausserordentlich grosse Autorität und die Loyalität der Streitkräfte, initiierte er seine «moralische Diktatur», in der soldatische Tugenden einen besonders hohen Stellenwert besaßen. Die anfängliche Kooperationsbereitschaft der Linksparteien wandelte sich aber in offene Feindschaft, als sich der frühere Sozialrevolutionär Piłsudski dem konservativen Lager mit seinen nationalchauvinistischen Vorstellungen annäherte. Auch mit zunehmend autoritären Regierungsmethoden und der Missachtung des geltenden Rechts konnte die *Sanacja*-Herrschaft die katastrophalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nur langsam abmildern. Eine uneinsichtige Minderheitenpolitik, die sich immer weiter vom Ziel der freiwilligen Assimilierung entfernte und zur Verdrängung der Nicht-Polen und zur Ausmerzung ihres Nationalbewusstseins durch die Zerschlagung ihrer politischen, kulturellen und kirchlichen Organisationen überging, heizte die innerpolnischen Spannungen zusätzlich an.² Nach Piłsudskis Tod (12.5.1935) verfiel wegen der Mittelmässigkeit der sich bald in Diadochenkämpfen paralysierenden Nachfolger das bisher von seiner unangefochtenen persönlichen Autorität geprägte System, wobei die Epigonen als erstes die aussenpolitische Orientierung des Marschalls aufgaben und eine gefährliche, der eigenen Stärke unangemessene Schaukelpolitik betrieben.

Infolge der umstrittenen Grenzziehung war Polen mit Ausnahme Rumäniens und Lettlands mit seinen anderen Nachbarn verfeindet. In der realistischen Einsicht, dass das wieder erstandene Polen vornehmlich mit der Gegnerschaft seiner durch Krieg und Revolution zwar geschwächten, weiterhin aber mächtigen Nachbarn im Westen und Osten rechnen müsse, blieb aussenpolitisch kein anderer Ausweg als die enge Anlehnung an die Westmächte. Das Bündnis mit Frankreich vom 19. Februar 1921, ergänzt durch die zwei Tage später unterzeichnete geheime Militärkonvention, machte Polen zum wichtigsten Eckpfeiler im *cordon sanitaire* und gewährte dem Land Schutz vor einem unprovokierten Angriff. Der Auftrag jedoch, den Druck des sowjetischen Expansionismus und des unversöhnlichen deutschen Revisionismus auf Ostmitteleuropa zu neutralisieren, musste die Kräfte Polens bei Weitem überfordern. Die sich 1921 an-

bahnende militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, die im Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 auch ein politisches Fundament erhielt, wurde in Polen mit grosser Beunruhigung zur Kenntnis genommen. Der am 26. April 1926 abgeschlossene Berliner Vertrag, ein weitgehend im Hinblick auf Polen konzipierter deutsch-sowjetischer Neutralitätspakt, gestaltete die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit dann zu jenem Zeitpunkt noch enger, als der von der Reichsregierung ausgelöste ruinöse «Zollkrieg» die polnischen Kohleexporte fast zum Erliegen brachte. Da sich die Weimarer Republik einer von Piłsudski gewünschten Normalisierung der Beziehungen verweigerte und die aktivierten deutschen Forderungen nach Grenzrevision und militärischer Gleichberechtigung die territoriale Integrität in Frage stellten, vereinbarte die Warschauer Regierung am 25. Juli 1932 überraschend einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR, der ihr eine Entlastung der Ostgrenze und ein hohes Mass an politischer Bewegungsfreiheit garantierte.³

Piłsudskis Initiativen, die französische Regierung 1933 zu einer gemeinsamen Intervention gegen Hitler und seine revisionistische Aussenpolitik zu veranlassen, stiessen in Paris auf keine Gegenliebe. Die von Hitler im Spätherbst 1933 signalisierte – lediglich taktische – Verständigungsbereitschaft löste daher in Warschau Resonanz aus: Das auf zehn Jahre befristete Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar 1934 sah völligen Gewaltverzicht und unmittelbare Verständigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die «Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses» vor. Diese von beiden Seiten als nützlicher Waffenstillstand gewertete Vereinbarung leitete eine kurze Spanne der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ein, die in beiden Ländern keineswegs auf die ungeteilte Zustimmung der völlig überraschten Bevölkerung stiess.⁴ Piłsudski sah in der UdSSR nach wie vor Polens gefährlichsten Gegner, widersetzte sich aber energisch Hitlers Vorschlägen, einen gemeinsamen Feldzug gegen die Bolschewiken vorzubereiten; trotzdem führte der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz mit den westeuropäischen Demokratien Polen unfreiwillig näher an das nationalsozialistische Deutschland heran.

Danach glaubte vor allem Aussenminister Beck, durch die lockere Anlehnung an Berlin rasch aussenpolitische Erfolge erzielen zu können. Er rechnete mit Verständnis für seine Pläne, für Polen die Führungsrolle in einem von der Ostsee bis zur Adria reichenden «Dritten Europa» zu gewinnen. Hitler suchte seinerseits durch ständig wiederholte Angebote eine Art von deutsch-polnischem Zweckverband gegen die UdSSR zustande zu bringen, der nach aussen hin zwar defensive Züge trug, insgeheim aber der Vorbereitung zur Eroberung

deutschen «Lebensraums» im Osten dienen sollte. Die Politik Hitlers war dabei von Anfang an auf die Niederwerfung Polens fixiert: entweder durch ein neuerliches Zerschlagen der polnischen Staatlichkeit oder durch das Hineinzwingen Polens in ein Satellitensystem unter deutscher Führung. Wegen ihrer grossen Verteidigungsanstrengungen an der Westgrenze wurde die UdSSR in Polen weiterhin als der «Feind Nr. 1» eingestuft. Die Verfolgung der Kommunisten im eigenen Lande, die schroffe Ablehnung der vom Kreml propagierten Volksfrontpläne und die stille polnische Billigung des Antikominternpakts (25.11.1936) arbeiteten Hitler in die Hände, da die – aus der Erinnerung an die verhasste zaristische Fremdherrschaft und die blutige Auseinandersetzung um die Ostgrenze im Jahr 1920 gespeiste – grundsätzlich antisowjetische Einstellung Polens die Ostflanke des Deutschen Reiches deckte. Mit der Beteiligung an der Zerschlagung der Tschechoslowakei im September/Oktober 1938 machte sich Polen zum Komplizen der reichsdeutschen Aggressionspolitik: Beck erwartete, dadurch den das polnische Ausgreifen in Richtung Süden behindernden tschechoslowakischen Querriegel aufbrechen, die Kleine Entente sprengen und das die Warschauer Politik einengende französisch-tschechoslowakisch-sowjetische Bündnissystem vom Mai 1935 zerschlagen zu können. Die polnische Führung erkannte zu spät, dass sich mit der Liquidation der CSSR, die Hitler einen gewaltigen Machtzuwachs und der deutschen Wehrmacht eine verbesserte Ausgangslage bescherte, die strategische und politische Situation Polens besorgniserregend verschlechtert hatte.

Polen als Opfer des diplomatischen Tauziehens 1939

Mit der Münchener Entscheidung meinte Hitler, die Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner gigantischen Osteuropa-Konzeption seien gegeben; Polen sollte als politisch-militärische Aufmarschbasis gegen die UdSSR dienen. Zweifel sind angebracht, ob die seit dem 24. Oktober 1938 der Warschauer Regierung unterbreiteten Vorschläge einer «Globallösung» mit der Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich und der Errichtung einer exterritorialen Strassen- und Eisenbahnverbindung durch den «Korridor» ernst gemeint waren und bei einem Einlenken Polen vor dem deutschen Angriff bewahrt hätten, war doch das Angebot der formellen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und der Verlängerung der Geltungsdauer des Nichtangriffspakts auf 25 Jahre mit der Aufforderung des Beitritts zum Antikominternpakt verbunden. Die offenkundige Gefahr für Polen, sich seinem östlichen Nachbarn gegenüber

unverantwortlich zu exponieren und faktisch aus dem westlichen Bündnisssystem auszuschneiden, hätte bei der gewaltigen Überlegenheit des Deutschen Reiches längerfristig den Verlust der Eigenstaatlichkeit bedingt; bei der Prestigeeinbusse für die innenpolitisch nicht genügend fundierte polnische Regierung wäre eine Machtübernahme der von Deutschland unterstützten faschistischen Kräfte und damit die langsame Aushöhlung selbst eines Suzeränitätsverhältnisses nicht zu vermeiden gewesen.⁵

Zwar garantierte die britische Regierung unter dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Besetzung Prags (15.3.1939) gemacht hatte, und im Wissen um die akute militärische Bedrohung Polens im Falle einer direkten oder indirekten deutschen Aggression (31.3. und 6.4.1939)⁶ die territoriale Integrität des Landes – der Angriffswille Hitlers Polen gegenüber wurde dadurch jedoch nur gesteigert, weil er darin die Bestätigung für seine These einer englischen Einkreisung Deutschlands mit Polens Hilfe zu finden glaubte. Die konsequente polnische Zurückweisung aller deutschen Vorschläge mit dem Hinweis, dass jeder deutsche Griff nach Danzig den Krieg auslösen werde, nahm Hitler zum Anlass, um am 3. April den Befehl zur Vorbereitung des Angriffs auf Polen zu geben und am 28. April den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag mit dem fadenscheinigen Vorwand zu kündigen, dass das britisch-polnische Abkommen in Widerspruch dazu stünde. Hitler, der sich in die Vorstellung verrannt hatte, die Ehre Grossdeutschlands verlange den Waffengang gegen Polen, fasste jetzt unbeschadet seiner antisowjetischen Grundhaltung die Möglichkeit ins Auge, mit der UdSSR zeitweilig zusammenzuarbeiten, um im Rahmen einer «doppelten Revision» eine neue Teilung Polens durchzusetzen. Es kann den polnischen Politikern der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie in der dramatischen Phase vor der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs die Gefahr einer temporären Beilegung der als axiomatisch geltenden Gegensätze zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht erkannten, um durch grössere Flexibilität und in Abstimmung mit den westlichen Bündnispartnern das Zusammenwirken ihrer beiden grossen Nachbarn zu verhindern.

Im Gegensatz zur britischen Regierung Chamberlain, die trotz der sich im Frühjahr 1939 zuspitzenden Krise – nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die polnischen Empfindlichkeiten – einer engeren Kooperationsvereinbarung mit der UdSSR auszuweichen suchte,⁷ war das französische Kabinett Daladier nicht willens, auf die Bedenken der Polen Rücksicht zu nehmen, hatte doch die von Warschau verfolgte eigensüchtige Politik beide Länder einander entfremdet. Während London lange Vorsorge gegen die befürchtete deutsche Aggression unter Ausschluss Moskaus treffen wollte, strebte Paris im Rahmen der sowjetischen Konzeption von «Kollektiver Sicherheit» eine gesamteuropäische

Abwehrfront in enger Zusammenarbeit mit der UdSSR gegen Hitler an. Die Meinungsverschiedenheiten der Westmächte waren Anlass für den neuen sowjetischen Aussenminister Molotow, eine Verbesserung der Kontakte zum Deutschen Reich zu suchen. Auch die britische Bereitschaft, mit Hitler zu verhandeln, blieb bis Ende Juni ungebrochen, obschon der Londoner Regierung in Berlin das Scheitern des Erpressungsversuches angelastet wurde, mit Polen zu einer «einvernehmlichen Lösung» der Danzig- und Korridorfrage zu gelangen. Da Hitler, der zwar das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn als «ureigenste Angelegenheit der deutschen Politik» betrachtete, jedoch einen gleichzeitigen Konflikt mit den Westmächten vermeiden wollte, schien ihm – wie er am 23. Mai 1939 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht kundtat – eine «geschickte Politik» dennoch die Möglichkeit zu bieten, «bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen».⁸ Ohne einen späteren Überfall auch auf die Westmächte auszuschliessen, hoffte Hitler doch bis in den August, Polen «auszubluffen». Diese Erwartung war wohl der Grund für das unmotiviert Schwanken der deutschen Politik der Sowjetunion gegenüber, weshalb der Hitler-Stalin-Pakt «nicht als langfristiges Ziel deutscher Aussenpolitik, sondern als kurzfristiges Mittel zum Zweck [erscheint], als das aussenpolitische Pokern um die Isolierung und Einschüchterung Polens nur noch diese Alternative offen liess».⁹

Während der am 15. Juni in Moskau aufgenommenen Gespräche der westlichen Botschafter mit Molotow über einen Vertragsabschluss spielte anfangs die Frage einer gemeinsamen Garantie für die drei baltischen Republiken eine wesentlich grössere Rolle als die zusätzliche Absicherung Polens. Beim britischen Aussenminister Halifax verfestigte sich trotzdem die Auffassung, die Sowjetregierung werde, falls sie die Voraussetzungen für eine Teilung Polens günstig beurteile, diese zusammen mit Deutschland auch durchführen.¹⁰ Bis Ende Juli konnte immerhin weitgehendes Einvernehmen über die politischen Rahmenbedingungen erzielt werden, trotzdem manövrierte die am 14. August in den Militärverhandlungen erhobene sowjetische Forderung nach freiem Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien sowie auf Besetzung der baltischen Häfen, von Wilna und Lemberg die Gespräche in eine Sackgasse. Obwohl die Westmächte beträchtlichen diplomatischen Druck ausübten, konnte der polnischen Regierung eine Zustimmung nicht abgepresst werden. Bisher war Aussenminister Beck davon ausgegangen, Moskau werde die besondere polnische Empfindlichkeit respektieren; der stellvertretende sowjetische Aussenminister Potemkin hatte bei seinem Besuch in Warschau am 10. Mai den Eindruck erweckt, die polnischen Verteidigungsanstrengungen durch

Waffenlieferungen unterstützen und Möglichkeiten eines Transfers westlicher Hilfslieferungen über die UdSSR erkunden zu wollen.¹¹ Auch nachdem die französische Regierung, die bereits im Mai eine Militärkonvention für den Fall eines deutschen Angriffs mit Polen vereinbart hatte, wenige Stunden vor Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes den Sowjets ihre Bereitschaft signalisierte, das Warschauer Kabinett umzustimmen und ihrerseits das verlangte Durchmarschrecht zu garantieren, wurden die Verhandlungen mit den Westmächten am 25. August 1939 von Molotow abgebrochen. Die unnachgiebige Haltung in der polnischen Frage nahm die sowjetische Seite jedoch erst dann ein, als deutlich geworden war, dass Hitler mit der UdSSR ein Einvernehmen um jeden Preis suchte. Der am 25. August abgeschlossene britisch-polnische Beistandspakt konnte das über Polen hereinbrechende Unheil nicht aufhalten. Führende polnische Politiker vertraten trotz der sich mehrenden Anzeichen, dass die Alliierten keine sofort wirksamen militärischen Entlastungsaktionen einleiten würden, jedoch bis zuletzt die Überzeugung, ihre eigene militärische Stärke und die Hilfsbereitschaft ihrer Verbündeten werde Hitler von einem Angriff abhalten.

Während die Westmächte noch mit dem Kreml verhandelten und die von Goebbels meisterhaft inszenierte antipolnische Verleumdungskampagne ihrem Höhepunkt zustrebte, hatte die deutsch-sowjetische Annäherung entscheidende Fortschritte gemacht. Das durch diplomatische Kanäle signalisierte Interesse des Kreml an einer Verbesserung der politischen Beziehungen war in Berlin im Juni 1939 anfangs nur zögernd aufgegriffen worden. Erst die am 22. Juli bekanntgegebene Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen stellte einen Durchbruch dar.¹² Die Überzeugung, dass Polen bei einer deutschen Besetzung Danzigs die Kampfhandlungen eröffnen werde, hatte die Kriegsbereitschaft Hitlers, die vor allem von Reichsaussenminister von Ribbentrop geschürt wurde, weiter anwachsen lassen. Die Verhandlungen über einen Militärpakt mit Japan hatten sich nämlich im Juli zerschlagen, und somit bestand vorerst keine Aussicht auf eine Umklammerung der UdSSR; daher schien allein ein Einvernehmen mit dem Kreml die Voraussetzung zu bieten, den ersten Schritt zur Realisierung des deutschen Lebensraumprogramms zu machen. Hitler geriet zudem unter wachsenden Zeitdruck, zumal der 1. September witterungsbedingt als spätestster Termin für den Angriff auf Polen festgesetzt worden war. Die seit Ende Juli geäußerte und Anfang August präzisierte deutsche Bereitschaft, die sowjetischen Interessen berücksichtigen zu wollen, wenn dem Reich von Polen «ein Konflikt aufgezwungen» werden sollte,¹³ fand in Moskau eine so positive Reaktion, dass von Ribbentrop einen Schritt weiterging und am 10.

August erstmals eine Teilung Polens zur Diskussion stellte.¹⁴ Die wenig enthusiastischen Reaktionen des ungarischen Ausenministers Csáky vom 8. und seines italienischen Kollegen Ciano vom 11. bis 13. August auf die deutschen Angriffspläne zwangen die Reichsregierung erst recht, sich wenigstens die wohlwollende Neutralität der Sowjetunion zu sichern. Bei den am 15. August in Moskau aufgenommenen deutsch-sowjetischen Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag konnte rasch eine Annäherung der Standpunkte erzielt werden; ohne Rücksicht auf die noch vorhandenen sachlichen Differenzen drängten Hitler und Ribbentrop jedoch auf einen sofortigen Abschluss der Vereinbarungen, denn die Vorbereitungen für das Auslösen der Militäraktion gegen Polen in den letzten Augusttagen liefen auf Hochtouren. Polen, um dessen Schicksal es ja letztlich ging, wurde in den Beratungen nur am Rande erwähnt; Reaktionen der Warschauer Regierung verhallten ungehört. Da sogar die weitgehende Ausgleichsbereitschaft der Regierung Chamberlain Hitler nicht von einem Überfall auf Polen abzubringen schien und die Sowjetunion im Konfliktfall auf Seiten der Westmächte die Hauptlast des Landkrieges zu tragen gehabt hätte, bot ein Vertragsabschluss mit dem Deutschen Reich und auf Kosten der im westlichen Vorfeld liegenden Staaten dem Kreml die wesentlich reizvollere politische Alternative. Dank einer geschickten Verzögerungstaktik konnte Molotow erreichen, dass in einem Geheimen Zusatzprotokoll Estland, Lettland, Finnland und Bessarabien der sowjetischen Einflussphäre zugesprochen wurden und Polen entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San geteilt werden sollte.¹⁵ Auch wenn nicht auszuschliessen ist, dass selbst die mit den Westmächten verbündete Sowjetführung bei der Abwehr eines deutschen Angriffs auf Polen die Gelegenheit genutzt hätte, die 1921 im Frieden von Riga verlorenen «Westgebiete» zurückzugewinnen und Einfluss auf Zusammensetzung und Politik der Warschauer Regierung zu nehmen, so sollte doch erst der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 dem Kreml die Möglichkeit eröffnen, die Grenzen seines Hegemonialbereichs schliesslich bis an die Elbe und die Adria auszuweiten.

Die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Pakts auf Polen

Trotz aller hehren Proklamationen seiner Vertragspartner blieb Polen nach dem 1. September ohne nennenswerte militärische Unterstützung.¹⁶ Der zahlenmässigen und waffentechnischen Überlegenheit der deutschen Truppen hatten die Polen nur ihre Tapferkeit entgegenzusetzen. Als die von Hitler ab dem

3. September zur unmittelbaren Teilnahme an den Kampfhandlungen gedrängte Sowjetregierung am 17. September die Rote Armee in die ihr im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August zugeteilten weissrussischen und ukrainischen Gebiete einrücken liess, traten die höchsten polnischen Staatsorgane auf rumänisches Territorium über, so dass es keine legale Staatsgewalt auf dem bisherigen Hoheitsgebiet mehr gab. Mit diesem Faktum, das auch die Verbindlichkeit des Nichtangriffsabkommens von 1932 beendet habe, sowie mit ihrer Pflicht, den Schutz der weissrussischen und ukrainischen Bevölkerung zu gewährleisten, suchte der Kreml die sowjetische Teilnahme an der Vierten Teilung Polens zu rechtfertigen. In dem am 28. September 1939 geschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag sicherte sich die Sowjetregierung unter Aufgabe der ethnisch polnischen Gebiete zwischen Weichsel und Bug die Ausweitung ihrer Einflussphäre auf Litauen. Der geschickt taktierende Stalin durfte hoffen, dass diese «Mässigung», die das gesamte Baltikum der sowjetischen Aggression auslieferte und der UdSSR im Westen immerhin das Vorrücken bis zur ehemaligen Curzon-Linie gestattete, bei einem möglicherweise später notwendig werdenden Wechsel der Allianzen auch von den Westmächten honoriert werden könnte.

Unter den rund 13 Mill. Einwohnern in den von der UdSSR annektierten und am 1./2. November 1939 der Weissrussischen bzw. der Ukrainischen Sowjetrepublik eingegliederten ostpolnischen Gebieten befanden sich etwa 5,275 Mill. Menschen mit polnischer Muttersprache, die sogleich Entpolonisierungsmassnahmen unterworfen wurden.¹⁷ Die von April 1940 bis Juni 1941 in fünf Wellen vorgenommenen Deportationen ins Innere Russlands und nach Sibirien erfassten über 1,5 Mill. Menschen und trafen vor allem die staatlichen, kulturellen und religiösen Repräsentanten des Polentums; etwa 40% von ihnen kamen dabei zu Tode. Auch die 1,1 Mill. Juden fanden sich harter Bedrängnis ausgesetzt, zumal ihnen durch die Verstaatlichungsmassnahmen die materiellen Lebensgrundlagen beschnitten wurden. Ausserdem waren an die 300'000 Polen in sowjetische Kriegsgefangenschaft gelangt, von denen gerade 82'000 überlebten. Nicht nur in dem zum Symbol gewordenen Katyn, wo im Frühjahr 1940 4'500 Offiziere ermordet wurden, sondern auch die rd. 10'000 Insassen der Lager Starobielsk und Ostaskov haben Spezialeinheiten fast vollzählig liquidiert.¹⁸ Die Verfolgung polnischer Patrioten ging sogar nach der Wiederbesetzung Ostpolens durch die Rote Armee im Jahr 1944 weiter, wobei auch 30'000 Soldaten der Heimatarmee [Armia Krajowa] deportiert wurden, deren Schicksal bis heute ungeklärt ist. Selbst bei der «Befreiung» des heutigen polnischen Staatsgebiets westlich des Bug wurden 1944/45 Tausende Polen festgenommen, von denen die meisten während der Haft in der UdSSR starben.



Parade von deutschen und sowjetischen Truppen nach dem Sieg über Polen.
Brest-Litowsk, 22.9.1939. Auf dem Podest: (l.) General Guderian, (r.) Brigadegeneral Kriwoschein.
Bundesarchiv Koblenz.

Weltweit grosses Aufsehen erregte die Verhaftung von 16 führenden Persönlichkeiten des polnischen Untergrunds am 27. März 1945, die am 21. Juni in Moskau wegen «zersetzender Tätigkeit im Rücken der Roten Armee» hohe Freiheitsstrafen zudiktiert erhielten.

Klare Vorstellungen über die künftige Organisation der dem Deutschen Reich zugefallenen ethnisch polnischen Gebiete westlich der Demarkationslinie besass Hitler nach Beendigung der Kampfhandlungen nicht, die Polen mit 66'300 Toten, 134'000 Verletzten und etwa 400'000 Gefangenen hatte bezahlen müssen. Hitler liess seinen um den 25. September erwogenen Plan, einen entmilitarisierten und ganz von Deutschland abhängigen Reststaat zu schaffen, nach dem 12. Oktober fallen, als sich die Westalliierten durch dieses «Zugeständnis» nicht zur Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit zeigten und sich keine angesehenen Polen für die Bildung einer «Quisling»-Regierung zur Verfügung stellten. In einem Erlass über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete wurde die westliche Hälfte Polens mit den wichtigsten Industriezentren bereits am 8. Oktober 1939 direkt dem Deutschen Reich angeschlossen, der Rest von 142'000 km² mit 10,6 Mill. überwiegend polnischen Bewohnern in einem Reichsminister H. Frank unterstehenden «Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete» zusammengefasst. Dieses «Nebenland des Reiches» wurde wirtschaftlich rücksichtslos ausgebeutet und unter Ausschaltung, bald auch physischer Vernichtung der intellektuellen Kader zunehmend brutaleren Unterdrückungsmethoden mit dem Ziel unterworfen, die Polen auf die Stufe eines halbfreien, zur Schwerstarbeit geeigneten «Helotenvolkes» ohne politisches Eigenbewusstsein zu degradieren. In den «Eingegliederten Ostgebieten» setzte früh die Trennung der polnischen und jüdischen Bevölkerung von den deutschen Bewohnern und eine konsequente Germanisierungspolitik der Mischbevölkerung ein. Auch hier wurden durch Enteignung, Ausweisung, Deportation und gezielte Ausrottung die Voraussetzungen für die Ausschaltung jeder nationalpolitischen Bewegung geschaffen.¹⁹ Hunderttausende junger Polen wurden als Zwangsarbeiter in das Reichsgebiet verbracht.

Die masslose und brutale deutsche Besatzungspolitik löste eine immer weitere Bevölkerungskreise erfassende Bereitschaft zum mutigen und opferbereiten Widerstand im Untergrundkampf aus, der mit dem deutschen Angriff auf die UdSSR zudem von der radikalen Linken aufgenommen wurde. Auch die ab Mitte 1942 einsetzende planvolle physische Vernichtung der polnischen Staatsbürger mosaischen Glaubens, der mit mehr als 2,5 Mill. Menschen fünf Sechstel der polnischen Juden zum Opfer fielen, verstärkte diesen aus einem

tiefempfundenen Patriotismus gespeisten Abwehrkampf der nationalen Résistance, zumal die ethnisch polnische Bevölkerung befürchten musste, nach Ausrottung der Juden infolge des nationalsozialistischen Rassenwahns als «Untermenschen» selbst teilweise liquidiert zu werden.²⁰ Der Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 und der Versuch der Armia Krajowa, im August 1944 die Hauptstadt freizukämpfen, demonstrierten den ungebrochenen Überlebenswillen und den Wunsch, den polnischen Staat aus eigener Kraft unter Betonung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung in den alten Grenzen wiederherzustellen. Die Opfer waren enorm: Mehr als 6 Mill. Tote, darunter der Grossteil der Juden, der Intelligenz und der qualifizierten Arbeiter, waren zu beklagen; nach – wahrscheinlich zu hoch gegriffenen – Schätzungen hatte Polen 38% des Volksvermögens verloren. Der Zerstörung der gewachsenen Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Krieg, der Westverschiebung und der damit einhergehenden Vertreibung der deutschen Bevölkerung sowie der erzwungenen, einschneidenden politischen Neuorientierung kam ähnliches Gewicht zu.

Die bereits beim Besuch des britischen Aussenministers Eden im Dezember 1941 in Moskau von Stalin erhobene Forderung, die von Hitler zugestandene Westgrenze der UdSSR auch nach einem Sieg über das Deutsche Reich zu behaupten, belastete zunehmend das Verhältnis des Kreml zu der in London residierenden polnischen Exilregierung. Ihr Beharren, die Hintergründe der im April 1943 entdeckten Morde von Katyn vorbehaltlos aufzuklären, nahm Stalin zum Vorwand, die Beziehungen zu den bürgerlich-demokratischen Kräften am 25. April abzubrechen; mit dem Ziel, der zuvor weitgehend bedeutungslosen politischen Linken zur Macht zu verhelfen, unterstützte er einseitig die Kommunisten und ihre Sympathisanten. Angesichts der militärischen Bedeutung der Roten Armee stimmten Roosevelt und Churchill bereits auf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) den von Stalin unnachgiebig verlangten territorialen Konzessionen auf Kosten Polens und einer generellen Westverschiebung des Landes zu.²¹ Als im Verlauf der Sommeroffensive von 1944 der Bug in breiter Front überschritten wurde, installierte die Sowjetführung am 22./25. Juli ein Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung («Lubliner Komitee»), das Regierungsfunktionen ausübte und Weichenstellungen vornahm, die im Nachkriegspolen den Aufbau eines sozialistischen Systems ermöglichen sollten. Obgleich die von den Westmächten unter wachsenden Druck gesetzte Londoner Exilregierung von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als einzig legitime Repräsentation der nationalen Interessen angesehen wurde, konnte das mit sowjetischer Rückendeckung zur Provisorischen Regierung erweiterte Lub-

liner Komitee im Gefolge der Roten Armee bis Ende März 1945 die Verwaltung im freiekämpften Polen übernehmen.

Auf der Konferenz von Jalta (4.-11.2.1945) stimmten die USA und Grossbritannien grundsätzlich einer Ostgrenze Polens entlang der leicht modifizierten Curzon-Linie von 1919 zu und legten die Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neisse fest; eine bindende Vereinbarung über die Aufnahme von Exilpolitikern in eine «Regierung der nationalen Einheit» und die Abhaltung freier Wahlen kam dagegen nicht zustande. Während Kommunisten und Linkssozialisten die allgemeine Instabilität, Rechtsunsicherheit sowie die grosse Teile des polnischen Volkes erfassende, die bisherige Sozialstruktur aufbrechende elementare Bevölkerungsverschiebung zu nutzen verstanden, ihre politische Basis zu erweitern, konnte trotz des Drucks der Westmächte eine bescheidene Beteiligung der dem westlichen Demokratieverständnis anhängenden Londoner Repräsentanten an der Regierung der nationalen Einheit erst Ende Juni 1945 sichergestellt werden. Die Potsdamer Konferenz (17.7. – 2.8.1945) teilte daraufhin die ehemals ostdeutschen Gebiete bis zur Oder und der westlichen Neisse einschliesslich des Territoriums der Freien Stadt Danzig und das südliche Ostpreussen, rd. 103'000 km², bis zu einer friedensvertraglichen Regelung der polnischen Verwaltung zu,²² so dass das um fast 150 km nach Westen verschobene Polen nur noch über ein gegenüber 1939 auf 312730 km² verkleinertes Staatsgebiet verfügte.

Unter dem übermächtigen Einfluss des omnipotenten sowjetischen Nachbarn musste Polen – wie die anderen in einer gleitenden kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa entstandenen «Volksdemokratien» auch – seine demokratischen Traditionen aufgeben und sich in der Hochzeit des Stalinismus dem in der UdSSR entwickelten und für verbindlich erklärten sozialistischen Leitbild anpassen. Die von zahlreichen Geburtswehen begleitete Ausbildung eines modernen Staats- und Gesellschaftsgefüges, die langsame Umgestaltung des rückständigen Agrarlandes in einen Industriestaat eigener Prägung, der nicht zu unterdrückende Einfluss der katholischen Kirche, gute Bildungsmöglichkeiten, ein durch den Stolz auf die grosse Vergangenheit genährtes lebendiges Nationalbewusstsein sowie die gerade im Selbstbehauptungskampf des Zweiten Weltkriegs gewachsene politische Mündigkeit haben aber verhindert, Polen längerfristig zu einem blossen Satelliten zu degradieren.

Die politische Relevanz der «weissen Flecken»

Schon früh wurde in Polen die Frage nach der Mitverantwortung der Sowjetunion an Hitlers Überfall gestellt. Kein polnischer Patriot gab sich mit der in der Historiographie gebetsmühlenartig wiederholten Rechtfertigung Stalins (vom 3.7.1941) zufrieden, der Nicht angriffs vertrag habe der UdSSR für ein- einhalb Jahre den Frieden gesichert und ihr die Möglichkeit geboten, sich «militärisch auf die Abrechnung mit dem von den Verbrechern Hitler und Ribbentrop geführten hinterhältigen deutschen Volk» vorzubereiten. Die polnische Führung übernahm sogleich die erstmals von dem sowjetischen Chefankläger Rudenko im Nürnberger Prozess erhobene Beschuldigung, das Polens Schicksal besiegelnde Geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 stelle eine dreiste Fälschung dar. Sie liess ausserdem eine 1948 vom sowjetischen Informationsbüro herausgegebene Broschüre «Geschichtsfälscher»²³, in der das Zusatzprotokoll mit keinem Wort erwähnt wurde, sofort in einer Übersetzung mit hoher Auflagenzahl verbreiten, womit aber die in der Bevölkerung umlaufenden Gerüchte und Informationen nicht unter Kontrolle zu bringen waren. Das Zirkulieren der von Exilpolen im westlichen Ausland erarbeiteten Untersuchungen zur Rolle der Sowjetführung beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs konnte ebensowenig unterbunden werden wie Berichte über die sowjetische Verantwortung für die Morde von Katyn und über den Leidensweg der in die UdSSR verschleppten Polen. Während ein steter Fluss von – teils immer noch recht polemisch gehaltenen – Publikationen die deutschen Kriegsverbrechen ausschlachtet und die UdSSR als Garanten gegen die von der Bundesrepublik Deutschland ausgehenden Gefahren des «Revanchismus» und «Revisionismus» beschwört, durfte sich keine vor 1987 in Polen publizierte Arbeit kritisch mit dem sowjetischen Eingreifen in den Polen-Feldzug, mit der anschliessenden Besatzungspolitik oder den Übergriffen der Rotarmisten befassen. Sogar jede Erwähnung der Tatbestände war bis 1975 verboten und unterlag auch danach einer engefassten Sprachregelung, die das «Hauptamt zur Kontrolle der Presse» überwachte,²⁴ so dass selbst in einem Teil der Schulgeschichtslehrbücher sowie in der von einer polnisch-sowjetischen Kommission herausgegebenen Dokumentation der bilateralen Kontakte jede Erwähnung des Hitler-Stalin-Paktes unterblieb. Wegen der wachsenden Unzufriedenheit über diese Tabuisierung und einseitige Informationspolitik sah sich die polnische Staats- und Parteiführung immer häufiger gehalten, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu beschwören und auf die besonderen Empfindlichkeiten der russischen Genossen hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung zu verweisen.²⁵

Bereits während des polnischen «Frühlings im Oktober» 1956 war eine – allerdings rasch unterdrückte – Diskussion über die Notwendigkeit aufgeflammt, der historischen Wahrheit auch bei der Aufarbeitung der russisch/sowjetisch-polnischen Kontakte in Vergangenheit und Gegenwart zu folgen. Diese Forderung wurde im März 1968 von den protestierenden Studenten aufgegriffen. Doch erst seit Juni 1976, als das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Streikenden in Radom und Ursus die Gründung einer ganzen Reihe von Vereinigungen zum Schutz der Menschenrechte auslöste, wurde der Anspruch auf vollständige und unverfälschte Information immer entschiedener betont. Besonders das Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung «Komitee zur Verteidigung der Arbeiter» (KSS «KOR») und die ihm nahestehenden «Fliegenden Universitäten» (UL), die in den grösseren Städten Vorlesungen zur polnischen Zeitgeschichte abhielten, erwarben sich das Verdienst, trotz aller staatlichen Einschüchterungsmassnahmen eine faktengerechte Darstellung der polnisch-sowjetischen Beziehungen zu verbreiten, wobei ein weitverzweigtes Untergrundverlagswesen für die Publikation unzensurierter Zeitschriften, kritischer Bücher und zahlloser Flugblätter sorgte.²⁶ Die aus Anlass des 35. Jahrestags der deutschen Kapitulation 1979/80 herausgebrachten Stellungnahmen fanden auch die Unterstützung des Episkopats, der «den bescheidenen Versuch [verteidigte], die Lücken der öffentlichen Ausbildung auszufüllen, die in Schweigen gehüllten Tatsachen vergangener Zeiten zu zeigen und die im Schulunterricht und im Universitätslehrbetrieb häufig falsch dargelegten Fakten richtigzustellen».²⁷

Nachdem das überbetriebliche Streikkomitee in Danzig im August 1980 der Regierung Medienfreiheit durch Aufhebung der Zensur und die Nichtverfolgung oppositioneller Schriften abgetrotzt hatte, verfochten die Gewerkschaft Solidarnosc und ein parteiunabhängiger Studentenverband bis zu ihrer Suspendierung im Dezember 1981 kompromisslos eine Neuausrichtung des Geschichtsunterrichts an den Schulen, die Herausgabe neuer Lehrbücher und den Verzicht auf gefälschte oder geschönte Interpretationen der polnischen Zeitgeschichte. Während des «Kriegerischen Zustands» wurden diese Initiativen unter Beschwörung der Unauflösbarkeit der vertraglichen Bindungen zur UdSSR abgewürgt. Auch bei den Feiern aus Anlass des 40. Jahrestags von Jalta und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurde allein der Rolle der UdSSR bei der «Befreiung» Polens und als Protektor seiner territorialen Integrität gegen den deutschen «Revanchismus» gedacht. Der neue Wind aber, der seit der Ernennung M. Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU aus Moskau weht, sowie die wegen der ökonomischen Misere unausweichliche stärkere Öffnung

nach Westen veranlassten die polnische Staats- und Parteiführung, seit 1986 eine gelenkte Diskussion um die alle Polen brennend interessierenden historischen Zusammenhänge unter Einbeziehung auch des sowjetischen Anteils am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuzulassen. Die am 21. April 1987 von Gorbatschow und General Jaruzelski in Moskau unterzeichnete Deklaration über die allseitige Zusammenarbeit, die wegen der Zusage, dass keine «weissen Flecken» in der Historiographie geduldet werden dürfen, in Polen grosse Erwartungen weckte, schien dem langgehegten Wunsch entgegenzukommen, die polnisch-sowjetischen Beziehungen jetzt vorbehaltlos offenzulegen. Doch bei der personellen Zusammensetzung einer «Gemeinsamen Kommission der Parteigelehrten der VR Polen und der UdSSR für Angelegenheiten der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Ländern» wurden mehrheitlich reaktionäre Apparatschiki bevorzugt. In einem im Sommer 1987 im theoretischen Organ der KPdSU «Kommunist» erschienenen Aufsatz verwies Jaruzelski immerhin auch auf «die Fehler der sowjetischen Politik Polen gegenüber» in den Jahren 1939-1941.²⁸

Bereits zuvor hatte der kompetente Historiker E. Duraczynski in der angesehenen Wochenzeitung «Polityka» (13.6.1987) die Hintergründe für das Zustandekommen des in Polen stets «Ribbentrop-Molotow-Abkommen» bezeichneten Hitler-Stalin-Paktes aufgezeigt, war aber vor der Erwähnung des Geheimen Zusatzprotokolls zurückgeschreckt. Während der Rektor der Parteiakademie T. Walichnowski noch dagegen wettete, dass die Beseitigung «weisser Flecken» nicht zu sowjetfeindlichen Äusserungen missbraucht werden dürfe, veröffentlichte der Parteihistoriker W.T. Kowalski im Rahmen einer mehrteiligen, gründlich recherchierten Serie über die Problematik des Moskauer Vertrags vom 23. August 1939 am 11. Oktober 1987 in der kleinen Krakauer Wochenzeitung «Zycie Literackie» zum ersten Mal in einem offiziell zugelassenen Organ den vollen Text des Geheimprotokolls und wies mit seiner Interpretation auch die Rechtfertigungsversuche des sowjetischen Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission, G. Smirnow, zurück.²⁹ Da aber Generalsekretär Gorbatschow – wohl aus Rücksichtnahme auf seine parteiinternen Kritiker und als Reaktion auf die stürmisch anwachsende Freiheitsbewegung in den baltischen Republiken – in seiner programmatischen Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution den Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts uneingeschränkt rechtfertigte und jeden Hinweis auf das Geheimabkommen sowie die sowjetische Beteiligung an der militärischen Zerschlagung Polens vermied,³⁰ wurde auch in Polen die Diskussion wieder eingeschränkt. Inzwischen wurden der Text der

Geheimklausel und Auszüge aus dem Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 aber auch in der im Sommer 1988 ausgelieferten Hitler-Biographie von K. Gruenberg abgedruckt.

Einen grösseren Stellenwert hat für die Polen unterdessen die Aufklärung der Verbrechen von Katyn erlangt, des Symbols für die Ermordung von rd. 15'000 polnischen Offizieren, die nach offizieller Lesart weiterhin den «Nazifaschisten» angelastet wird. Da die Gemeinsame Kommission nach ihren Sitzungen im Mai 1987 und März 1988 keine verwertbaren Ergebnisse vorlegte, verlangte der parteilose Abgeordnete R. Bender am 10. März 1988 im Sejm die rückhaltlose Aufklärung aller Folgen des Hitler-Stalin-Paktes für Polen.³¹ Selbst einen Offenen Brief polnischer Intellektueller und Oppositioneller, in dem die Verantwortung Stalins und L. Berijas für die Ermordung der Offiziere sowie für Verschleppung und Tod von zahllosen Polen angeprangert wurde, druckte das Parteiorgan Trybuna Ludu am 12. März 1988 ab. Mehrere Gesten guten Willens – so die Beteiligung der Regierung an den Feiern zum 45. Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstands – konnten die mit wachsender Ungeduld vorgebrachten Erwartungen auf ein klärendes Wort von sowjetischer Seite nicht beruhigen. Umso grösser war die Enttäuschung, als sich Gorbatschow bei seinem Besuch im Juli 1988 einer offenen Diskussion der «weissen Flecken» durch Wiederholung der alten sowjetischen Standpunkte entzog. In einem Brief an polnische Intellektuelle verurteilte er im November lediglich den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 als «politischen Fehler mit schwersten Folgen».³²

Unter wachsendem Druck der öffentlichen Meinung sah sich die polnische Regierung immerhin gehalten, den «sowjetischen Freunden» am 7. März 1989 neue Unterlagen über die Morde an polnischen Offizieren und Deportierten in der UdSSR zuzuleiten; bei den Katyn-Feiern am 18. April wurde anlässlich der Beisetzung von Urnen mit Erde aus den dortigen Massengräbern am Grabmal des Unbekannten Soldaten und am Katyn-Gedenkstein des Warschauer Heldenfriedhofs der bisher obligatorische Hinweis auf die «faschistischen Nazi-Verbrecher» als Täter sorgfältig vermieden und die alte Inschrift getilgt.

Nicht zuletzt wegen des Festhaltens an der langjährigen Verschleierungstaktik und des Ausbleibens eines offenen Schuldbekenntnisses hat – ganz abgesehen von den konkreten Folgen – der Hitler-Stalin-Pakt für die Bewohner Polens bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüsst. Während die Verantwortung des Deutschen Reiches für den Überfall auf Polen nicht geleugnet werden kann, erschweren die tabuisierten «weissen Flecken» die Einstellung der Polen zum grossen Bruder Sowjetunion weiterhin nachhaltig. Zwar sind die im Zweiten

Weltkrieg geschlagenen Wunden vernarbt, aber sie haben im politischen Bewusstsein der Polen unauslöschliche Spuren hinterlassen. Zudem ist angesichts der normativen Kraft des Faktischen nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags mit der Bundesrepublik Deutschland am 7. Dezember 1970 die Furcht vor einer Gefährdung der gegenwärtigen Westgrenze weitgehend verschwunden. Daher erscheint den meisten Polen, denen inzwischen die wahren Hintergründe der historischen Ereignisse vor 50 Jahren bekannt sind und die sich dem kulturellen Erbe des christlichen Abendlandes besonders fest verpflichtet fühlen, die Aufrechterhaltung der ihrem Nationalstolz und ihren politischen Überzeugungen zuwiderlaufenden Subordination unter die Führungsmacht UdSSR unzeitgemäss. Ohne ein vorbehaltloses Eingeständnis der Mitschuld an den Leiden und Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs in Polen wird sich eine freiwillige Akzeptanz der sowjetischen Vormachtstellung und eine von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung getragene Partnerschaft zwischen den Polen und den Völkern der UdSSR nicht verwirklichen lassen.

Kalervo Hovi

Der Hitler-Stalin-Pakt und Finnland

«In Erinnerung an 1917/18, als deutsche Truppen den Finnen geholfen hatten, die Sowjetdrohung abzuwehren, war unsere Passivität, man kann fast sagen unsere unfreundliche Neutralität gegenüber Finnland keine schöne Rolle. Die Welt wusste damals noch nicht, dass Ribbentrop im August 1939 in Moskau ausser den Randstaaten auch Finnland geopfert hatte und nervös über die Erfüllung des Opfers wachte.»¹ Diese Worte des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker kommen der Auffassung der meisten Finnen von der Rolle Deutschlands in den Jahren 1939 bis 1941 sehr nahe. Der Hitler-Stalin-Pakt selbst bildete für die finnische Öffentlichkeit und Geschichtsschreibung nie ein besonderes Problem. Sowjetische Absichten gegen Finnland hatte man dort während der gesamten Zwischenkriegszeit geahnt und gefürchtet, und der Pakt schien dieses Misstrauen zu bestätigen. Überdies hatte die finnische Regierung in den bilateralen Kontakten mit der Sowjetregierung 1937-1939 bereits einen Eindruck von den sowjetischen Forderungen an Finnland gewonnen. Was für die Finnen überraschend kam, das war die deutsche Rolle im Komplott von 1939. Wenn man sich bis heute in der Historiographie und im Geschichtsunterricht intensiv damit beschäftigt, so vor allem deshalb, weil das Verhältnis zur UdSSR für Finnland von existenzieller Bedeutung ist. Dementsprechend gilt das besondere Interesse den tieferen Ursachen der damaligen sowjetischen Aussenpolitik sowie den unmittelbaren und den langfristigen Folgen des Pakts.

Finnland in der Zwischenkriegszeit

Finnland wurde am 6. Dezember 1917 selbständig, als erster der zehn neuen bzw. erneuerten Staaten zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Jahrhundertelang war Finnland ein Teil Schwedens gewesen, wenn es auch zeitweise eine eigene administrative Einheit gebildet hatte. Infolge der Napoleonischen Kriege wurde Finnland 1809 ein autonomes Grossfürstentum im Rahmen des Russischen Reiches. Diese hundertjährige Tradition der Selbstverwaltung mag mit dazu beigetragen haben, dass Finnland als einziger der neuen Staaten seine parlamentarisch-demokratische Verfassung von 1919 bis heute beibehalten konnte.

Finnland war traditionell ein Agrarland an der nördlichen Auskommengrenze. Eine wirtschaftliche Wende bildete das «take-off» der Holzverarbeitenden Industrie in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Besonders in den zwanziger und dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts war ein schnelles wirtschaftliches Wachstum zu beobachten, so dass Finnland trotz seiner überwiegend agrarisch geprägten Wirtschaft am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im Begriff war, aufgrund seiner Pro-Kopf-Produktion eines der reichsten Industrieländer zu werden. Dies ist heute erreicht. Auch die Einwohnerzahl Finnlands stieg in der Zwischenkriegszeit von 3,1 auf 3,7 Millionen.

Die wichtigsten Handelspartner Finnlands waren Grossbritannien und Deutschland. Der britische Anteil am finnischen Aussenhandel betrug 1938 32,7%, der der Deutschen 17,4%. Der Handel mit Grossbritannien entwickelte sich besonders vorteilhaft, weil die Briten den grössten Anteil der finnischen Holz- und Papierprodukte kauften und die Handelsbilanz für Finnland positiv war. Von Deutschland wurde mehr importiert, als man dorthin exportieren konnte. Die Konzession zur Ausbeutung der reichen Nickelfunde in Petschenga wurde an ein britisch-kanadisches Unternehmen vergeben; das finnische Kupfererz ging dagegen nach Deutschland. Der Handel mit der UdSSR blieb während der ganzen Zwischenkriegszeit unbedeutend, er lag 1938 bei einem Prozent.

Innenpolitisch erwies sich Finnland als recht stabil. Seit 1906 gab es ein auf dem allgemeinen Wahlrecht basierendes politisches System, in dem erstmals in Europa auch das Frauenwahlrecht verankert war. Im Frühjahr 1918 kam es – wie auch in den meisten anderen ehemaligen Provinzen des Russischen Reiches, deren Bewohner jetzt ihre Unabhängigkeit anstrebten – zu einem Bürgerkrieg. Die legale «weisse» Regierung, unterstützt von der deutschen Ostseedivision, errang den Sieg über die «rote» Revolutionsarmee, in der auch russische Freiwillige dienten. Trotz der Härte des Bürgerkriegs, der von Terrorakten beider Seiten geprägt war, hat man die unterlegene Seite nicht zu sehr in ihren Rechten eingeschränkt. Die Sozialdemokraten konnten schon ein Jahr nach dem Ende des Bürgerkriegs an den Parlamentswahlen teilnehmen und bereits 1926 eine Minderheitsregierung stellen.

Die Sozialdemokraten blieben auch die stärkste Partei Finnlands, obwohl sie nie wieder eine absolute Mehrheit erringen konnten wie im Jahre 1916. Die zweitgrösste Partei war die der Agrarier, es folgten die konservative Sammlungspartei, die liberale Fortschrittspartei und die Schwedische Volkspartei. In den dreissiger Jahren spielte auch die rechtsradikale Vaterländische Volksbewegung eine Rolle. Die nach dem Bürgerkrieg in Moskau gegründete Kommu-

nistische Partei Finnlands war in der Zwischenkriegszeit verboten, war aber in den zwanziger Jahren durch mehrere Tarnparteien vertreten. Die meisten Regierungen dieser Zeit stützten sich auf die Zentrumsparteien und die Konservativen, während in den dreissiger Jahren zunehmend auch die Sozialdemokraten beteiligt waren. Trotz politischer Unruhen während der Weltwirtschaftskrise gab es in Finnland keinen Staatsstreich.

Aussenpolitisch musste Finnland erst eine feste Orientierung finden. Im Ersten Weltkrieg galt zunächst Neutralität. Während des Bürgerkriegs schloss die legale Regierung einen Friedens- und Bündnisvertrag mit Deutschland, während die Revolutionsregierung einen Vertrag mit Sowjetrußland schloss. Der Sieg der «Weissen» im Bürgerkrieg brachte eine Hinwendung zu Deutschland, die aber – bis auf die wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen – die Niederlage der Mittelmächte nicht überdauerte, da nun der Versuch unternommen werden musste, die nationalen Ziele Finnlands mit Hilfe der Westmächte zu erreichen. Zunächst war nur Frankreich zur Zusammenarbeit bereit.

Die aussenpolitische Situation Finnlands wurde besonders dadurch erschwert, dass infolge des Bürgerkriegs und der finnischen Bestrebungen im sowjetischen Ostkarelien praktisch Kriegszustand mit Sowjetrußland herrschte. Auch nach dem Friedensschluss vom Oktober 1920 blieben die Beziehungen gespannt. Die nächstliegende Orientierung der finnischen Aussenpolitik, nämlich die auf die skandinavischen Staaten, scheiterte am Konflikt um die Ålandinseln; auch der Sprachenstreit zwischen den Finnisch- und Schwedischsprachigen in Finnland hat sich hier negativ ausgewirkt. So sah sich Finnland zunächst auf die Zusammenarbeit mit den Baltischen Staaten und Polen verwiesen, wobei sich die Kontakte zu den stammesverwandten Esten am engsten gestalteten.

In den dreissiger Jahren taktierte die finnische Aussenpolitik zurückhaltender. 1932 wurde ein Nichtangriffspakt mit der UdSSR geschlossen. Gleichzeitig suchte Finnland engere Zusammenarbeit mit den skandinavischen und anderen neutralen Staaten, schloss sich 1933 den Oslo-Staaten an und machte ab 1935 die «nordische Orientierung» zur Hauptlinie der Aussenpolitik. Als Aussenminister Holsti 1937 die UdSSR besuchte, um Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zu erkunden, benutzte die sowjetische Seite die Gelegenheit dazu, wegen der gemeinsamen Verteidigung mit Finnland vorzufühlen. Die entsprechenden sowjetischen Andeutungen wurden aber in Helsinki nicht sehr ernstgenommen².

Holsti besuchte auch Berlin, aber die seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten abgekühlten Beziehungen blieben problematisch. Im Mai 1939 lehnte die finnische Regierung ein Nichtangriffspaktangebot Deutschlands ab.

Trotz der plausiblen Begründung, dass sich Finnland von Deutschland nicht bedroht fühle, betrachtete Berlin die Ablehnung als einen unfreundlichen Akt. Auch Schweden und Norwegen lehnten solche Angebote ab, während Estland, Lettland und Dänemark sie akzeptierten. Gleichwohl blieben die Beziehungen zwischen finnischen und deutschen Militärs recht eng; im Sommer 1939 besuchten sowohl Admiral Canaris als auch General Halder Finnland.³ Allerdings wurde auch das Interesse der Westmächte am Ende der dreissiger Jahre lebhafter: Es erschienen wohlwollende Bücher und Artikel über Finnland, und auch der französische General Gamelin sowie der britische General Kirk statteten Finnland vor dem Kriege Besuche ab.⁴

Um nicht in das Kreuzfeuer der Grossmachtinteressen zu geraten, suchte sich Finnland immer mehr Schweden zu nähern. Man verhandelte über gemeinsame Befestigungen und rüstete auf. Bis zum Sommer 1939 waren die Verhandlungen gescheitert, die Aufrüstung noch keineswegs abgeschlossen.

Finnland in den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen

Das Hauptanliegen Finnlands während der Verhandlungen der Grossmächte im Sommer 1939 bestand – ebenso wie das der anderen betroffenen Staaten – darin, seine eigene Sicherheit und Integrität gewährleistet zu sehen. Die meisten Finnen fühlten sich nur von der UdSSR bedroht. Trotz des Nichtangriffspakts von 1932 war man in Finnland von tiefstem Misstrauen gegenüber der Sowjetunion erfüllt. Dieses Misstrauen ging schon auf die Unifizierungs- bzw. Unterdrückungsmassnahmen in den letzten Jahrzehnten der Zugehörigkeit zum Zarenreich zurück. Diese scheinen auf die dem Zaren und dem Russischen Reich gegenüber vertrauensvoll und legalistisch eingestellten Finnen wie ein Schock gewirkt zu haben. Dazu kamen später andere Gründe wie der faktische Kriegszustand zwischen Finnland und Sowjetrußland 1918 bis 1920, die Ablehnung des Kommunismus durch das «weisse» Finnland, die kontinuierliche sowjetische Unterstützung für die finnischen Kommunisten sowie vor allem das enorme Machtgefälle zwischen den beiden Staaten. Insbesondere befürchtete man, die Sowjetregierung könnte eines Tages versuchen, die Grenzen des Zarenreiches wiederherzustellen. Dementsprechend rechnete die militärische Planung so gut wie ausschliesslich mit einem Angriff von Osten her.

Als erste Reaktion auf die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen machte Finnland deutlich, dass man keine Garantien wünschte, ja nicht einmal

unter den zu garantierenden Staaten genannt werden wollte. Die finnische Regierung wusste ja schon aus den vorangegangenen Kontakten mit der Sowjetregierung, dass diese Stützpunkte sowie die Einbeziehung ganz Finnlands in die gemeinsame Verteidigung gegen Deutschland anstrebte. So suchte man Zuflucht in der Gruppe der neutralen skandinavischen Staaten, jede Identifizierung mit den «Randstaaten» sollte vermieden werden. Die Absicht, Neutralität bewahren zu wollen, wurde im Mai 1939 sowohl Grossbritannien als auch Deutschland unmissverständlich zur Kenntnis gebracht.⁵

Die deutsch-sowjetischen Gespräche und Finnland

Die Reichsregierung hatte keine Hemmungen, Finnland wenigstens vorübergehend in der Einflussphäre der UdSSR zu belassen. Aber Hitlers Ziele in Finnland vor dem Winterkrieg sind nicht ganz klar. Einerseits waren die kleinen Staaten für Hitler keine Gesprächspartner. Andererseits hatte Finnland in Hitlers Plänen für Nordosteuropa offenbar keinen Platz: Es lag nicht in dem von Deutschland beanspruchten «Lebensraum» wie die Baltischen Staaten, aber es sollte auch nicht zu dem geplanten nordischen Bündnis mit Dänemark, Norwegen und Schweden gehören.⁶

Die sowjetische Absicht, Finnland eng in die eigenen Vorsichtsmassnahmen bzw. Expansionspläne einzubeziehen, scheint sich während der britisch-französisch-sowjetischen Gespräche noch verstärkt zu haben. Die neuesten Enthüllungen sowjetischer Historiker deuten jedenfalls darauf hin, dass Stalin bereits im Sommer 1939 beschlossen hatte, die sowjetischen Forderungen gegenüber Finnland gegebenenfalls auch mit Gewalt durchzusetzen.⁷ Die Deutschen waren von Anfang an bereit, Stalin in dieser Hinsicht freie Hand zu lassen. Finnland scheint nicht einmal Verhandlungsgegenstand gewesen zu sein. Ribbentrop reiste bekanntlich mit einer Blankovollmacht nach Moskau, alle Gebiete nördlich der Düna der UdSSR zu überlassen. Und Hitler stimmte auch weitergehenden Forderungen der sowjetischen Seite sofort zu, nur um den schnellen Paktabschluss zu erreichen.

Die deutsch-sowjetische Annäherung im Sommer 1939 liess sofort den Verdacht aufkommen, dass eine Teilung Ostmitteleuropas in Interessensphären drohe. Schon im Juli gab es die ersten Gerüchte, dass Deutschland die Baltischen Staaten der UdSSR überlassen wolle. Einen Monat später verdichteten sich die Gerüchte, und vor allem ein Hinweis der Göring nahestehenden «National-Zeitung», dass die Verhandlungen in Moskau die Grenze zwischen der

deutschen und der sowjetischen Einflussphäre festlegen würden, steigerte auch in Helsinki die Nervosität. Das Auswärtige Amt dementierte zwar derartige Berichte, aber die finnische Regierung brachte dem deutschen Gesandten gegenüber doch ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die deutsch-sowjetische Verständigung möglicherweise auf Kosten der Ostseestaaten erkaufte worden sei.

Für noch grössere Beunruhigung sorgte schliesslich der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. In Helsinki sah man einen engen Zusammenhang zwischen diesem Vertrag und den sowjetischen Forderungen nach Militärstützpunkten in Estland. Aussenminister Erkko teilte daraufhin dem deutschen Gesandten mit, dass Finnland solche Forderungen niemals akzeptieren werde – eine indirekte Warnung an die Adresse Moskau, mit dem Berlin offenbar gemeinsame Sache machte. Es war übrigens bezeichnend, dass die finnische Regierung während der gesamten Krise Wert darauf legte, mit Deutschland in Kontakt zu bleiben, nicht aber mit der Sowjetunion.

Anfang Oktober allerdings, als auch die finnische Regierung eine Einladung zu Verhandlungen in Moskau erhielt, enthüllte das Auswärtige Amt die tatsächliche Sachlage. Auf die direkte Frage des finnischen Gesandten antwortete Staatssekretär v. Weizsäcker zweierlei: Er stellte zunächst fest, dass Finnland durch die Ablehnung des Nichtangriffspaktangebots eine feindselige Haltung gegenüber Deutschland eingenommen hätte; welchen Nutzen die Nichtangriffspakte allerdings Estland und Lettland gebracht hatten, die soeben angesichts massiven sowjetischen Drucks von Deutschland im Stich gelassen wurden, konnte er nicht erklären. Gleichzeitig versicherte er, dass Deutschland auch in Zukunft enge Wirtschaftsbeziehungen mit Finnland pflegen wolle. Der Kernfrage wich er damit zunächst aus. Aber einige Tage später räumte er endlich ein, dass es eine Demarkationslinie gebe, ostwärts derer Deutschland keine Interessen geltend mache. Darum sei der Reichsregierung auch nicht bekannt, was die Sowjetregierung von Finnland fordern werde. Er glaubte aber persönlich, dass es keine weitgehenden Forderungen sein würden, und riet der finnischen Regierung deshalb, sich mit der UdSSR gütlich zu einigen.⁸

Die finnisch-sowjetischen Verhandlungen und der Winterkrieg 1939/40

Die finnische Regierung erhielt die Einladung zu Verhandlungen über «konkrete politische Fragen» zu einem Zeitpunkt, als Estland und Lettland in der Stützpunktforderung bereits nachgegeben hatten und Litauen eben im Begriff war, ebenfalls Militärbasen zur Verfügung zu stellen. Die finnische Delegation leitete J.K. Paasikivi, der schon bei den Friedensverhandlungen von 1920 Delegationsführer gewesen war und von 1946 bis 1956 Staatspräsident Finnlands werden sollte. Seine Vollmachten waren sehr eng gefasst. Als die sowjetische Seite einen Teil der karelischen Landenge, die grossen Inseln des Finnischen Meerbusens sowie einen Stützpunkt im Westen des Meerbusens, vor allem aber die Stadt Hanko mit Umgebung und einen Abschnitt der Petschengaküste am Nördlichen Eismeer im Tausch gegen zwei Gemeinden in Ostkarelien forderte, versuchte Paasikivi zunächst, einige Inseln im Tausch gegen andere Gebiete anzubieten. Als Stalin jedoch auf der Erfüllung aller sowjetischen Forderungen bestand, reiste Paasikivi zweimal zu Konsultationen nach Helsinki, ohne allerdings ein grösseres Entgegenkommen der finnischen Seite zu erreichen.

Von den massgeblichen Persönlichkeiten Finnlands riet Marschall Mannerheim zum Nachgeben. Er war General in der Armee des Zaren gewesen und gehörte zu den wenigen in Finnland, die russische Mentalität und militärisches Denken aus eigener Erfahrung kannten. Als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses wusste er aber auch um die mangelnde Kriegsbereitschaft der finnischen Streitkräfte. Aber die Regierung gab nicht nach. Sie vertrat vielmehr den Standpunkt, dass Finnland ein neutraler Staat sei, der sein Territorium selbst verteidigen könne, und dass der UdSSR weder von noch über Finnland ein Angriff drohe. Überdies wurde es als ganz unmöglich angesehen, dass eine parlamentarische Demokratie Staatsterritorium ab trete, wenn die Bevölkerung dies geschlossen ablehne. Ausschlaggebend für die finnische Haltung aber war das tiefe Misstrauen gegenüber den sowjetischen Absichten. Man wurde den Verdacht nicht los, dass die Gebietsabtretungen nur den Auftakt zu weiteren Zugeständnissen bilden sollten, die sofort fällig würden, sobald die finnische Verteidigungsfähigkeit durch die jetzt geforderten Grenzveränderungen entsprechend geschwächt worden sei.⁹

Während der Verhandlungen suchte die finnische Regierung Unterstützung bei den skandinavischen Staaten und Deutschland zu finden. Während Hitler, Ribbentrop und das Auswärtige Amt kühl ablehnend reagierten, war Göring bereit, finnische Emissäre zu empfangen. In einer Besprechung mit seinem schwedi-

schen Schwager Graf von Rosen verteidigte er zwar zunächst die Politik der Reichsregierung, soll aber dann in Tränen ausgebrochen sein und geäußert haben: «Nein, jetzt kann ich nicht mehr. Ich sitze hier und verteidige die Kommunisten, und das ist gegen meine Überzeugung.» Dann riet er den Finnen, fest zu bleiben, denn auf Stalin wirke nur Entschlossenheit. Anfang November sandte er eine persönliche Botschaft an Marschall Mannerheim, in der er nun doch zum Nachgeben riet, da die UdSSR sonst einen Krieg beginnen werde. Derzeit könne Deutschland nicht helfen, aber man werde dies später wieder gutmachen.¹⁰

Anfang November 1939 erreichten die Verhandlungen ihren Höhepunkt. Molotow erklärte kühl, dass wenn die Zivilisten keine Fortschritte erreichen würden, man die Sache eben den Soldaten übergeben müsse. Allerdings war man in Helsinki wie im übrigen Ausland davon überzeugt, dass diese Drohung Bluff und Teil des sowjetischen Nervenkriegs sei. Aber Molotows Drohung war kein Bluff. Am 29. November kündigte die Sowjetunion den Nichtangriffspakt von 1932, und am 30. November eröffnete die Rote Armee die Feindseligkeiten entlang der gesamten finnischsowjetischen Grenze. Schon am 1. Dezember wurde in Leningrad eine finnische «Volksregierung» gebildet, deren Sitz Terijoki in Karelien wurde. Diese Regierung erklärte sich bereit, sofort einen Freundschafts- und Beistandspakt mit der UdSSR zu schliessen und die geforderten Stützpunkte abzutreten.¹¹

Diese «Volksregierung», an deren Spitze der Revolutionsführer von 1918, O.V. Kuusinen, stand und der im Übrigen zweitrangige, bis dahin in der UdSSR lebende finnische Kommunisten angehörten, fand in Finnland keinen Widerhall. Das finnische Volk stand geschlossen wie nie zuvor in seiner Geschichte hinter der legalen Regierung. Diese Einmütigkeit umfasste selbst die extreme Linke im Lande. So weigerte sich der Generalsekretär der im Untergrund arbeitenden kommunistischen Partei Finnlands, Arvo Tuominen, in die Volksregierung einzutreten. Stattdessen veröffentlichte er eine Aufforderung an die finnischen Arbeiter, der Roten Armee Widerstand zu leisten.¹² Diese Geschlossenheit, der sog. Geist des Winterkriegs, befähigte das finnische Volk zu unglaublichen Leistungen bei der Verteidigung seiner Heimat. Überall konnte die Rote Armee zum Stehen gebracht, ihre zahlenmässig weit überlegenen Kräfte in regelrechten Kesselschlachten zersplittert und so die Front bis zum Februar 1940 stabilisiert werden.

Die auswärtige Hilfe für Finnland hatte vor allem moralische Bedeutung. Schweden half mit Freiwilligen und mit Warenlieferungen. Auch Deutschland nahm finnische Waffenbestellungen an; als die UdSSR davon erfuhr, wurde

vereinbart, dass Schweden Waffen und Munition aus eigenen Beständen liefern sollte, die dann von Deutschland ersetzt wurden. Dieses deutsche Entgegenkommen war allerdings rein wirtschaftlich bedingt, denn als Gegenleistung erhielt Deutschland die gesamte Ausbeute der finnischen Kupfer-, Nickel- und Kobaltvorkommen. Im Übrigen nahm die Weltöffentlichkeit regen Anteil am finnischen Winterkrieg. Die westliche Presse berichtete umfassend über «Täglich neue Thermopylen». Die deutschen Zeitungen verhielten sich eher kühl und gaben den sowjetischen Frontmeldungen den Vorrang. Als Protest gegen diese einseitige Berichterstattung schied der Leiter der finnländischen Zweigstelle des Deutschen Nachrichtenbüros, der ehemalige «Finnlandkämpfer» O. v. Zwehl, aus seinem Amt und trat als Freiwilliger in die finnische Armee ein.¹³ Im Februar 1940 gelang der Roten Armee ein Durchbruch, doch konnte die Front vor der Stadt Viipuri (Vyborg) noch einmal stabilisiert werden. Die finnische Regierung sah sich gleichwohl zu Friedensfühlern gezwungen. Friedensbereitschaft zeigte aber auch die Sowjetregierung. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass die Westmächte Miene machten, zum Schutz der schwedischen Eisenerz- und möglicherweise der finnischen Nickelvorkommen in Nordskandinavien Freiwillige zu landen; eine Konfrontation mit England und Frankreich, die die UdSSR zum Bundesgenossen des Deutschen Reiches gemacht hätte, lag aber keineswegs in Stalins Absicht. So wurde die «Volksregierung» Kuusinsin lautlos abgeschafft und der Frieden mit der legalen finnischen Regierung R. Rytis am 13. März 1940 abgeschlossen. Die Friedensbedingungen waren härter als die Forderungen vom Herbst 1939. Finnland musste Südkarelien bis zur sog. Grenze Peters des Grossen sowie die Inseln des östlichen Finnischen Meerbusens abtreten, einen Stützpunkt in Hanko verpachten und auf einen Teil der Petschengaküste verzichten. Etwa 400'000 Karelier, ein Achtel der finnischen Gesamtbevölkerung, mussten umgesiedelt werden.

Die Bilanz des Winterkriegs

Der Winterkrieg wird in Finnland bis heute als eine Art Schicksalsfrage behandelt. Dieselben Fragen, die die finnische Regierung 1939/40 bewegten, beherrschen bis heute auch die Geschichtsschreibung. Man hat inzwischen eingeräumt, dass Finnland zu misstrauisch war und dass man rechtzeitig hätte versuchen müssen, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern. Andererseits hat es die Sowjetunion versäumt, den finnischen Ängsten die Grundlage zu entziehen.

In der Krise jedenfalls war die sowjetische Politik massgebend und nicht die finnische.

Glasnost hat bisher nur wenig zur Aufklärung der Hintergründe beigetragen. Immerhin wurde inzwischen von sowjetischer Seite zugegeben, dass es die UdSSR gewesen sei, die den Krieg begonnen hätte. Generaloberst D. Wolkogonow, Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der UdSSR und Autor der ersten sowjetischen Stalinbiographie, äusserte im Februar 1989 die Überzeugung, dass die schnellen politischen Erfolge in Ostpolen und im Baltikum Stalin blind gemacht hätten, so dass er geglaubt habe, auch in Finnland mit einem Ultimatum schnell zum Ziel zu kommen. Deshalb, so fügte Wolkogonow hinzu, hätten die Finnen sich völlig richtig verhalten, als sie Widerstand geleistet und anderen Völkern ein Beispiel gegeben hätten, wie man für seine Selbständigkeit kämpfen muss.¹⁴ Dies sind zweifellos Worte, auf die die Finnen seit fast fünfzig Jahren gewartet haben!

Zugleich unterstrich Wolkogonow auch, dass es das Endziel Stalins gewesen sei, die Gebietsabtretungen zu erzwingen und Finnland zu einem «gehorsamen» Staat zu machen. Obwohl Wolkogonow als Beweis dafür nur Lenins Entscheidung für die Unabhängigkeit Finnlands aus dem Jahre 1917 anführte, also keine Belege aus den Jahren 1939/40 vorwies, deckt sich seine Auffassung doch weitgehend mit der des finnischen Historikers O. Jussila, der aufgrund zahlreicher Indizien zu der Überzeugung gelangt war, dass Finnland auch dann nicht in die UdSSR eingegliedert worden wäre, wenn die Rote Armee ganz Finnland erobert hätte. Finnland wäre vielmehr die erste Volksdemokratie geworden, wie sie nach 1945 in Ostmitteleuropa etabliert wurden.¹⁵ Aber auch diesen Status hätten die meisten Finnen abgelehnt; dank ihres Widerstandes gegen Stalin ist er ihnen erspart geblieben.

Finland und das Ende des Hitler-Stalin-Paktes

Nach dem Winterkrieg stand Finnland völlig allein. Die UdSSR übte Druck auf Finnland aus, mischte sich in die inneren Angelegenheiten und verhinderte mit ihrem Veto die Union mit Schweden. Nach der Besetzung Dänemarks und Norwegens durch Deutschland waren die Westmächte praktisch unerreichbar. Im Sommer musste man die Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion erleben, und im November forderte Molotow in Berlin freie Hand zur vollen Durchsetzung der sowjetischen Ziele in Finnland.

Zum Glück für Finnland gab es aber ab Herbst 1940 bereits deutliche Anzei-

chen für zunehmende deutsch-sowjetische Gegensätze. Die deutschen Waffenlieferungen an Finnland wurden wieder aufgenommen, es gab zahlreiche private Sympathieerklärungen, die Volks- und Auslandsdeutschen wurden aus Finnland nicht zurückgerufen. Der deutschen Seite dürfte ihre Rolle im Winterkrieg peinlich gewesen sein; gleich nach dem Krieg kam es zu einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. Im Juni 1940 wurde ein Handelsabkommen vereinbart, das den Export Finnlands nach Deutschland lenkte, im August wurde die Genehmigung für grössere finnische Waffenkäufe erteilt, und im September kam es zu einem Vertrag über den Transit deutscher Truppen durch Nordfinnland nach Norwegen. Im November schliesslich liess Hitler Molotow mitteilen, dass er keine Änderung des Status quo in Finnland tolerieren werde. Diese Entwicklung wurde in Finnland mit grosser Erleichterung registriert. Als dann die finnische Führung, an deren Spitze Marschall Mannerheim und Staatspräsident Ryti standen, im Januar 1941 in das Geheimnis des Plans «Barbarossa» eingeweiht worden war, entschloss man sich bald, am Krieg teilzunehmen und die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Die Forderung Molotows nach freier Hand in Finnland, von der die Deutschen den Finnen berichtet hatten, dürfte den letzteren ihren Entschluss sehr erleichtert haben.¹⁶

Der finnische Fortsetzungskrieg und die neue Auffassung von der aussenpolitischen Lage Finnlands

Obwohl die finnische Regierung entschlossen war, die Gelegenheit zu nutzen, und auch schon deutsche Truppen in Nordfinnland standen, wartete man doch, bis Finnland seinen eigenen Krieg gegen die UdSSR führen konnte. Darum nahmen die finnischen Truppen auch nicht am deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 teil. Erst nachdem sowjetische Flugzeuge am 25. Juni finnische Städte bombardiert hatten, konnte die finnische Regierung feststellen, dass sich das Land im Kriegszustand befand. Im Herbst eroberten die finnischen Truppen die im Winterkrieg verlorenen Gebiete zurück und trugen die Front bis an die Linie Ladogasee – Swir – Onegasee vor. Grossbritannien, das noch ein Jahr zuvor Finnland gegen die UdSSR hatte verteidigen wollen, erklärte jetzt auf sowjetisches Drängen hin Finnland den Krieg.

Marschall Mannerheim, der im Grunde den Westmächten freundlich gesinnt war, hatte sich von der allgemeinen Euphorie mitreissen lassen. Als die Deutschen den Krieg im Osten vor Einbruch des Winters nicht gewinnen konnten, sah er ein, dass sie ihn am Ende verlieren würden. Sein Ziel war es seitdem, eine

Gelegenheit zu suchen, um Finnland aus dem Krieg herauszulösen. Dies erwies sich als unmöglich, solange Deutschland im Osten übermächtig war. Deshalb beschränkte man sich finnischerseits auf einen sog. stillen Krieg, in dem man es überdies peinlich vermied, der UdSSR allzu grossen Schaden zuzufügen. So lehnte Mannerheim beispielsweise eine Beteiligung finnischer Truppen an der Eroberung Leningrads oder der Murmanbahn konsequent ab.¹⁷

Ab 1943 hat die finnische Regierung die Friedensmöglichkeiten sondiert. Die sowjetischen Bedingungen waren aber sehr hart; nach dem sowjetischen Durchbruch durch die Front im Juni 1944 wurde die bedingungslose Kapitulation gefordert. In dieser Situation gab Ryti Hitler das persönliche Versprechen, dass, solange er Staatspräsident bliebe, Finnland keinen Frieden schliessen würde. Erst daraufhin erhielt Finnland die dringend benötigten Getreide- und Waffenlieferungen aus Deutschland. Die Front konnte hinter Viipuri (Vyborg) wieder stabilisiert werden, die finnische Armee war noch keineswegs geschlagen, sondern kämpfte entschlossen weiter. Dies und der eben einsetzende «Wettlauf» nach Berlin scheint die Sowjetregierung veranlasst zu haben, auf die weitere Eroberung Finnlands zu verzichten. Finnland gewann wieder bezengten Handlungsspielraum.

Ryti legte sein Amt nieder, Mannerheim wurde zum Staatspräsidenten gewählt. Die UdSSR bot mildere Friedensbedingungen, und am 19. September 1944 konnte der Moskauer Vorfrieden geschlossen werden, der im Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 bestätigt wurde. Finnland musste das gesamte Petschenga-Gebiet abtreten, statt Hanko Porkkala für fünfzig Jahre als Marinestützpunkt an die UdSSR verpachten sowie 300 Millionen Dollar Kriegsschädigung zahlen. Allgemeinalliierte Forderungen bezogen sich auf die Demokratisierung des politischen Lebens, das Verbot «faschistischer» Organisationen und die Bestrafung der Kriegsschuldigen. Überdies mussten die deutschen Truppen zum Abzug aus Nordfinnland gezwungen werden – eine Aufgabe, die die Finnen selbst übernahmen, um nicht sowjetische Truppenverbände nach Finnland hineinlassen zu müssen. Immerhin waren von den Hauptstädten der europäischen kriegführenden Staaten nur London, Moskau und Helsinki nie erobert oder besetzt worden.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom März 1945 wurde die Kommunistische Partei zugelassen und die rechtsradikale Partei verboten; im Übrigen blieb das überkommene Parteienwesen unangetastet. So hatte sich Finnland bereits vor dem allgemeinen Kriegsende innenpolitisch im alliierten Sinne stabilisiert. Als besonders schmerzhaft erwies sich die Frage nach den Kriegsschuldigen, hatten doch die meisten Finnen die während des Krieges führenden Politiker für

Nationalhelden gehalten, während man nun entsetzt von amerikanischen Stimmen hörte, die Rytis Tod durch den Strang forderten. Da die sowjetische Seite mit begrenzten Strafen zufrieden war, erhielt z.B. Ryti eine zehnjährige Freiheitsstrafe, um nach drei Jahren aus Gesundheitsgründen begnadigt zu werden. Mit stillschweigender sowjetischer Zustimmung gelang es, die grösste Autorität Finnlands, Staatspräsident Mannerheim, aus der Kriegsschulddiskussion herauszuhalten.¹⁸

Obwohl es in Nordeuropa keine neue Abgrenzung der Interessensphären gab, galt Finnland doch allgemein als strategisches Vorfeld der UdSSR. Nach dem Krieg war es allen klar, dass die Sowjetunion es mit der Forderung nach Sicherheitsgarantien ernst meinte. Sofern diese Forderungen begrenzt waren, boten sie auch eine neue Basis für die Existenz Finnlands. Sowjetische Sicherheit und finnische Unabhängigkeit schienen dann vereinbar zu sein, wenn Finnland ausser den Gebietsabtretungen ausreichende Garantien dafür bieten würde, dass niemand über finnisches Territorium die UdSSR angreifen könnte. Mannerheim hat schon im Frühjahr 1945 einen ersten diesbezüglichen Plan entworfen.

Als dann im Frühjahr 1948 die Verhandlungen in Moskau begannen, hielt Staatspräsident Paasikivi es für besonders wichtig, dass die finnische Delegation über ein eigenes Konzept verfügte und nicht mit anderen Verbündeten der UdSSR identifiziert wurde. Als Stalin den Finnen den sowjetisch-ungarischen Pakt als Verhandlungsgrundlage anbot, lehnten diese ab, und auf die Frage Stalins, welchen Pakt die Finnen denn gutheissen würden, soll Urho Kekkonen, ein enger Vertrauter Paasikivis und später langjähriger finnischer Staatspräsident, den finnischen Entwurf vorgestellt haben. Der sowjetisch-finnische Vertrag wurde dann aufgrund des finnischen Entwurfs abgefasst, Kekkonen hat ihn später das «Diktat» Paasikivis genannt.

Der sowjetisch-finnische Freundschafts-, Kooperations- und Beistandspakt ist kein Bündnisvertrag im allgemeinen Sinne. Der Vertrag verpflichtet Finnland im Falle, dass Deutschland oder ein anderer Staat im Bunde mit Deutschland Finnland oder die Sowjetunion über finnisches Territorium angreift, mit allen Kräften die Unantastbarkeit der finnischen Grenzen zu verteidigen. Falls notwendig, wird dies mit Unterstützung durch oder gemeinsam mit der UdSSR geschehen. Der Umfang der Hilfe wird im Kriegsfall vereinbart. Die Vertragspartner verpflichteten sich weiter, im Geiste der Grundsätze der Vereinten Nationen und des Pariser Friedensvertrags zu handeln, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen ihren Ländern zu vertiefen und ihre Souveränität und Unabhängigkeit gegenseitig zu achten. In der Präambel des Vertrags

wurde überdies das finnische Bestreben betont, sich nicht in die Grossmachtgegensätze hineinziehen zu lassen.¹⁹

Der Vertrag verpflichtet Finnland also im Wesentlichen zu einer Haltung, die es auch ohne den Vertrag einnehmen würde und die von konsequenter Neutralität geprägt ist. Zunächst verhielt sich die finnische Aussenpolitik äusserst zurückhaltend und konzentrierte sich darauf, die eigene Existenz durch Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, Teilnahme an der nordischen Zusammenarbeit, an der OECD und der EFTA sowie durch Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft zu sichern. So hat Finnland weder im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg noch mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan seine Stimme erhoben; der westliche Vorwurf der «Finnlandisierung» wurde als Beleidigung empfunden. Man tröstete sich aber damit, dass Finnland als alleinstehender Staat vor allem seine eigenen Interessen im Auge haben muss und dass die wahre Selbständigkeit nicht in Dezibel, sondern in praktischen Resultaten gemessen wird. Mit der Zeit stellte sich auch heraus, dass die Vertragsartikel über die friedliche Zusammenarbeit weitaus wichtiger wurden als die militärischen Vereinbarungen.

Es ist Finnland also gelungen, die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes dadurch weitgehend zu überwinden, dass es ab 1940 den deutsch-sowjetischen Gegensatz ausnutzen und ab Herbst 1944 seine Selbständigkeit auch im sowjetischen strategischen Vorfeld wahren konnte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich die Entwicklung Finnlands sehr günstig gestaltet, so dass alle Voraussetzungen für den Übergang von der Unabhängigkeit zur Einbindung in das künftige Europa gegeben sind.

Gert von Pistohlkors

Der Hitler-Stalin-Pakt und die Baltischen Staaten

Am 24. Februar 1989 wurde bei Sonnenaufgang auf dem Domberg in Tallinn, dem früheren Reval, an der Spitze des höchsten Turmes der Hauptstadt Estlands, des «Langen Hermann», die «bürgerliche» blau-schwarz-weiße Trikolore vor Tausenden von Menschen gehisst. Wie TASS meldete, sei zuvor die rote Staatsfahne der estnischen Sowjetrepublik «feierlich» in das örtliche Historische Museum gebracht worden.¹ Im Vorfeld dieser Ereignisse äusserte der Parlamentspräsident des Obersten Sowjets Estlands, Arnold Rüütel, die feste Überzeugung, dass die Unabhängigkeit Estlands seinerzeit in Übereinstimmung mit dem von Lenin anerkannten Recht der Nationen auf Selbstbestimmung begründet worden sei. In einem Aufruf der Republikführung hiess es, die Entscheidung für den Unabhängigkeitstag und das Hissen der Fahne stelle einen Schritt «zur Wiederherstellung der Würde des estnischen Volkes und der Anerkennung seiner wahren Geschichte» dar.² Es sprachen der Parteichef der Estnischen SSR, Vaino Väljas, und der bedeutende estnische Schriftsteller Jaan Kross. Ein Schauspieler verlas die Unabhängigkeitserklärung vom 24. Februar 1918. Damals hatte das «Rettungskomitee» des «Maapäev», des estnischen Landtags, in Konkurrenz zum bolschewistisch orientierten Arbeiter- und Soldatenrat kurz vor Einmarsch der deutschen Truppen in einem feierlichen Manifest die Loslösung von Russland und damit den Freistaat Estland proklamiert. Dass der Gründungstag des Freistaates Estland vor 71 Jahren mit einem derartigen Aufwand an Erklärungen, Reden und Aufmärschen begangen wurde, hat einen erheblichen Symbolwert für den Willen zur Neuorientierung in den Baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen. Die Szene am «Langen Hermann» offenbart ein eigenständiges Geschichtsbewusstsein, das weiter zurückreicht als bis 1918. Der Kampf um die «wahre Geschichte» bezieht sich vor allem auch auf die lückenlose Aufklärung über «die weissen Flecken» im sowjetisch geprägten Geschichtsbild und damit auf die «Bourgeoisiezeit», die Jahre 1918-1940 mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 und seinem Geheimen Zusatzprotokoll als dem negativen Höhepunkt der baltischen Regionalgeschichte vor dem Einmarsch der Roten Armee und dem Hissen der Sowjetfahne auf dem «Langen Hermann» am 21. Juni 1940. Die Beteiligung so zahlreicher Spitzenvertreter von Staat und Partei verweist freilich auch auf die Tatsache, dass es in den Baltischen Sowjetrepubliken

um Reformen im Geiste von «glasnost» und «perestrojka» gehen soll, nicht etwa um Wiederherstellung des Status quo ante, d.h. um die unmittelbare Anknüpfung an die Zeit vor dem völkerrechtswidrigen Hitler-Stalin-Pakt. Arnold Rüütel hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass trotz des neuen Feiertages an den Jahrestagen des sowjetischen Staates festgehalten werde.

Als erster Schritt zur Wiederherstellung der wahren Geschichte der Baltischen Staaten müsste freilich die Behauptung der traditionellen sowjetischen Geschichtswissenschaft aufgegeben werden, dass für das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 jeder schriftliche Beweis fehle.³ Im besonderen käme es auch darauf an, die grundlegende Behauptung Molotows zu widerlegen, dass kleine Staaten nicht lebensfähig und die Baltischen Staaten an ihrer inneren Schwäche zugrunde gegangen seien. Bis in die jüngste Zeit hat diese Behauptung Eingang in die sowjetische Geschichtswissenschaft gefunden, freilich auch Widerspruch aus den baltischen Sowjetrepubliken selbst erfahren.⁴

Unmissverständlich wird eine Revision des bisherigen sowjetischen Geschichtsbildes über die beiden Jahrzehnte der staatlichen Unabhängigkeit verlangt. Öffentlich wird darauf hingewiesen, dass die Umsiedlung von 13'700 Deutschbalten aus Estland und 52'583 Schicksalsgenossen aus Lettland ein herber Verlust für die Baltischen Staaten gewesen sei, ebenso die sog. «Nachumsiedlung» von ca. 67'785 Menschen deutscher Herkunft, da- von allein 50'285 aus Litauen im Jahre 1941.⁵ Am tiefsten sitzt jedoch die traumatische Erfahrung, dass über den Willen und die Zukunftserwartungen der Esten, Letten und Litauer selbst so brutal hinweggegangen wurde. Die Lebensverhältnisse in den Baltischen Staaten zwischen 1920 und 1940 stehen deshalb im Mittelpunkt des historischen Interesses in der Gegenwart. Gerade heute wird der Satz des estnischen Wirtschaftsministers Sepp vom 16. Oktober 1939 in seiner vollen Tragweite begriffen, dass die unmittelbare Folge des Hitler-Stalin-Paktes, nämlich «die Umsiedlung einer ganzen Volksgruppe,... eine einzigartige Tat von sehr weitreichender Bedeutung» gewesen sei, die eine tiefe Zäsur für alle Betroffenen bedeutet habe.⁶

I.

In territorialer Hinsicht sind eine Reihe von westlichen Staaten durchaus kleiner als Estland (47'549 km²), Lettland (6'5791 km²) und Litauen (55'670 km²): z.B. Belgien (30'507 km²), die Niederlande (32'400 km²), die Schweiz (41'288 km²) und das grosse Vorbild der Baltischen Staaten,

der Agrarstaat Dänemark (42'936 km²). Gewiss blieben die Baltischen Staaten gegenüber den westeuropäischen und nordeuropäischen Vergleichsstaaten in der Bevölkerungszahl und -dichte, Wirtschaftskraft und im Lebensstandard weit zurück; doch würde ein direkter Vergleich neben anderen Faktoren vor allem die ungleich härteren Ausgangsbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg zu berücksichtigen haben.⁷

Zunächst einmal mussten die Baltischen Staaten bis zu den Friedensschlüssen des Jahres 1920 ihren Anspruch auf Eigenstaatlichkeit gegen deutschbaltische bzw. polnische, reichsdeutsche, «weisse» russische und sowjetische konkurrierende Ordnungsvorstellungen behaupten und mit Hilfe der Garantiemächte der Pariser Vorortverträge, Grossbritannien und Frankreich, durchsetzen. Litauen kämpfte vergebens um die alte Hauptstadt Wilna und das Wilnagebiet, die 1920 an Polen abgetreten werden mussten. Die tiefgreifende Feindschaft zwischen Litauen und Polen belastete alle zwischenstaatlichen Beziehungen der Baltischen Staaten untereinander und trug dazu bei, dass die vielbesprochene Baltische Entente bis 1940 weitgehend auf dem Papier blieb. Ein besonderes Problem stellte die Annexion des Memelgebiets im Jahre 1923 dar, das 1924 als autonomes Territorium der litauischen Staatshoheit unterstellt, am 23. März 1939 aber unter dem Druck des Deutschen Reiches an Deutschland rückgegliedert werden musste.

Alle drei Baltischen Staaten hatten im Verlauf der zwanzig Jahre ihrer Selbständigkeit schwierige Integrationsaufgaben zu leisten. Estland gewann nach dem günstigen Frieden von Dorpat/Tartu (20. Februar 1920) von der Sowjetmacht zu den Siedlungsgebieten der ehemaligen baltischen Provinzen Estland und (Nord)-Livland noch einen Gebietsstreifen östlich von Narva und das Petschurgebiet hinzu, das vor allem von russisch-orthodoxen Setukesen bewohnt war. Litauen wurde nach dem Verlust Wilnas von einer künstlichen Hauptstadt aus regiert, Kauen (Kaunas), die trotz einer Universitäts-Neugründung und vielfältiger Anstrengungen zur Errichtung einer zentralen Bürokratie in dem reinen Agrarland niemals das durchschlagende Prestige erreichen konnte.

Lettland schliesslich hatte die schwierigste Integrationsaufgabe zu lösen. Auch in Estland, weniger in dem industriell kaum entwickelten litauischen Gebiet, hatte der Verlust des russischen ökonomischen Hinterlandes erhebliche Auswirkungen, mehr aber noch in Lettland. Die in Grossbetrieben organisierte Textil-, Chemie- und Metallindustrie, die zu ca. 90% für den innerrussischen Markt produziert hatte, wurde im Ersten Weltkrieg durch Evakuierungen und Kriegseinwirkung fast vollständig zerstört. Mit ca. 80'000 Arbeitern und ihren Familien war fast der gesamte Produktionsapparat Rigas ins Innere Russlands ab-

transportiert worden; Zehntausende von Flüchtlingen aus Kurland waren hinzugekommen. Aus der Sowjetunion kehrten bis 1925 nach statistischen Ermittlungen 218'859 Personen als Optanten nach Lettland zurück, die in Arbeit gebracht werden mussten. Der Raum des späteren Lettland verlor zwischen 1914 und 1918 623'000 Personen, Litauen zwischen 1913 und 1923, zum Teil durch Auswanderung nach Amerika, 371'000, das spätere Estland «nur» 176'000. Kaum ein Gebiet Europas hat unter den Folgen des Ersten Weltkrieges so zu leiden gehabt wie die neugegründeten Baltischen Staaten.

Erstmals traten mit mehr als einer halben Million katholischen Lettgallern sprachlich und konfessionell von der Mehrheit der Letten deutlich unterschiedene Mitbürger als Teil des Staatsvolkes auf, die seit der polnischen Zeit (1561-1772) und in der russischen Zeit (1772 – 1917) administrativ vollständig vom übrigen lettischen Siedlungsgebiet getrennt waren und die Tendenz in sich trugen, einen ausgeprägten lettgallischen Regionalismus zu entwickeln.

Angesichts dieser hier nur knapp skizzierten Ausgangslage haben in erster Linie Lettland und Estland, mit einigem Abstand aber auch Litauen, in den zwanzig Jahren ihrer Selbständigkeit einen erstaunlichen, wenn auch nicht ungefährdeten Aufstieg in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur genommen, allen Kriegszerstörungen und veränderten Rahmenbedingungen zum Trotz. Am Anfang standen in Estland und Lettland die Agrarreformen. Neben den Gütern und Forsten aus russischem Staatsbesitz wurde in Estland mit Gesetz vom 10. Oktober 1919 der gesamte, im Wesentlichen deutschbaltische Grossgrundbesitz enteignet. 1'149 Rittergüter – 58% des gesamten Grund und Bodens mit einer Durchschnittsgrösse von 2'113,4 ha – wurden staatlichen Landfonds zugeführt und zu 51,3% im Wesentlichen an Neusiedler ausgegeben. Der bäuerliche Besitz von 51'460 Bauernhöfen – 42% – mit einer Durchschnittsgrösse von 31,4 ha wurde hingegen nicht angetastet. Mit einem Schlag war in Estland und Lettland der Staat der grösste Land- und vor allem Forstbesitzer. Zwar hatten auch die ehemaligen Rittergutsbesitzer das Recht, Anträge auf Landzuweisung zu stellen, doch erhielten sie auf diese Weise in Estland nicht mehr als 3,6% ihres ehemaligen Besitzes zurück. Unter dem Druck des westlichen Auslandes zahlte der estnische Staat 1926 zwar eine Entschädigung, die jedoch höchstens 3% des tatsächlichen Wertes betrug. In Lettland wurde mit leichten Modifikationen unter strengen Ausführungsbestimmungen mit Gesetz vom 16. November 1920 ebenfalls der Grossgrundbesitz enteignet, doch verblieb hier dem ehemaligen Besitzer ein «Restgut» von 50 ha. Allerdings wurden keinerlei Entschädigungen gezahlt. Litauen begann erst 1923 mit Landenteignungen, die milder waren,

vor allem den polnischen Grossgrundbesitz betrafen und mit Massnahmen zur Flurbereinigung und Aussiedlung der Dörfer einhergingen.

Hauptziel der Agrarreform von oben war in allen drei Ländern die Schaffung von politischer Zustimmung in den Mehrheitsvölkern. Der bolschewistischen Propaganda für die Einrichtung von kollektiven ländlichen Kommunalbetrieben wurde das Prinzip der individuellen Landzuteilung durch staatliche Landfonds entgegengesetzt. Das Pathos des Abwehrkampfes gegen den Bolschewismus wurde mit einer Lösung des Landhungerproblems gekoppelt. Das Staatsethos sollte sich auf den starken einzelnen gründen; vielleicht wurde es trotz einiger Opposition in den Reihen der parlamentarisch orientierten Parteien deshalb nicht durchgängig als schockierend angesehen, dass aus dem freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat eine «Ein-Mann-Herrschaft» (Balbkins) entwickelt wurde, zunächst im Jahre 1926 in Litauen unter Antanas Smetona, dann 1934, nach der Weltwirtschaftskrise, unter Konstantin Päts in Estland und im selben Jahr, verbunden mit einer ausgeprägten Feindschaft gegenüber der deutschen und der jüdischen Minderheit, in Lettland unter Karlis Ulmanis.⁸ Die beiden Letztgenannten waren bereits bei den Staatsgründungen in der vordersten Linie beteiligt gewesen und agierten 1934 in Abwehr rechter Putschversuche. Ihr Heil suchten sie in der Ausschaltung der Parteien und im Ausbau einer staatsinterventionistischen Wirtschaft, die auch vor einer Kontrolle der Banken und der grossen Unternehmungen nicht zurückschreckte.

Obleich sie als Agrarstaaten gelten wollten, haben die Baltischen Staaten allerdings für den Industrieexport und seine Diversifikation erheblich mehr Geld aufgewendet als für die Landwirtschaft, die nach der Weltwirtschaftskrise und den damit verbundenen aussenwirtschaftlichen Einbrüchen dringend innovativer Investitionen bedurft hätte. Der Aussenhandel wurde ganz unter die Kontrolle staatswirtschaftlicher Unternehmen gestellt und weitgehend zentralisiert. Besonders wichtig waren die zentralen Genossenschaften. «Estonia» und «E.P. Liit» in Estland, die von Ulmanis 1935 gegründete «United Butter Export of Latvia Ltd.» und «Pienocentras» in Litauen übernahmen faktisch den gesamten Butterexport. «ETK», «Turiba» und «Lietukis» kontrollierten in Estland resp. Lettland und Litauen einen Grossteil des Marktgeschehens und auch der Ausbildung des Nachwuchses. Bei den grossen Aufkäufern, Grossbritannien und Deutschland, verbesserte sich durch diese Konzentration und durch entsprechende Qualitätskontrollen die Marktposition der Baltischen Staaten. Das Ziel gemeinsamer baltischer Verkaufsorganisationen konnte allerdings nicht erreicht werden, so dass in Grossbritannien wie in Deutschland, aber auch

in den zwischenstaatlichen regionalen Wirtschaftsbeziehungen die Baltischen Staaten wie Konkurrenten auftraten.

Zwei Drittel der Ausfuhr Estlands konzentrierten sich auf Deutschland und Grossbritannien; die Abhängigkeit Litauens vom britischen Baconimport war zeitweilig noch grösser. Das Dritte Reich verlangte, dass z.B. der Handel mit Estland über ein Clearingkonto abgewickelt werden sollte. 1940 hatte Estland ein Guthaben von 12,5 Mill. RM; davon fielen 6,5 Mill. allein auf Fleischwaren. Diese Stabilisierungserfolge der Aussenwirtschaft parallel zum Zweiten Vierjahresplan des Deutschen Reiches sind allerdings durchaus als zweischneidig anzusehen. Zwar wurden die traditionellen Verbindungen nach Grossbritannien weiterhin gepflegt (1938: Estland 34% des Gesamtexports), doch wuchsen die Exportabhängigkeiten gegenüber dem Dritten Reich in zentralen Bereichen (1938: 31,4%). Dass der Rückgabe des Memelgebiets an Deutschland eine erhebliche aussenwirtschaftliche Pression auf den litauischen Agrarexport von deutscher Seite vorausgegangen war, zeigt die grosse Anfälligkeit der Baltischen Staaten. Das Dritte Reich liess sich «die spätere militärische Eroberung Estlands und Lettlands vorfinanzieren».⁹

Die Frage nach der Stabilität der Baltischen Staaten kann freilich nicht nur im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten beantwortet werden. Es gehört zu den Stärken, partiell jedoch auch zu den Schwächen der Neugründungen, dass die führenden Kräfte in Staat und Gesellschaft insbesondere in den dreissiger Jahren stark auf die nationalistischen, ja chauvinistischen Tendenzen in den Mehrheitsvölkern setzten. In den Jahren 1934/37 waren 88,1% der Bevölkerung Estlands «Nationalesten». Die Vergleichszahlen in Lettland (75,5%) und Litauen (84,2%) sind ähnlich eindrucksvoll. Als Basis der Agrarstaaten wurde der estnische resp. lettische oder litauische agrarische Familienbetrieb angesehen. Die verstädterten nationalen Minderheiten hatten es daher in den engräumigen Staaten schwer. Die Zahl der städtischen Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten war äusserst gering: in Estland z.B. wurde nur in 15,3% der registrierten Unternehmen überhaupt mit Lohnabhängigen gearbeitet; 74,4% der Unternehmen waren Ein-Personen-Betriebe, vor allem im Textilbereich. Die Zuordnung der Minderheiten zu den Unternehmen war sektoral durchaus unterschiedlich. In den staatlich monopolisierten Zentralgenossenschaften dominierten die Mehrheitsvölker nahezu vollständig. Fast alle Deutschbalten Revals arbeiteten in wenigen deutsch geprägten Bankhäusern und Betrieben der Zellstoff-, Papier- und Sperrholzindustrie. Die Russen, in Estland und Lettland mit Abstand die grösste Minderheit, hielten sich beson-

ders gut im Einzelhandel sowie in der Textil- und Metallindustrie. In akademischen Berufen war das Auskommen für Angehörige der Minderheiten meist recht kümmerlich. Die Zukunftsaussichten für junge Deutschbalten im besonderen konnten vor allem in Lettland im Angesicht des Slogans der Ulmanis-Regierung «Lettland den Letten» nicht als rosig angesehen werden.

Die Gründung der Baltischen Staaten stellte an die Mehrheitsvölker ausserordentliche Anforderungen. Abgesehen von einigen Bürgermeister-Posten, die in Wahlkämpfen seit Beginn des 20. Jahrhunderts errungen werden konnten, fehlte zunächst jegliche kommunale oder gar administrative Erfahrung oberhalb der Kirchspielsebene. Die Aufhebung der Dominanz der Russen in der Administration und der Deutschbalten bzw. der Polen im Kulturbereich ging einher mit ausserordentlichen Anstrengungen im Bildungswesen. Lettland hatte nach Dänemark die zweithöchste Buchproduktion pro Kopf der Bevölkerung in Europa in der Zwischenkriegszeit. In Riga und Kauen wurde je eine Staatsuniversität im Jahr 1919 neu gegründet, Dorpat als «Universitas Tartuensis» nahezu vollständig estisiert.

Ohne Zweifel wuchs das Selbstbewusstsein der aufstrebenden estnischen und lettischen Intelligenz, die danach drängte, alle Bereiche des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu durchdringen. Zwar wurden die einst vorbildlichen Gesetze des Minderheitenschutzes, die in Estland 1925 zur «deutsch-baltischen Kulturselbstverwaltung» und 1928 in Lettland zur «deutsch-baltischen Volksgemeinschaft» geführt hatten, in Estland auch unter der Ein-Mann-Herrschaft von Päts weitgehend respektiert; doch änderte sich das öffentliche Klima massgeblich unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise, die namentlich in Lettland eine ethnische Kampfsituation entstehen liess, die wiederum Rückwirkungen auf die Minderheiten selbst hatte und dort zu einer tiefgreifenden Polarisierung zwischen der staatstreuen, auf «Volkstumsarbeit» ausgerichteten konservativen Führung der «Volksgemeinschaft» und der nationalsozialistischen «Bewegung» unter Dr. Erhard Kroeger (1905-87) führte.¹⁰ Die Bewegung wurde seit 1936 immer mehr zu einem Aussenposten der NSDAP, der «Volksdeutschen Mittelstelle» und schliesslich auch der SS-Führung unter Himmler und Heydrich.

In Litauen spielte die deutsche Minderheit keine politische Rolle; in Estland behielt die Führung der Kulturselbstverwaltung unter Wilhelm Baron Wrangell und Dr. Hellmuth Weiss das Heft weitgehend in der Hand und wurde auch als entscheidender Partner in allen Verhandlungen angesehen, die die Beziehungen zur Regierung Päts wie auch zum Deutschen Reich betrafen. In Lettland hingegen musste von der Führung der Volksgemeinschaft seit 1937, verstärkt seit dem November 1938 – unmittelbar nach dem Münchner Abkommen und dem

grossen Prestigegegewinn des Deutschen Reiches nach dem Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete – die Integration der Bewegung in die Führung der deutschbaltischen Minderheit hingenommen werden. Kroegers Auffassungen gipfelten in der Feststellung, dass es die Aufgabe der «Bewegung» sei, die deutschbaltische Jugend zur Illoyalität gegenüber dem lettischen Staat zu ziehen. «Man müsse im Auge behalten», so wird er in einem Bericht des Deutschen Gesandten aus Riga vom 3.12.1938 zitiert, «dass die grosse bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bereits in allernächster Zeit erfolgen würde.»¹¹ Ein Einsatz auf deutscher Seite müsse für jeden verantwortungsbewussten Deutschbalten auch möglich sein, wenn Lettland zu den Gegnern Deutschlands zähle. Kein Wunder, dass solche oder ähnliche Gedanken, die z.T. auch öffentlich geäussert wurden, das Misstrauen der lettischen Führung und Öffentlichkeit erweckten. Innerhalb der lettländischen nationalsozialistischen Bewegung richteten sich die Hoffnungen im Jahr 1939 sogar auf eine direkte Abhängigkeit der Baltischen Staaten vom Deutschen Reich, «sei es in der Form eines Protektorates oder eines Schutzverhältnisses ähnlich dem der Slowakei».¹² An einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt oder gar die Aufteilung Ostmitteleuropas in Interessensphären mit der Umsiedlung als unmittelbarer Folge hat freilich vor den tatsächlich eintretenden Ereignissen niemand gedacht.

II.

Es leuchtet unmittelbar ein, dass die aussenpolitische Situation der Baltischen Staaten vom relativen Gleichgewicht zwischen den Grossmächten der Region, Sowjetunion, Polen und Deutschland, abhängig war. Grossbritannien hatte zwar als Handelspartner grosses Gewicht; seine Rolle als «Schutzmacht» nahm jedoch rasch ab. Freilich hätte in den drei baltischen Hauptstädten die Erkenntnis Schrecken ausgelöst, dass Grossbritannien schon im November 1923 allenfalls bereit war, im Rahmen seiner Völkerbundsverpflichtungen sich für die Unversehrtheit der Baltischen Staaten zu engagieren.¹³ Die kühlen Erwägungen in London, dass Grossbritannien im Falle einer Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion ohnehin nichts tun könne, blieben jedoch geheim.

Moderne westliche Forschungen betonen hingegen das grosse Eigeninteresse, das die Weimarer Republik an den Baltischen Staaten gehabt habe, insbesondere an Estland und Lettland. Aussenpolitik, Aussenwirtschafts- und Deutschumpolitik mit der deutschbaltischen Minderheit seien eine enge Symbiose

eingegangen.¹⁴ Demnach hat die «Rapallo-Politik» vom April 1922 keinerlei Parallele zur Vorgeschichte und Zielsetzung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939. Damals ist zwischen der Sowjetunion und Deutschland keine Einigung auf Kosten der Baltischen Staaten im Spiel gewesen. Nicht hegemoniale, sondern in erster Linie aussenwirtschaftliche Zielsetzungen haben die deutsche Politik bestimmt. Alle westlichen Staaten hegten nach dem Ende des russischen Bürgerkriegs Hoffnungen, dass die Baltischen Staaten, insbesondere Lettland mit seinen ausgebauten Häfen Riga, Windau und Libau, Zentren des Transithandels zwischen der Sowjetunion und dem gesamten Westeuropa werden könnten. Die Revisionspolitiker von Weimar, die die enge Verknüpfung von Aussenwirtschaft und Reparationen im Westhandel aufbrechen wollten, haben die Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit jedem einzelnen der Baltischen Staaten dazu benutzen wollen, um in Konkurrenz zu den Reparationen fordernden Garantiemächten des Versailler Systems, Grossbritannien und Frankreich, eigenständige aussenwirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Keiner der Baltischen Staaten hat den Protest der Polen gegen Rapallo unterzeichnet. Deutschland konnte sogar lettische Reparationsforderungen wegen der Zerstörungen im Ersten Weltkrieg vom Tisch bringen; in einer Art Tauschgeschäft wurden z.B. Entschädigungsforderungen reichsdeutsch gewordener ehemals deutschbaltischer Gutsbesitzer vernachlässigt.

Georg von Rauch hat in seiner «Geschichte der baltischen Staaten» für Estland, Lettland und Litauen nach Jahren «in einer windstillen Bucht der grossen Politik» eine scharfe Zäsur ins Jahr 1936 gelegt. Von da an sei die baltische Region, wie schon so oft zuvor, erneut zu einem «Wetterwinkel der internationalen Auseinandersetzungen» geworden. Die Zeit zwischen 1936 und 1939 sei erfüllt gewesen von «diplomatischen Besuchen und Sondierungen, neuen politischen Kombinationen, überraschenden Ausblicken».¹⁵

Vor allem ist wichtig, dass es nun erst recht nicht mehr gelingen konnte, die Beziehungen untereinander entscheidend zu festigen. Die Bemühungen um eine «Baltische Entente» – 1920, 1934, 1940 – werden in jüngster Zeit äusserst kritisch beurteilt.¹⁶ Litauen war für Estland und Lettland ein schwieriger Partner: das Wilnaproblem belastete durchgängig die Beziehungen zu Polen; die Memelfrage konnte jederzeit von Deutschland politisiert werden. Polnische Bemühungen, an der Seite Frankreichs mit Finnland, Estland, Lettland eine gemeinsame Entente aufzubauen, scheiterten an den unterschiedlichen Interessen der umworbene Randstaaten, insbesondere nach dem überraschenden deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 und der schockierenden Be-

teilung Polens an der Aufteilung der Tschechoslowakei mit der Besetzung des Olsagebiets (Teschen) am 2. Oktober 1938.

Übrig blieb die estnisch-lettische Defensiv-Allianz vom 7. Juli 1921, die 1923 und 1934 verlängert wurde, jedoch wenig Leben entwickelte. Die gerade erungene staatliche Souveränität wurde wesentlich höher geachtet als jede Kooperation mit Nachbarn. Als es 1934 unter dem Eindruck der tiefgreifenden Klimaverschlechterung zwischen der stalinistischen UdSSR und Hitler-Deutschland schliesslich doch zur vielbeschworenen «Baltischen Entente» kam, von der Sowjetunion begrüsst, von Deutschland geduldet, erwies sich der materielle Wert der getroffenen Vereinbarungen als äusserst schwach. Konsultationen wurden vereinbart, doch blieben militärische Fragen ebenso ausgeklammert wie die Wilna- und Memelfrage, mit denen Estland und Lettland nicht belastet werden wollten. Zwar gingen von Litauen 1934, 1936 und auch 1939 Vorschläge zu einer Militärallianz zwischen den drei Baltischen Staaten aus, doch ohne Ergebnis. Estland fürchtete sich nur vor der Sowjetunion, Lettland vor Deutschland, Litauen vor Polen; die Interessenlage war zu unterschiedlich. Aus den Baltischen Staaten wurde keine international respektierte Pufferzone. In der kritischen Phase des August-September 1939 verhandelte die Sowjetunion gesondert mit jedem einzelnen der Randstaaten, ohne Absprachen befürchten zu müssen. Als Molotow im Juni 1940 schliesslich propagandistisch aus Verhandlungen der Baltischen Entente eine militärische Verschwörung gegen die Sowjetunion konstruierte, war der vorgeschobene Grund für die rasch einsetzende Sowjetisierung in allen drei Staaten nur zu offensichtlich.

Aus der Sicht der Baltischen Staaten gingen Änderungen, die sie unmittelbar betrafen, nach 1934 zwar vom Deutschen Reich aus; drückende Konsequenzen hatte jedoch vor allem das reaktive Verhalten der Sowjetunion. Mit dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 war ein Grundpfeiler der sowjetischen Aussenpolitik zertrümmert worden, die deutsch-polnische Gegnerschaft als Ergebnis der Grenzziehungen im Versailler System von 1919. Stalin reagierte mit einer Politik der «kollektiven Sicherheit», die aus der Sicht der Baltischen Staaten zu unerbetenen Garantie Versprechungen, andererseits zu unverhohlenen Drohungen führte. Die innenpolitischen Säuberungen nach der Ermordung des Leningrader Parteiführers Kirow, des präsumptiven Nachfolgers Stalins, waren in ihrer fürchterlichen Härte vor allem gegen Nicht-Russen gerichtet und liessen auch die Aussenpolitik unberechenbar erscheinen. Kirows Nachfolger, A.A. Schdanow, nutzte seine Rede vom 29. November 1936 vor dem 8. Sowjetkongress der Union in Moskau zu massiven Drohungen gegen die Randstaaten. Er ging dabei von der exponierten Lage Leningrads aus

und warnte die Randstaaten unter ausdrücklicher Nennung Finnlands, das eigene Territorium dem aggressiven, zähnefletschenden Faschismus zur Verfügung zu stellen... «die Kleinstaaten sollten sich in Acht nehmen, dass die Sowjetunion nicht das ihnen zugekehrte Fenster weit aufmache und mit Hilfe der Roten Armee nachschaue, was drüben los sei».¹⁷ Trotz aller Dementis war es heraus, dass Peters des Grossen Zugriff im Nordischen Krieg auf die baltischen Provinzen, die das «Fenster zu Europa» öffnen sollten, nicht der Geschichte angehörte. In diesem Zusammenhang wirkten die namentlich gegen Estland gerichteten Grenzbefestigungen, Stichbahnen und kleineren Grenzverletzungen alarmierend. Litauen hingegen wurde ausdrücklich der sowjetischen Freundschaft versichert, die eine Friedensgarantie darstelle. Der Nichtangriffspakt vom 18. September 1926 wurde dabei ausdrücklich erwähnt. Estland und Lettland hingegen konnten sich offenbar auf die entsprechenden Verträge vom 4. Mai bzw. 8. Februar 1932 nicht mehr verlassen.

Die Sowjetunion hatte mit der Politik der Nichtangriffspakte eine weitgehende Neutralisierung des «cordon sanitaire» – mit Ausnahme Rumäniens wegen der Bessarabienfrage – erreicht. Nunmehr hofften die Baltischen Staaten, dass der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund am 18. September 1934 mässigend wirken und sie als Vollmitglieder seit 1921 schützen würde. Die Baltische Entente beachtete unter diesen Umständen streng ihren Neutralitätskurs. Estland, Lettland und Litauen erliessen am 3. Dezember bzw. 21. Dezember 1938 und 25. Januar 1939 übereinstimmende Neutralitätsgesetze, «die sich weitgehend an die Nordischen Neutralitätsregeln vom 27. Mai 1938 anlehnten» (Meissner).¹⁸ Doch das Krisenjahr 1938 machte deutlich, dass die Baltischen Staaten sich den internationalen Spannungen insgesamt und den regionalen Spannungen zwischen der Sowjetunion, Polen und Deutschland im besonderen nicht entziehen konnten. Polen nutzte den Propagandakrieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland aus und stellte am 17. März 1938 der litauischen Regierung ein 48stündiges Ultimatum: Litauen wurde gezwungen, mit Polen wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die 18 Jahre wegen der Wilnafrage nicht bestanden hatten. Faktisch bedeutete das Nachgeben Litauens den Verzicht auf das Wilnagebiet. Eine Weigerung hätte neben dem Einmarsch Polens auch das militärische Eingreifen Deutschlands in Memel, möglicherweise darüber hinaus, zur Folge gehabt. Der Prestigeverlust der Führung unter Präsident Smetona war erheblich; die Bevölkerung verglich ihre Lage mit der Österreichs und der Tschechoslowakei, zumal Litauen mit dem Memelgebiet seine eigene «Sudetenfrage» hatte.

Drei Wochen nach dem Münchner Abkommen vom 29. September 1938 verlangte Hitler von der Wehrmachtsführung Pläne zur «endgültigen Lösung» der Tschechoslowakeikrise und gleichzeitig zur Besetzung des Memelgebiets. In dieser Phase entschloss sich die litauische Führung zu einer völligen Revision ihrer Aussenpolitik. Die Memelfrage sollte in Verhandlungen mit Deutschland geklärt werden. Die «Heimkehr» des Memelgebiets auf Vertragsbasis, auf den Tag zeitgleich mit dem Abschluss des deutsch-rumänischen Handelsabkommens vom 23. März 1939, das einem deutsch geführten ostmitteleuropäischen Wirtschaftssystem den Zugriff auf das rumänische Öl sicherte, wurde in Estland und Lettland begrüsst, hoffte man dort doch darauf, dass mit der Beseitigung von Konfliktstoffen die Gesamtlage der Baltischen Staaten sich bessern und das deutsche Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt rücken würde. Eine Woche nach dem Einmarsch in Prag wurde der Memel-Vertrag in Berlin unterzeichnet: In Litauen war man erleichtert darüber, dass nicht ein «Protektorat Litauen» dabei herausgekommen war.

Die faktische Abhängigkeit von Deutschland konnte freilich nicht übersehen werden. Auch Estland versuchte zwar, seine Neutralität zu demonstrieren, liess aber Deutschland gleichzeitig wissen, dass es sich nicht an den § 16 der Völkerbundssatzung gebunden fühle, der bestimmte, dass im Kriegsfall ein Mitglied – Estland – einem anderen – der Sowjetunion – das Durchmarschrecht zubilligen solle. Die estnische Führung war der Meinung, dass die Sowjetunion unter keinen Umständen das Land wieder freigeben würde. Lettland schliesslich versuchte eine Schaukelpolitik zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die Militärführung gab sich demonstrativ sowjefreundlich und orientierte sich strategisch an einer südlichen Verteidigungslinie.

Nach allem, was bekannt ist, bleibt es fraglich, ob Hitler das wiedergewonnene Memelgebiet als Brückenkopf für eine aktive Baltikumpolitik in Anknüpfung an Eindeutschungspläne betreiben wollte, wie sie schon einmal 1918 existiert hatten. Georg von Rauch neigt nach Abwägung aller Gründe und Gegenstände der Auffassung zu, dass Hitler gegenüber den Baltischen Staaten im Jahre 1939 eine Faustpfandpolitik betrieb.¹⁹ Er wollte sie als Tauschobjekte gegenüber der Sowjetunion benutzen und arbeitete zielstrebig darauf hin, das Korridorproblem und Danzig seinen umfassenden Osteuropa-plänen dienstbar zu machen, die auf eine Zerschlagung Polens und auf die Gewinnung von «Lebensraum im Osten», d.h. also auf einen Angriff auf die Sowjetunion gerichtet waren.

Rücksichtnahmen auf die soliden Wirtschaftspartner in den Baltischen Staaten

sind nicht nachweisbar. In der deutschen Aussenpolitik war vielmehr jeder Betrug gerechtfertigt, jedes Argument mit einem anderen austauschbar, wenn es nur in ein taktisches Konzept zu passen schien, mit dem Estland, Lettland und Litauen sowie alle seine Bewohner, einschliesslich der deutschbaltischen Minderheit, instrumentalisiert, getäuscht und übervorteilt werden konnten. Ein Manöver zur Täuschung der Welt über die wahren Absichten Deutschlands war der Abschluss von Nichtangriffspakten zwischen Deutschland sowie Estland und Lettland am 7. Juni 1939. Wenige Wochen später wurden sie ohne Wenn und Aber der sowjetischen Einflussphäre überlassen.

Angesichts dieser hier knapp umrissenen Entwicklung ist es bemerkenswert, dass der Oberbefehlshaber der Armee Estlands, General Johan Laidoner, bereits im Juni 1939 den Vertrag zwischen Hitler und Stalin vorhergesagt und klar erkannt hat, dass Stalin nicht mit den Westmächten, sondern mit Hitler abschliessen würde. Anlass der Überlegungen Laidoners war die Vorbereitung des Besuchs des Chefs des deutschen Generalstabs Franz Halder vom 26.-29. Juni in Reval, mit dem von deutscher Seite der Preis für Estland im Pokerspiel mit Stalin hochgespielt wurde.²⁰ Nachrichten aus Moskau über die Verhandlungen der Westmächte in Moskau und die dort auftretenden Schwierigkeiten hatten eine solche Beurteilung ebenso nahegelegt wie die genaue Beobachtung von Stalins Verlautbarungen seit Anfang 1939.

Dem Vabanquespiel Hitlers wurde von Stalin eine eisenharte Machtpolitik entgegen gesetzt, die das Unfassbare Wahrheit werden lassen sollte, die Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland. Öffentliche Hinweise darauf hat es durchaus gegeben: die Rede Stalins vom 10. März 1939, in der er auf dem 18. Parteitag der KPdSU (B) seinen Hohn über die Westmächte ergoss: die «nichtaggressiven» Staaten – gemeint sind Grossbritannien und Frankreich – würden eine Politik des Neutralismus treiben. Dahinter stünde das verdeckte Ziel, die Deutschen zum «Weitermarsch nach Osten» zu reizen. Auch die Sowjetunion solle aufgereizt werden, mit Deutschland zu einem Konflikt ohne sichtbaren Grund zu gelangen. Bereits in dieser Rede führte Stalin den Begriff der «indirekten Aggression» ein, wenn er in bezug auf die Baltischen Staaten die Warnung aussprach, dass man nur dann für friedliche, enge(!) und freundliche Beziehungen zu den Anrainerstaaten der Sowjetunion sei, solange sie keinen Versuch machten, «direkt oder indirekt die Unantastbarkeit der Grenzen der Sowjetunion zu verletzen»²¹. Nimmt man, den Darlegungen des finnischen Historikers Myllyniemi folgend, noch die Parteitagsrede des Chefs der politischen Abteilung der Roten Armee, L.Z. Mechlis, hinzu, in der er für den Fall eines Angriffs auf die Sowjetunion die Vermehrung der Zahl der Sowjetrepu-

blicken forderte, so war für aufmerksame Beobachter der Hinweis auf die Bereitschaft zur Kurskorrektur gegeben.

Unmittelbar nach dem Vertrag mit Litauen über das Memelgebiet überreichte der sowjetische Volkskommissar für das Auswärtige Litwinow den Gesandten Estlands und Lettlands am 28. März 1939 höchst unerbetene Garantieerklärungen für die territoriale und politische Integrität dieser Staaten, verbunden mit einer unverhohlenen Drohung. Sollten sie freiwillig oder unter Druck Verträge schliessen, die einem dritten Staat Sonderrechte auf dem Territorium oder in den Häfen einräumten, so würde die Sowjetunion dieses als unzumutbar betrachten. Solche Verträge würden im Gegensatz zu den Friedensverträgen und zu den Nichtangriffspakten von 1932 stehen.

Nicht zu Unrecht deutet Myllyniemi dieses Vorgehen bereits als eine Vorwegnahme der Politik der Interessensphären, wie sie im Geheimen Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August zum Ausdruck kommt. Ob freilich Grund dafür besteht anzunehmen, dass die Deutschlandorientierung in Estland faktisch so weit ging, dass die Neutralitätspolitik Estlands für die Sowjetpolitik nicht mehr glaubwürdig schien, sei dahingestellt.²² Im Mittelpunkt der Deklarationen stand bereits der Pöker um die deutsch-sowjetische Annäherung. Hitler antwortete mit den bereits erwähnten Nichtangriffspakten vom 7. Juni 1939. Indem sich die Partner mit derartigen Garantieerklärungen überboten und nach aussen hin reizten, bewegten sie sich aufeinander zu. Zunächst einmal stand die Teilung Polens an. Dass Stalin sich vor einer Einkreisung durch «kapitalistische Staaten» gefürchtet haben soll, scheint fragwürdig. Zutreffend aber ist gewiss, dass die Nichtbeteiligung der Sowjetunion an der Neuaufteilung Mitteleuropas im Münchner Abkommen und bei dem Anschluss Österreichs sowie die Fortsetzung von Sondierungen zwischen Grossbritannien und Deutschland nach der Garantieerklärung Grossbritanniens und Frankreichs für Polen vom 31. März und für Rumänien und Griechenland vom 13. April 1939 viel Misstrauen ausgelöst hat.

Das grosse Wettrennen zwischen den Westmächten und dem nationalsozialistischen Deutschland um den Zuschlag der Sowjetunion hat wohl nie stattgefunden. Stattdessen haben die Westmächte mit der einseitigen Garantie Polens und Rumäniens zwar moralischen Gesichtspunkten Geltung verschaffen wollen, jedoch de facto die Verhandlungsposition der Sowjetunion grundlegend verstärkt. Nach dieser Garantieerklärung wurde aus sowjetischer Sicht ein Zusammengehen zwischen Polen und Deutschland immer unwahrscheinlicher;

Hitler wiederum musste mit einem Zweifrontenkrieg rechnen, den er gern vermeiden wollte; die Westmächte hingegen hatten sich mit ihrer einseitigen Garantie für Polen und Rumänien vorzeitig auf einen Erfolg ihrer Verhandlungen mit der Sowjetunion festgelegt, die ihrerseits das Tempo verschleppte, um die Westmächte vorzuführen und die Annäherung an Deutschland zu befördern.

Am 3. Mai 1939 wurde der langjährige Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow, der jüdischer Abstammung war, durch Molotow ersetzt, was Signal Wirkung in den europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin, hatte. Die Politik der Garantieerklärungen gegenüber kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas, unter ihnen Finnland, Estland und Lettland, wurde von ihm verfeinert und erweitert. Anfang Juni forderte Molotow von den Westmächten, dass sie automatischen Garantien kleinerer Staaten zustimmen sollten, auch ohne entsprechenden Hilferuf.²³ Was das für die Baltischen Staaten bedeuten konnte, wurde flugs erklärt: nach Auffassung der sowjetischen Führung stellten sie eine «indirekte Bedrohung» der Sowjetunion dar, da sie sehr real entweder direkt oder indirekt vom Deutschen Reich angegriffen werden könnten. Ohne dass genau geklärt werden konnte, was verbindlich unter einer «indirekten Aggression» zu verstehen sei, gelang es Molotow in einem geschickten Schachzug, Verhandlungen um eine Militärkonvention beginnen zu lassen, ohne dass die politischen abgeschlossen waren. Nunmehr wurden die Konditionen noch höher gesetzt: Grossbritannien und Frankreich wurden von der Sowjetunion aufgefordert, die entsprechenden Staaten um Flottenstützpunkte zu bitten. Zu vorübergehendem Gebrauch sollten der Sowjetunion in Finnland Stützpunkte auf den Ålandinseln und in Hanko, in Estland in der Hauptstadt Reval/Tallinn und auf den Inseln Ösel und Dagö sowie in Lettland in Libau und Salismünde überlassen werden. Am 21. August entstand eine «Stimmung der Ausweglosigkeit» (Myllyniemi) in den Verhandlungen, als über die Frage des Durchmarschrechtes der Sowjetunion durch dritte Staaten keine Einigung erzielt werden konnte und die militärischen Beratungen unterbrochen wurden.²⁴

Mit der Garantieerklärung der Westmächte für Polen hatte Chamberlain in den Augen Stalins Polen gegenüber der Sowjetunion eindeutig den Vorzug gegeben. Gleichzeitig hatte die englische Führung unter dem Druck der Opposition nach dem deutschen Einmarsch in Prag Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen und mit der Anerkennung der automatischen Garantien dem harten sowjetischen Verhandlungspartner ein sehr weitgehendes Zugeständnis gemacht, das die Neutralität Estlands und Lettlands zusätzlich unterminierte. Litauen war nur indirekt vom Zwischenergebnis der Verhandlungen mit den Westmächten

betroffen. Während die Sowjetunion scharf in Berlin gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Prag protestiert hat, ist eine entsprechende Reaktion angesichts der Besetzung des Memelgebiets nicht bekannt. Nimmt man hinzu, dass der deutsch-litauische Wirtschaftsvertrag vom 20. Mai 1939 etwa 50% der litauischen Einfuhr und 40% der Ausfuhr auf Deutschland für zwei Jahre festlegte, so dürfte die damit verbundene Anlehnung Litauens an Deutschland vorläufig akzeptiert und die damit verbundene Einkreisung Polens gewollt worden sein; freilich nicht von Litauen, das die Fahne der Neutralität unverdrossen hochhielt.

Dass die Westmächte nur zögerlich auf die automatische Garantie eingehen wollten, wurde von der sowjetischen Führung als indirekte Aufforderung an das nationalsozialistische Deutschland angesehen, die Sowjetunion über diese beiden Staaten anzugreifen. Gerade die britische Europapolitik wurde nicht erst seit München 1938 als verdeckt antisowjetisch gedeutet, gerade weil Grossbritannien sich selbst aus jedem Konflikt herauszuhalten gedachte. Nunmehr präsenzierte Stalin die Gegenrechnung, zumal Polen sich am 10. Mai weigerte, einen Beistandspakt mit der Sowjetunion abzuschliessen, bevor nicht entsprechende Verhandlungen mit den Westmächten zu positiven Ergebnissen geführt hätten.

Eine Woche danach, am 17. Mai in Berlin und am 20. Mai in Moskau, begannen die parallelen Verhandlungen der sowjetischen Führung mit Deutschland, wobei der neuernannte Molotow sehr entschieden die Schaffung einer «politischen Grundlage» einforderte, bevor er bereit sei, Wirtschaftsfragen zu erörtern. Boris Meissner hat bereits 1956 im einzelnen herausgearbeitet, dass von sowjetischer Seite einen Tag nach der offiziellen Unterrichtung über die deutsche Verhandlungsbereitschaft und das persönliche Interesse Hitlers in einer öffentlichen Erklärung Molotows vor dem Obersten Sowjet vom 31. Mai eine klare Auskunft über seine Prioritäten gegeben worden sei.²⁵ Die Westmächte gingen nach seinem Urteil nicht vom Standpunkt der Gegenseitigkeit aus. «Sie sehen die Hilfe der UdSSR in bezug auf die fünf Länder vor, denen die Engländer und Franzosen bereits ein Garantieverprechen gegeben haben, sprechen jedoch nicht von ihrer Hilfe gegenüber den drei Ländern an der Nordwestgrenze der UdSSR» – [gemeint sind Finnland, Estland und Lettland, mit Litauen hatte die UdSSR keine gemeinsame Grenze] – «die nicht die Kraft aufbringen könnten, ihre Neutralität im Falle eines Angriffs der Aggressoren zu schützen. Die Sowjetunion kann keine Verpflichtung in bezug auf die fünf angeführten Länder übernehmen» – [gemeint sind Belgien, Polen, Rumänien und Griechenland und die Türkei] – «wenn sie keine Garantie in bezug auf die drei an ihrer Nordwestgrenze liegenden Länder erhält».²⁶ In den genannten Ländern

stiessen die Zumutungen der automatischen Garantien zwar auf scharfe Ablehnung – der estnische Aussenminister Selter erklärte sogar, dass Estland jede unerbetene Hilfeleistung als einen Angriff betrachten müsse-, doch war nicht zu übersehen, dass die internationale Lage sich zugunsten der Sowjetunion gewandelt hatte. Nun ging es nicht mehr um die Beteiligung der Sowjetunion am britischen Garantiesystem; vielmehr wurde über die «britische Teilnahme am sowjetischen Allianzsystem» verhandelt, wie Reinhold W. Weber pointiert herausarbeitet.²⁷ Die Sowjetunion beendete die Politik der «kollektiven Sicherheit» und nahm die zweiseitigen Verhandlungen selbst in die Hand.

Neue Untersuchungen arbeiten heraus, dass Hitler seit Mitte Juli sich «endgültig der Option für die Sowjetunion zuwandte» (Weber)²⁸. Um den 5. August stand Hitlers Plan fest, Polen unter allen Umständen noch im selben Monat anzugreifen. Zum selben Zeitpunkt wurde der deutschen Führung die sowjetische Kooperationsbereitschaft übermittelt, die in eine geradezu hektische deutsche Verhandlungsaktivität einmündete, die Molotow zunächst befremdete. Am 15. August begannen die Gespräche von der Schulenburgs mit Molotow in Moskau; am 17. wurde dem sowjetischen Verlangen nach einem Nichtangriffsvertrag, der deutschen Unterstützung eines japanisch-sowjetischen Ausgleichs und einer gemeinsamen Garantie der Baltischen Staaten zugestimmt. Am 18. August nahm Molotow in einem kurzen Rückblick auf die bisherigen feindlichen Beziehungen die «Schwenkung» zum Besseren zum Anlass, um zusätzlich zum Neutralitätsabkommen erstmals noch recht unbestimmt «ein spezielles Protokoll» zu verlangen, das «die Interessen der vertragschliessenden Parteien an diesen oder jenen Fragen der auswärtigen Politik regelt und das einen integrierenden Bestandteil des Paktes bildet»²⁹. Einen Tag später ging Molotow offenbar nach Eingreifen Stalins auf das gesteigerte Tempo der deutschen Verhandlungsführung voll ein. Nachts wurde in Berlin ein zügig verhandeltes Wirtschaftsabkommen am 21. August unterzeichnet. Am 23. August handelte Ribbentrop in Moskau nach der Anweisung, «jedes Angebot zu machen und jede Forderung anzunehmen»³⁰. Auch beim Protokoll über die Abgrenzung der Interessensphären traten keinerlei Schwierigkeiten auf. Finnland, Estland und Lettland wurden der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen; im Austausch für Gebiete um Lublin und Warschau folgte Litauen in einem Geheimprotokoll vom 28. September nach.

Mit Recht ist darauf verwiesen worden, dass der «Dreibund» zwischen den Westmächten und der UdSSR schon nahezu ausverhandelt war, als die Gesprächsbereitschaft zwischen der UdSSR und Deutschland überhaupt erst getestet wurde.³¹ Was die Sowjetführung letztlich veranlasst hat, vom Kurs der

Friedenssicherung zu ihren Konditionen zur Politik der Besetzung angrenzender Staaten durch die Rote Armee überzugehen, kann erst nach Öffnung der sowjetischen Archive, also zu keinem absehbaren Zeitpunkt, abschliessend geklärt werden.

Fest steht, dass aus der Perspektive der Baltischen Staaten angesichts des unwiderruflichen Entschlusses der deutschen Reichsführung zum Krieg gegen Polen keine Chance bestand, mit eigenen Kräften die Neutralität zu sichern. Nachdem die Westmächte die automatische Garantie sowjetischer Prägung sich zu eigen gemacht hatten, wäre bei jedem Ernstfall eine Unterminierung der staatlichen Souveränität unabdingbar gewesen. Hätte Chamberlain in Fortsetzung seiner Appeasementpolitik es fertiggebracht, Hitler von seinen Kriegsplänen abzubringen, wären Kompensationen im baltischen Raum für die erwiesene Friedfertigkeit wohl unumgänglich gewesen. Aus der Sicht der Sowjetführung war im August 1939, wie Weber nachzuweisen versucht, die Politik der Abgrenzung von Interessensphären am attraktivsten, freilich um den hohen Preis, dass die Sowjets nun unmittelbar dem nationalsozialistischen Deutschland Grenze an Grenze gegenüberstanden, allen Umgestaltungen und territorialen Zugewinnen zum Trotz.³²

III.

Der Hitler-Stalin-Pakt, die Stützpunktverträge zwischen der Sowjetunion und jedem einzelnen der Baltischen Staaten sowie der «Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag» mit dem Geheimen Zusatzprotokoll und dem «Vertraulichen Protokoll über die Übersiedlung» vom 28. September 1939 gehören eng zusammen.³³ In laufenden Absprachen zwischen den beiden Grossmächten sind bereits einen Monat nach Abschluss des Paktes, dessen Geheimes Zusatzprotokoll offiziell immer noch von sowjetischer Seite in Zweifel gezogen wird, in den Baltischen Staaten Eingriffe vorgenommen und Veränderungen eingeleitet worden, die ohne Übertreibung das Leben jedes einzelnen Bewohners vollständig verändert haben.

Zunächst einmal gelang es der Sowjetunion nach der 4. Teilung Polens beim zweiten Besuch Ribbentrops am 28. September in Moskau, Litauen im Austausch gegen polnische Gebiete um Lublin und Warschau in den sowjetischen Einflussbereich herüberzuziehen. Sodann wurde ein Zwischenfall im Hafen von Reval, nämlich die Flucht eines internierten polnischen U-Boots, zum Anlass genommen, um den Aussenminister Estlands nach Moskau zu zitieren und ihm zu eröffnen, dass die Neutralität Estlands offensichtlich nicht mit eigenen Kräften gewahrt werden könne.

Estland beschloss am 28. September, auf das Stützpunkt-Diktat einzugehen und einen Beistandspakt zu unterzeichnen. Lettland und Litauen folgten am 5. bzw. 10. Oktober, ohne dass nach vergleichbaren Anlässen gesucht wurde. Völkerrechtlich erheblich ist die Tatsache, dass die Sowjetunion bei Abschluss der Stützpunktverträge ausdrücklich die Verpflichtung übernahm, die staatliche Unabhängigkeit zu achten.³⁴ Im Rahmen der Baltischen Entente hat es keine konkreten Überlegungen gegeben, ob die Baltischen Staaten militärischen Widerstand leisten sollten, wie Finnland es im «Winterkrieg» unter ähnlichen Pressionen zwischen dem 30. November 1939 und dem verlustreichen Friedensvertrag vom 13. März 1940 gewagt hat. Wegen des U-Boot-Zwischenfalls sah Lettland sich sogar veranlasst, darauf hinzuweisen, dass Estland durch eigenes Verschulden in diese gefährliche Lage geraten sei und daher der casus foederis nicht eintrete.³⁵ Jeder einzelne der Baltischen Staaten musste selbst die bittere Entscheidung zur Beeinträchtigung seiner Souveränität fällen. Die Bevölkerung hat sich dem Druck überall diszipliniert gebeugt. Der Einmarsch der jeweils über 30'000 Rotarmisten erfolgte ohne Zwischenfälle.

Die Tatsache, dass zeitgleich mit Vertretern des Deutschen Reiches über die Umsiedlung der Deutschbalten in Moskau verhandelt wurde, hat nach Bekanntwerden der entsprechenden Aufrufe und Verträge zwischen dem Deutschen Reich und Estland sowie Lettland unter den nachdenklichen Esten und Letten Anlass zu ausgeprägter Verzweiflung gegeben. Der Ministerpräsident Estlands Eenpalu brach in Gegenwart eines deutschbaltischen Besuchers, der ihn informierte, in Tränen aus und rief: «Das ist das Ende Estlands.»³⁶ Deutschbaltische Stellen konnten die Organisation der Umsiedlung und das Verladen der Umsiedler auf die deutschen Schiffe selbst in die Hand nehmen. Wenige Wochen später fanden sich fast 14'000 Deutschbalten aus Estland und über 52'000 Lettländer als «Volksdeutsche» unter Kriegsverhältnissen im soeben besiegten Polen wieder. In den neuen Reichsgauen «Wartheland» und «Westpreussen» wurde ihnen, dem Propaganda-Sprachgebrauch nach, «eine neue Aufgabe im Osten» zugewiesen.³⁷ Zeitgenössische Zeugnisse machen aber deutlich, dass die Aufgabe der 700jährigen eigenen Geschichte in den so stark bedrohten Heimatländern kaum einen von den Betroffenen jemals wieder losgelassen hat.³⁸ Junge Menschen mögen dem Ruf des Führers, wie es in Aufrufen hiess, mit heissem Herzen gefolgt sein; dass damit jedoch ein unumkehrbarer Bruch im Zusammenleben mit den bisherigen «Heimatgenossen» eingeleitet wurde, war jedem bewusst.³⁹ In einem gestochenen Paradoxon hat Dietrich A. Loeber die grosse Dokumentation über die Umsiedlung aus Estland und Lettland «Diktierte Option» genannt.⁴⁰ Unter dem Zwang der Verhältnisse musste

jeder Deutschbalte entscheiden, ob er in seiner angestammten «Volksgruppe» Hitlers Untertan werden oder in einer fremd werdenden Umgebung Stalins Pressionen ausgesetzt sein wollte. Die überwältigende Mehrheit wählte den ersten Weg, wurde in den von Polen zwangsgeräumten Städten und Landgütern «angesiedelt» und floh unter erheblichen Verlusten vor der Roten Armee im Januar 1945 nach Westen.⁴¹ Von 102'700 Personen, die als Deutschbalten in einer Gesamterhebung der Heimatortskartei München, heute Lübeck, ermittelt wurden, lebten im Jahr 1966 in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West 64'158 (= 62%), in der DDR 14'869 (= knapp 15%), im westlichen Ausland 17'653 (= 17%) und in der alten Heimat noch 474 (= 0,4%).⁴²

Die Sowjetisierung der Baltischen Staaten begann im Schatten der grossen deutschen Kriegserfolge im Juni 1940. Alle Hoffnungen, dass das anhaltende grosse Interesse Deutschlands an den Wirtschaftsbeziehungen den befürchteten Sowjetisierungsmassnahmen Einhalt gebieten würde, erfüllten sich für die ganz überwiegend «national» eingestellte Bevölkerung der Baltischen Staaten nicht.⁴³ Während die deutschen Truppen in Paris einmarschierten, inszenierten Sowjetvertreter Scheinanlässe, die zu Ultimaten an Litauen, Lettland und Estland führten. Der Hauptvorwurf war das Militärbündnis, das hinter der Baltischen Entente gesehen wurde. Versuche, über deutsche Stellen zu intervenieren, mussten angesichts der Verabredungen im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August und 28. September 1939 vergeblich sein. In Reval und Riga übernahmen Schdanow bzw. Wyschinski die Macht und übergaben alle verfassungspolitischen Einwände. Die Zustimmung des estnischen Präsidenten Päts zur sowjetfreundlichen Regierung wurde von Schdanow erzwungen; in den anderen beiden Staaten gab es parallele Vorgänge. Freilich legte die neue Regierung auf den Anschein von Legalität durchaus Wert. Zu den ersten Massnahmen gehörte die Aufhebung des estnisch-lettischen Vertrages von 1923 und der Baltischen Entente von 1934. In den drei Staaten fanden bereits am 14. und 15. Juli Parlamentswahlen statt, die die üblichen Zustimmungsquoten von 92-99% auswiesen. Smetona floh bereits am 15. Juni 1940 über Deutschland und die Schweiz in die USA, wo er 1944 verunglückte. Päts und Ulmanis traten unter Zwang von ihren Ämtern zurück und wurden ins Innere der Sowjetunion verbracht. Das Ende von Ulmanis ist ungeklärt. Päts ist am 18. Januar 1956 in der Kuranstalt Kemmern bei Riga gestorben; sein oberster Militär Laidoner ist 1953 in Wladimir den vielfältigen Misshandlungen erlegen, die ihm im Lauf der Jahre zugefügt wurden.⁴⁴

Am 1. August 1940, sehr kurz nach den Wahlen, trat der Oberste Sowjet in

Moskau zusammen und nahm die Anträge der neu gewählten Volksparlamente der drei Baltischen Staaten auf Aufnahme in die Sowjetunion triumphierend an. Im Frühjahr 1941 standen bereits 250'000 Rotarmisten auf dem Territorium der neuen Sowjetrepubliken. Nach dem Krieg und der deutschen Besetzung ist das Programm der Sowjetisierung wieder aufgenommen und planmässig und hart durchgesetzt worden. Im Zuge der Kollektivierung zwischen 1944 und 1949 sind nach Berechnungen im Westen, die als zuverlässig gelten können, etwa 665'000 Menschen umgebracht oder ins Innere der Sowjetunion verbracht worden, die meisten – über 300'000 – aus Litauen.⁴⁵ Dass hier Wunden geschlagen wurden, die auch durch eine Aufbauleistung nicht wettgemacht werden können, leuchtet ein.

Es gehört zu den Ergebnissen der letzten Jahre, dass der Hitler-Stalin-Pakt vornehmlich in zwei unterschiedlichen «Gruppen» diskutiert wird: unter sowjetischen Historikern mit Semirjaga und Afanasjew an der Spitze – und in den Baltischen Sowjetrepubliken.⁴⁶ Was letztere anlangt, so wurde schon in der Brezhnev-Ära – in der Zeit des «Stagnantentums», wie heute gesagt wird – von 45 Bürgerrechtlern aus den Baltischen Sowjetrepubliken ein Appell an die Vereinten Nationen gerichtet. 1979 verlangten sie freie Wahlen in den Baltischen Sowjetrepubliken unter Aufsicht der UN, und zwar unter ausdrücklichem Verweis auf den Hitler-Stalin-Pakt. Dieser Appell bewirkte eine Entschliessung des Europaparlaments in Strassburg vom 13. Januar 1983, in deren Präambel der Pakt genannt und verurteilt wurde. Für etliche Unterzeichner in den Baltischen Republiken endete die Initiative im Gefängnis.

Heute, im Zeichen von «glasnost'» und «perestrojka», wird in den Baltischen Sowjetrepubliken schonungslos auch in Partei-Zeitungen und -Zeitschriften diskutiert, ob im Jahr 1940 in den Baltischen Staaten eine «sozialistische Revolution» stattgefunden habe oder nicht. Der Verdacht, dass letzteres zutrefte, bringt Hunderttausende auf die Beine, doch ist noch keinesfalls entschieden, wer von der Wendung gegen den «Molotow-Ribbentrop-Pakt», wie es einhellig in der Sowjetunion heisst, den grössten politischen Nutzen haben wird. Die Unabhängigkeitsbewegungen Estlands und Lettlands, die den Austritt aus der Sowjetunion anstreben, haben sich des Pakts ebenso bemächtigt wie Volksfronten, z.B. «Rahvarinne» in Estland, die inzwischen den Status von staatlich anerkannten Organisationen erlangt haben und für Reformen innerhalb des Systems eintreten.

Die Forderung nach Veröffentlichung der Geheimen Zusatzabkommen vom 23. August und 28. September 1939 ist inzwischen erfüllt worden. Hier kommt dem Historiker Heino Arumäe – siehe den Beitrag in diesem Band – ein grosses Ver-

dienst zu. Nach der Teilveröffentlichung in der lettischen Lehrerzeitung «Skolotaju Avize» vom 23. Juli 1988 brachte die parteiamtliche estnische Zeitung «Rahva Hää!» (Volksstimme) den vollständigen Text am 10. August, der sowohl von der russischen Zeitung Estlands, «Sovetskaja Estonia», wie auch von der angesehenen lettischen Literaturzeitung «Literatūra un Māksla» (Literatur und Kunst) im «Zitat» übernommen wurde, unter Einschluss des Kommentars des estnischen Historikers. An die Stelle der offiziellen Verleugnung des Zusatzabkommens vom 23. August, das als besonders anstößig angesehen wird, da hier zwischen Hitler und Stalin «aufgeteilt» worden ist, sind offizielle «Zweifel» an der Echtheit der vorhandenen Kopien getreten, die niemand ernst nimmt. Am 29. September 1988 hat der Kieler Professor Dietrich A. Loeber in Reval einen russischsprachigen Vortrag im Saal der Akademie der Wissenschaften über den Pakt gehalten, der gut dokumentiert war und Interesse erweckte. Völlig unabhängig hat der litauische Komponistenverband den Obersten Sowjet der UdSSR und den Deutschen Bundestag gleichermaßen aufgefordert, alle Verträge und Geheimprotokolle zwischen der Sowjetunion und Deutschland zwischen 1939 und 1941 – offenbar in Analogie zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 – als rechtswidrig und nichtig zu erklären. Ob diese Initiative auch bei den Volksfronten Folgen hat, wird die Zukunft zeigen.

Wie Egil Levits herausgearbeitet hat, ist der offizielle Stand der Rezeption der Ereignisse zwischen 1939 und 1941 noch relativ unspezifisch. Er lautet: «Es gab eine Interessensphärenabgrenzung mit Deutschland, möglicherweise sogar ein Geheimprotokoll darüber, es gab auch den Einmarsch der Sowjetarmee im Juni 1940, der aus der Sicht der damaligen bürgerlichen Regierung, womöglich aber auch aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung, sich als eine Besetzung darstellen konnte. Bei der Bildung der Volksregierungen und auf den weiteren Etappen auf dem Weg zur formellen Eingliederung gab es Gewaltanwendung und unlautere Einflussnahme infolge der stalinistischen Deformation der Sowjetunion. Die sozialistische Revolution ist dabei jedoch nicht als eine Massenbewegung, sondern als eine qualitative Veränderung der Gesellschaftsform zu verstehen, und schliesslich waren die Ereignisse in ihrer Gesamtheit eine historische Entscheidung der baltischen Völker zugunsten der Zugehörigkeit zur Sowjetunion, da sie andernfalls von Hitler-Deutschland vernichtet worden wären.»⁴⁷

Dieser Text gibt einen Ist-Stand der Diskussion wieder, der verändert werden dürfte. Dass es aber in Wirklichkeit um viel mehr geht als um die richtige Einordnung des Hitler-Stalin-Paktes, macht der estnische Dichter Jaan Kaplinski klar, wenn er in der neuesten Ausgabe der sowjet-estnischen Zeitschrift für die

Esten im Ausland, «Kodumaa» (Heimat), die folgenden Sätze aus seinen «Wintergedanken» abdrucken lässt:

... «Wir wollen nicht in eine neue Nation umgemodelt werden noch glauben wir, dass dies irgendjemandem nützen würde. Wir können die Tatsache nicht akzeptieren, dass unser Land uns unter dem Vorwand der ökonomischen Weiterentwicklung weggenommen, unsere Umwelt zerstört und vergiftet wird. Wir können es nicht ertragen, dass eine Miliz in unseren Strassen patrouilliert, die unsere Sprache nicht spricht... Unsere Traditionen, Werte und Normen haben einen protestantischen, westlichen Hintergrund, und wenn die Sowjetregierung wirklich im Umgang mit den westlichen Nationen vorankommen will, dann sollte sie zuerst lernen, mit dem Westen in ihren eigenen Grenzen auszukommen.»⁴⁸

Armin Heinen

Der Hitler-Stalin-Pakt und Rumänien

I.

Das Ende des 1. Weltkrieges sah Rumänien auf der Seite der Gewinnerstaaten. Das Territorium hatte sich mehr als verdoppelt, und in den neuen Grenzen lebten statt sieben mehr als 15 Millionen Einwohner. Dabei waren es nicht allein Glück und günstige äussere Umstände, die die Vergrösserung des Staatsgebiets bewirkt hatten, vielmehr fanden lange gehegte nationale Aspirationen ihre Erfüllung.

Die Geschichte der Rumänen war bis 1918 die Geschichte ihrer Provinzen. Moldau und Walachei konnten sich über die Jahrhunderte von direkter Fremdherrschaft freihalten. Die Union dieser beiden Fürstentümer schuf 1859/62 den rumänischen Kernstaat, der 1878 die Unabhängigkeit erlangte. Siebenbürgen unterstand ungarischem Einfluss. Die Magyaren stellten die Oberschicht. Infolge des Ausgleichs von 1867 teilten sie ihre Macht mit den Siebenbürger Sachsen, die während der deutschen Ostkolonisation ins Land geholt worden waren, um die Grenzen zu sichern, und den Szeklern, einem ungarisch sprechenden Volksstamm, der ein Gebiet im Südosten bewohnte. Die Rumänen stellten bei Weitem den grössten Bevölkerungsteil. Sie sahen sich jedoch sozial benachteiligt und von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Das Banat durchlebte eine höchst wechselvolle Geschichte, mal war es türkische, dann österreichische, schliesslich ungarische Provinz. Die Bukowina, der nördlichste Zipfel der Moldau, wurde 1775 von Österreich erobert, während Bessarabien, das Gebiet zwischen Pruth und Dnjestr, 1812 an Russland fiel. Für die neu gewonnenen Gebiete warben die Machthaber Kolonisten, welche den dünn bevölkerten Raum wirtschaftlich nutzen und die neuen Herrschaftsstrukturen absichern sollten. Deutsche liessen sich im Banat, in der Bukowina und in Bessarabien nieder. Ukrainer und Russen repräsentierten die neue Führungsschicht. Andere, wie die Juden, suchten Zuflucht vor Bedrückung. 1878, auf dem Berliner Kongress, erhielt Rumänien als Entschädigung für das ihm 1856 zugesprochene Südbessarabien, das an Russland zurückfiel, die nördliche Dobrukscha. Der Zweite Balkankrieg brachte ergänzend die südliche Dobrukscha, ein vorwiegend von Bulgaren bewohntes Gebiet, dessen man nie recht froh werden sollte. Seit 1916 nahm Rumänien am Krieg gegen die Mittelmächte teil. Die Entente

versprach Gebietsgewinne im Norden und Osten. Infolge des Zusammenbruchs des Zarenreiches bildete sich in Bessarabien ein Nationalkomitee, das den Anschluss an Rumänien forderte. Nicht anders sah es bald in Siebenbürgen aus, in der Bukowina und im Banat. Die Pariser Verträge bestätigten nur eine Entwicklung, die sich vor Ort vollzogen hatte.

Die neue Territorialordnung blieb heftig umstritten. Die Ungarn brachten triftige historische Gründe vor. Bildete Siebenbürgen nicht seit Jahrhunderten ein eigenständiges, von den Magyaren beeinflusstes Gebiet? Die UdSSR verwies auf eine mehr als hundertjährige Zugehörigkeit Bessarabiens zu Russland. Und selbst wenn man bereit war, das Nationalitätenprinzip in den Vordergrund zu stellen, machte die ethnische Gemengelage eine vernünftige Grenzziehung unmöglich. Die Verträge von Trianon und Neuilly brachten die internationale Anerkennung für die Grenzen im Norden, Westen und Süden. Aber im Osten, gegenüber der Sowjetunion, fehlte ein vergleichbares Abkommen. Die UdSSR erkannte die Abtrennung Bessarabiens nie an. So grenzte Rumänien mit Ausnahme kleiner Abschnitte an Staaten, die seinen territorialen Bestand in Frage stellten.

Ein kompliziertes Bündnissystem sollte revisionistische Bestrebungen abwehren. Kompliziert war das System, weil die politische Konstellation im Balkanraum selbst so schwierig war. Der Militärpakt mit Polen (1921) schützte gegenüber der UdSSR, aber nicht gegen Ungarn; die kleine Entente führte 1920/21 Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei gegen ungarische Ansprüche zusammen, während der Balkanpakt von 1934, bestehend aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien, sich gegen Bulgarien richtete. Solange das Versailler System intakt blieb, das kollektive Sicherheitssystem funktionierte, genügten die Regionalabkommen.

Mit Frankreich bestand eine enge aussenpolitische Interessengemeinschaft gegen jedwede territoriale Veränderung. Grossbritannien besass in Rumänien vor allem ökonomische Interessen, mass dem südosteuropäischen Königreich grössere Bedeutung zu als der Tschechoslowakei, aber doch weniger als Griechenland oder Jugoslawien.

Sieht man einmal von dem Konflikt um Bessarabien ab, so gab es viele weitere gute Gründe, den übermächtigen sowjetischen Nachbarn mit Misstrauen zu betrachten. Jeder politisch interessierte Rumäne wusste, dass Russland im letzten Jahrhundert das Land mehrfach besetzt hatte. Da war die Furcht vor einer slawischen Einkreisung, die durch die Machtübernahme der unberechenbaren Bolschewisten nur noch gesteigert wurde. Die gemeinsame Unterzeichnung des

Kriegsverzichtspaktes 1929 brachte zwar eine gewisse Entspannung, und 1934 nahmen beide Länder im Rahmen der französisch-sowjetischen Annäherung diplomatische Beziehungen auf. Herzlich war das Verhältnis immer noch nicht.

Für den Historiker ist die genauere Untersuchung der deutsch-rumänischen Beziehungen der dreissiger Jahre ausserordentlich anregend, nicht nur weil die interne Struktur des NS-Regimes sich widerspiegelt, sondern auch weil die Folgen des Machtgefälles bis in die Bereiche Wirtschaft und Innenpolitik hineinragen. Für die rumänische Diplomatie war die angemessene Beurteilung der deutschen Politik schwierig, geradezu unmöglich. Hiess es zunächst, Deutschland verfolge keine besonderen Ziele, so stand das Land später sehr wohl im Zentrum deutscher Aufmerksamkeit. Während Rosenberg offen in die innenpolitischen Verhältnisse eingriff, versprach Göring unmittelbare Abhilfe, stellte gar eine Grenzgarantie in Aussicht, wenn Rumänien den deutschen Wirtschaftsinteressen entgegenkomme. Zur selben Zeit hielt Hitler den Gegensatz zwischen Ungarn und Rumänien bewusst in der Schwebe.

Nach heutigen Massstäben würde man das damalige Rumänien als ein Entwicklungsland bezeichnen. Eine tiefe Kluft trennte die sozialen Klassen. Die forcierte Industrialisierung sollte die aussenwirtschaftlichen Probleme lösen und die militärische Schlagkraft in unsicheren Zeiten stärken. Aber die wirtschaftliche Modernisierung forderte mehr soziale Opfer, als das politische System verkraften konnte. Während die Linke in der durch selbständige kleinbäuerliche Wirtschaften geprägten Sozialstruktur ohne Chancen blieb, gewann die extreme Rechte immer mehr Anhänger.

Ungarn, Ukrainer, Russen, Bulgaren stellten zusammen mehr als 15 Prozent der Bevölkerung. Weit verbreitet war die Furcht, dass sie nur eine Regung der Nachbarstaaten abwarteten, um Rumänien von innen auszuhöhlen. Das Erstarken Nazideutschlands bedeutete in dieser Lage eine doppelte Gefahr: Ansporn für den Revisionismus und Rückenwind für die innere Auflösung. Die Politiker in Bukarest, London und Paris waren überzeugt, dass Hitler sich der faschistischen Eisernen Garde bediente, um eigene Zielvorstellungen durchzusetzen. Die Wirklichkeit sah anders aus, aber auch Fehltritte können die politische Entwicklung beeinflussen.

Als König Carol im Februar 1938 sein Diktaturregime errichtete, fand er die Unterstützung breiter, einflussreicher bürgerlicher Gruppen, während die traditionellen Parteien ihn zumindest tolerierten. Sein Regime versprach Beruhigung im Innern und eine Festigung der nach Westen orientierten Aussenpolitik. Es gab wenig, was die Aufmerksamkeit der grossen Metropolen an Rumänien

hervorlocken konnte. Und doch besass es einen Reichtum, der die Begierde der Grossen anzog: die Ölfelder um Ploiesti. Als Hauptenergieträger diente damals noch die Kohle. Die moderne mobile Kriegführung erforderte indes eine gesicherte Ölversorgung.

Seit 1938 rechnete Hitler mit einem Konflikt mit Grossbritannien. Das bedeutete, dass die deutsche Kriegführung mehr denn je auf sicheren Nachschub auf dem Kontinent angewiesen war. Eine starke Stellung auf dem rumänischen Markt hätte die deutschen Planungen erleichtert, doch das deutsche Kapital verfügte nur über verschwindend geringe Anteile an der rumänischen Industrie, und auch die Stellung im Aussenhandel entsprach nicht jener Position, wie sie Deutschland gegenüber den anderen südosteuropäischen Ländern erworben hatte. Gerade weil Rumänien mit den Ölquellen über einen wichtigen Devisenbringer verfügte, konnte es sich von der deutschen Umklammerung freihalten.¹ Mit geringen Mitteln, aber durchaus effektiv hatte die wirtschaftspolitische Abteilung des britischen Aussenministeriums im Herbst 1938 eine Offensive gegen die deutsche Penetration des rumänischen Marktes eingeleitet. Ohne Gegenwehr wollten einflussreiche Kräfte in Grossbritannien, die eigene wirtschaftliche Interessen verfolgten, Südosteuropa nicht Deutschland überlassen, allen Reden über Appeasementpolitik zum Trotz.²

Die kritische Lage gerade bei der Erdölversorgung veranlasste die deutsche Politik zu einem kühnen Manöver. Unmittelbar nach Abschluss des Münchner Abkommens verschärfte sie den politischen Druck auf Rumänien. Die Ermordung des Faschistenführers Codreanu – «auf der Flucht aus dem Gefängnis erschossen» – diente als billiger Anlass zur Rückberufung des deutschen Botschafters nach Berlin. Gleichzeitig ermunterte Hitler Ungarn, seine revisionistischen Bestrebungen mit Deutschland gleichzuschalten. Als die Horthy-Truppen zeitgleich mit dem deutschen Einmarsch in Prag die Karpaten-Ukraine besetzten, befürchteten nicht allein rumänische Politiker, ein gemeinsamer deutsch-ungarischer Angriff stehe unmittelbar bevor.

Am 17. März 1939 eilte der rumänische Gesandte Tilea in das Foreign Office. Aufgeregt berichtete er von deutschen Pressionen, die einem Ultimatum gleichkämen. Er beschrieb damit allerdings eher eine psychische Lage als einen diplomatischen Sachverhalt. Abschliessend bat er um eine britische Stellungnahme und deutete an, dass durch einen gemeinsamen Block der südosteuropäischen Staaten die Situation vielleicht zu retten sei.³ Tilea war noch nicht lange in seinem Amt. Als erfolgreicher Geschäftsmann handelte er gewohnt unabhängig. Nun stürzte er die britische Diplomatie in ein Abenteuer. Die Öffentlichkeit

erwartete nach der deutschen Besetzung Prags entscheidende Schritte, einen radikalen Kurswechsel wollte die britische Regierung indes nicht vollziehen. Sie wandte sich an Paris und Warschau, an Belgrad, Ankara, Athen. Schliesslich stellte sie auch Moskau die Frage, ob es bereit sei, Rumänien auf Anfrage Hilfe zu leisten. Die Aktion verpuffte und brachte nur Schwierigkeiten. London war über die politische Lage Südosteuropas allenfalls oberflächlich unterrichtet, anders lässt sich die Naivität, mit der es dem Vorschlag Tileas folgte, kaum erklären. Polen, Rumänien, Griechenland, die Türkei liessen bald wissen, dass sie nicht bereit, ja unfähig waren, einen engeren Block zu bilden. Dass nun auch die UdSSR ohne eine festgelegte Strategie in das diplomatische Spiel einbezogen war, komplizierte die Lage zusätzlich.

Welche Rolle spielte Rumänien in den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen im Frühjahr-Sommer 1939? Zunächst, die Intervention Tileas brachte die Unterredungen in Gang, in aller Hast und ohne klare politische Strategie von britischer Seite. Die Londoner Diplomatie blieb auch in der Folgezeit Spielball fremder Einflüsse, der britischen Öffentlichkeit, der Vorstellungen Frankreichs, der Wünsche der südosteuropäischen Staaten. Ohne überzeugendes Alternativkonzept musste das Foreign Office sich dem rumänischen Drängen nach einer einseitigen britisch-französischen Garantie für Bukarest beugen (13.4.1939).

Drei Überlegungen bestimmten die rumänische Diplomatie, (a) Das Land war zu schwach, um offen an gegen Deutschland gerichteten Bündnisverhandlungen teilzunehmen, (b) Die Situation mochte sich ändern, wenn die Grossmächte selbst eine Übereinkunft gefunden hatten. Daher unterstützte Bukarest die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der UdSSR, so gut es konnte, (c) Besonders dringend war die Klärung der Beziehungen zur Sowjetunion. Am liebsten wäre Rumänien eine Lösung gewesen, die sowjetische Zusagen ohne Verpflichtungen gebracht hätte. Da dies nicht zu erreichen war, machte man sich auf den Weg zur schwierigen Annäherung. Die Presse erhielt Anweisung, freundlich zu berichten. König Carol deutete an, dass im Kriegsfall Rumänien selbstverständlich Hilfe akzeptieren werde. Am 9. Juni 1939 schlug Aussenminister Gafencu der UdSSR den Abschluss eines Nichtangriffspaktes vor, und am 12. August berichtete der türkische Aussenminister, dass Rumänien engere Beziehungen zur Sowjetunion aufnehme, wenn die Frage der Grenze Bessarabiens rechtlich geklärt sei.⁴

Rumänien näherte sich vorsichtig der UdSSR. Moskau vollzog die entgegengesetzte Bewegung. Der britische Botschafter berichtete am 13. April, dass die westlichen Garantien für Polen, Rumänien und Griechenland die Stellung der UdSSR stärkten und Stalins Vorstellung von einem Krieg der kapitalistischen

Staaten entgegenkämen. Er möchte warnen vor einer möglichen deutsch-sowjetischen Verständigung auf Kosten der Nachbarstaaten der Sowjetunion, sei aber Optimist. Der Optimismus schien nicht unbegründet. Die französische Botschaft meldete aus Moskau, die UdSSR würde gerne ihre Beziehungen zu Rumänien verbessern, und selbst ein Nachgeben hinsichtlich Bessarabiens sei denkbar; wenn aber keine Annäherung erreicht werde, sei zu erwarten, dass die Sowjetunion reine Machtpolitik treibe und die Donaumündung in Besitz zu nehmen versuche. Nachdem Molotow seit Mai das Amt des Aussenministers bekleidete, finden wir in den Quellen keinen Hinweis auf weitere Verständigungsangebote.

Welchen Stellenwert das Bemühen um rumänisches Einverständnis für die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der UdSSR besass, ist schwierig zu ermitteln. Nicht selten dienten die antisowjetischen Ressentiments in Osteuropa dem diplomatischen Manöver. Ganz offen fragte der britische Aussenminister Lord Halifax seinen rumänischen Kollegen, ob es dessen Politik sehr widersprechen würde, wenn er, Halifax, eine öffentliche Erklärung abgebe, wonach eine zu enge Zusammenarbeit mit der sowjetischen Regierung Rumänien in eine peinliche Lage bringe. Überrascht antwortete Gafencu, die rumänische Politik bemühe sich um ein Gleichgewicht, es läge nicht in ihrem Interesse, die Sowjetunion zu verärgern.⁵ Auch Molotow bediente sich der antisowjetischen Stimmungen in Osteuropa, diesmal, um die Verhandlungen zu verschleppen und zu ermitteln, was Deutschland ihm an Zugeständnissen anbiete – nichts anderes bedeutete wohl die Forderung nach Definition der «indirekten Aggression» und das Bestehen auf einer formalen Einverständniserklärung mit Durchmarschrechten durch Rumänien und Polen. Bukarest wurde im August 1939 zu keiner Stellungnahme aufgefordert. Die britische und französische Diplomatie erwartete, dass, wenn Polen den sowjetischen Wünschen nachgebe, Rumänien keine Schwierigkeiten bereiten würde. Nie wurden die Karten wirklich offen auf den Tisch gelegt. Die britischen und französischen Verhandlungspartner versäumten, von Molotow konkrete Garantien für die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Nachbarstaaten der Sowjetunion einzufordern. Da mag die Furcht vor einem Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gewesen sein, aber wäre ein offener Bruch nicht besser gewesen als quälendes Hinschleppen, das mit der überraschenden Ankündigung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes endete?

Die Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin waren von ganz anderer Art. Am 22. August einigten sich Molotow und Ribbentrop auch über Rumänien. Um ein rasches Ergebnis zu erzielen, hatte Hitler Ribbentrop angewiesen, «je-

des Angebot zu machen und jede Forderung anzunehmen». Im Übereifer schlug Ribbentrop einen Text vor, der mehr Verwirrung als Klarheit schuf.⁶ Darin vermied er zwar eine direkte Anerkennung der sowjetischen Territorialforderungen an Bessarabien, erklärte aber gleichzeitig das vollkommene politische Desinteresse Deutschlands an Südosteuropa. Welche Gebiete darunter zu verstehen waren, blieb ebenso unbestimmt, wie Ribbentrop offenbar «vergass», das eminente wirtschaftliche Interesse Deutschlands an Rumänien schriftlich festzuhalten. Nachlässige Verhandlungsführung bildete sicherlich einen Grund für die zwischen Moskau und Berlin bald heftig umstrittene Passage. Andererseits war eine rasche Einigung bezüglich eines Gebiets, in dem sich deutsche und sowjetische Interessen überschneiden, nur aufgrund eines Formalkompromisses möglich.

II.

Über die Wirkung des deutsch-sowjetischen Vertrages auf Rumänien berichtete Aussenminister Gafencu später, er könne sich nicht erinnern, jemals eine schlechtere Nacht verbracht zu haben.⁷ Anfangs mochte er noch hoffen, es sei ein wirklicher Ausgleich gelungen. Aber mit dem Krieg gegen Polen war die aggressive Zielrichtung eindeutig. Da war sie wieder, die Furcht vor der deutsch-slawischen Einkesselung.

Überstürzte diplomatische Aktivitäten sollten die aussenpolitischen Bande festigen. Rumänien bot Ungarn einen Nichtangriffspakt an und holte sich eine Abfuhr. Erfolglos blieben die Bemühungen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion. Der Vorschlag eines Nichtangriffspaktes wurde ebenso verworfen wie der Wunsch nach besseren wirtschaftlichen Beziehungen. Die Bildung eines Blocks neutraler Mächte galt als anti-sowjetisches Manöver. Selbst kleinere territoriale Zugeständnisse wären verhandlungsfähig gewesen. Rumänien bemühte sich um britische Unterstützung und musste erfahren, dass London nur die Unabhängigkeit und nicht den territorialen Bestand Rumäniens garantierte, da es fürchtete, durch Verweigerung der sowjetischen Ansprüche auf Bessarabien Moskau noch fester in die Arme Deutschlands zu treiben. Noch hielt die Balkanentente zusammen, wenn auch geschwächt und zu positiven Aktionen kaum fähig. Noch blieb die Hoffnung auf einen baldigen Sieg der Westmächte. Die Hauptsorge galt seit dem Einmarsch der Roten Armee in Polen der Sicherung der Ostgrenze, und dazu war man bereit, selbst stärkste moralische Bedenken hintanzustellen. Der rumänische Ministerpräsident Calinescu bot Deutschland ein attraktives Geschäft an: polnische Beutewaffen gegen rumänisches

Erdöl. Der Vorschlag war raffiniert und enthielt unbezweifelbare Vorteile. Durch ein Eingehen auf die deutschen Wirtschaftsbelange sollte Hitlers Interesse an der territorialen Unversehrtheit Rumäniens geweckt und zugleich die Schlagkraft der Armee gestärkt werden. Vorsichtig bewegte Rumänien sich auf Deutschland zu. Mit Kriegsbeginn hatten die Westalliierten ihr wirtschaftliches Engagement in Rumänien ausgebaut. Das verbesserte die rumänische Verhandlungsposition. Das provisorische Wirtschaftsabkommen vom März 1940 kam den deutschen Wünschen schliesslich weit entgegen. Aber durch die Drohung, im Falle eines Angriffs die Erdölindustrie zu zerstören, hielt Rumänien weiterhin einen starken Trumpf in Händen.

Die rumänischen Politiker setzten auf Deutschland, weil sie nicht glauben mochten, dass Ribbentrop den Vertrag mit Molotow auf Kosten Rumäniens geschlossen hatte. Selbst der deutsche Gesandte hielt dies für gänzlich unmöglich, wie er Gafencu noch Ende August 1939 versicherte. War Rumänien nicht für Berlin von eminenter ökonomischer Bedeutung und bildete es nicht einen letzten Schutzwall gegen den Bolschewismus?

Wir wissen heute, dass der Versuch, deutsche Hilfe zu gewinnen, kläglich scheiterte. Aber von vornherein stand das keineswegs fest. Zunächst verhinderte das Nachgeben einen möglichen deutsch-ungarischen Einmarsch zur Sicherung des Erdölgebiets. Im Dezember 1939 sondierte Berlin die Möglichkeit eines Ausgleichs, der zumindest den Restbestand Rumäniens, abzüglich gewisser sowjetischer Ansprüche an Bessarabien, garantierte. Während des Frankreichfeldzugs, als sich sowjetische Massnahmen gegen Rumänien andeuteten, insistierte das Auswärtige Amt, eine solche Aktion komme ihm gegenwärtig sehr ungelogen.

Die sowjetische Diplomatie verfolgte ihr Ziel planmässig, in kleinen Schritten, verunsicherte, schüchtern ein. Da waren Gerüchte, Pressemitteilungen, die wieder zurückgezogen wurden. Der finnisch-sowjetische Winterkrieg brachte Entlastung. Am 29. März 1940 legte Molotow die Karten auf den Tisch: Mit Rumänien besitze die UdSSR keinen Nichtangriffspakt – wegen Bessarabien. Das war so nicht richtig, denn der Briand-Kellogg-Pakt garantierte den Verzicht auf kriegerische Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle. Aber die Kampagne war eröffnet. Noch war keine Entscheidung gefallen. Rumänien drohte mit Krieg, wenn es angegriffen werde.

Seit dem 10. Mai überrannten deutsche Truppen Holland, Belgien, Frankreich. Am Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Compiègne bezeichnete Molotow die Bessarabienfrage erstmals als akut. Am 23. Juni nannte er dem deutschen Gesandten in Moskau seine Forderungen: Bessarabien zuzüglich der Bukowina. Die sowjetische Regierung erwarte deutsche Unterstützung zu einer friedlichen Einigung, sei aber im Falle einer rumänischen Weigerung

auch zur Gewalt bereit. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, regte direkte Verhandlungen zwischen Bukarest und Moskau an. Aber darauf liess sich Molotow nicht ein. Wegen des Einwandes, dass die Forderung nach Eingliederung der Bukowina neu sei, beschränkte er sich immerhin vorläufig auf die Nordbukowina. Am 26. Juni überreichte Moskau dem rumänischen Gesandten ein Ultimatum. Eine Antwort müsse innerhalb von 24 Stunden vorliegen. Die rumänische Regierung suchte Unterstützung in Deutschland, erfuhr aber lediglich, dass Berlin im Interesse der Vermeidung eines Krieges zur Annahme der sowjetischen Forderungen rate. Jetzt, nach dem Waffengang mit Frankreich, zog auch die Drohung mit der Zerstörung der Erdölfelder nicht mehr. Die Regierung sei bereit zu Verhandlungen, meldete der rumänische Gesandte in Moskau. Molotow liess nicht locker: Die geforderten Gebiete müssten in 4 Tagen geräumt sein, entgegnete er kurz. Eine Verlängerung, um die schliesslich auch Berlin bat, lehnte er ab. In fünf Tagen war alles vorbei.⁸

Moskau beschleunigte im Juni die Gangart seiner Expansionspolitik: zunächst die Besetzung der Baltischen Staaten, dann das Ultimatum an Rumänien. Vermutlich fürchteten Stalin und Molotow, dass sie ihre Gewinne realisieren müssten, bevor sich nach dem Ende des Frankreichfeldzuges die Kräftekonstellation wesentlich änderte. Aber was immer das Motiv gewesen sein mag, es genügt nicht, um die Brutalität des Vorgehens zu erklären. Warum beschränkte die UdSSR ihre Forderungen nicht auf Bessarabien? Ein Blick auf die dem Ultimatum beigefügte Landkarte liess die rumänischen Politiker erkennen, dass sogar kleinere Gebietsstreifen der Moldau dem sowjetischen Territorium zugeschlagen wurden. Sowjetische Einheiten eröffneten das Feuer, als die rumänischen Truppen sich nach Westen zurückzogen. Verbitterung machte sich breit, ein Hass auf die Russen und Bolschewik!, der alles, was bisher an antirussischen Ressentiments in Rumänien zu finden war, übertraf.

Quellen über die internen Entscheidungsabläufe im Krenl besitzen wir bislang nicht. So bleibt kaum mehr als Spekulation. Da die UdSSR in den dreissiger Jahren bereit gewesen wäre, bei Anerkennung ihrer Sicherheitsinteressen auf Bessarabien zu verzichten, dürfte kaum nationalistisches Denken die sowjetischen Forderungen beeinflusst haben. Mehr Sinn macht es, wenn wir strategische und machtpolitische Gesichtspunkte unterstellen: die Kontrolle der Donaumündung, die unmittelbare Präsenz in Südosteuropa, die Verbreiterung der Front in die ungarische Tiefebene. In jedem Falle bleibt ein Übermass machtpolitischer Präsenz, ein nicht notwendiges Ausmass der Demütigung Rumäniens, welches nur durch die totalitäre Struktur des Sowjetstaates zu erklären ist.

III.

Der sowjetische Zugriff auf Rumänien führt uns zu einem Wendepunkt der rumänischen Geschichte. Selbst für die deutsch-sowjetischen Beziehungen dürfte hier ein wichtiger Schlüssel liegen.

Obwohl Berlin die sowjetische Aktion billigte und nachträglich in geradezu zynischer Weise legitimierte, blieb Bukarest kaum eine Alternative, als darauf zu hoffen, dass Deutschland am Bestand des Landes interessiert sei. Bereits vor dem sowjetischen Ultimatum, als die Niederlage Frankreichs absehbar wurde, hatte sich die rumänische Regierung um engere Beziehungen bemüht. Jetzt vervielfachte sie ihre Anstrengungen. Am 1. Juli verzichtete sie auf die britisch-französische Garantie, am 10. Juli trat Rumänien aus dem Völkerbund aus. Mehrmals bildete der König die Regierung um, nur um zu beweisen, dass der neue Kurs ehrlich gemeint sei. Zugleich hoffte er, indem er die Führer der faschistischen Eisernen Garde an der Regierung beteiligte, diese Opposition besser bändigen zu können. Berlin schien in zweifacher Weise das Schicksal Rumäniens zu kontrollieren: durch seine engen Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien sowie durch die Unterstützung der faschistischen Kräfte im Innern. Beides entsprach nicht der Wirklichkeit. Vielmehr geriet Berlin in die Abhängigkeit autonomer Kräfte, die ihre Ziele selbständig formulierten und zu Recht damit rechnen konnten, dass Deutschland ihre Belange unterstützte.

Bereits am 27. Juni, einen Tag nach dem sowjetischen Ultimatum, mobilisierte Ungarn seine Truppen. Der bulgarische und der ungarische Gesandte wurden in Berlin vorstellig: Die öffentliche Meinung, erklärten sie, erwarte, dass die Revisionswünsche endlich erfüllt würden, die Armee sei schwerlich zurückzuhalten. Ribbentrop vertröstete zunächst auf Kriegsende, setzte danach auf eine Verhandlungslösung. Moskau schaltete sich ein und bot volle Unterstützung für die ungarischen und bulgarischen Ziele. Budapest sah keine Veranlassung, von seinen Maximalforderungen abzugehen. Ein bewaffneter Konflikt um Siebenbürgen schien nicht mehr unwahrscheinlich. In dieser kritischen Lage verpflichteten Rom und Berlin Ungarn und Rumänien zur Annahme eines Schiedspruchs. Dieser erging am 30.8.1940 und zwang Rumänien zur Abtretung Nordsiebenbürgens an Ungarn. Ein weiteres Abkommen mit Bulgarien am 7. September regelte die Abtretung der Süddobrudscha. Damit hatte Rumänien seit dem von der Sowjetunion erzwungenen Verzicht auf Bessarabien und die Nord-Bukowina bereits ein Drittel seines Territoriums verloren mit einer Bevölkerung von sechs Millionen, davon mehr als die Hälfte Rumänen. Als ein-

zige Gegenleistung erhielt Rumänien eine Garantie seines verbliebenen Territoriums. Hitler diktierte den Grenzverlauf allein. Er wusste um die ethnischen Gegebenheiten und um die Schwierigkeiten einer ausgewogenen Lösung. Aber seine Entscheidung bemühte sich erst gar nicht um einen Ausgleich, sondern berücksichtigte allein strategische Gesichtspunkte.

Mit Ingrimme hatte der deutsche Diktator von den sowjetischen Ansprüchen auf die Nordbukowina erfahren. Nach dem sowjetischen Zugriff auf die baltischen Staaten fühlte er sich ein zweites Mal hintergangen. Möglicherweise bestärkte bald die unerwartete sowjetische Forderung in dem Wunsch, möglichst bald den Lebensraumkrieg zu eröffnen. Hitlers Misstrauen schien sich weiter zu bestärken, als Moskau die ungarischen und bulgarischen Revisionswünsche anstachelte. So enthielt der Wiener Schiedsspruch drei gegen die Sowjetunion gerichtete Komponenten. Er bewies, dass Deutschland im Südosten allein zu regieren gedachte. Die Garantie für Rumänien schob allen weitergehenden sowjetischen Ansprüchen einen Riegel vor. Schliesslich verbesserte sie durch den raschen Zugang zu den Erdölfeldern die strategische Position. Molotow reagierte prompt, insistierte, dass die UdSSR nur vorläufig auf die Südbukowina verzichtet habe, forderte sowjetische Mitsprache für Rumänien, Ungarn, Griechenland, Jugoslawien, Polen und verlangte alleiniges Bestimmungsrecht für Finnland, Bulgarien sowie die Meerengen. Hitlers Angebot einer aktiven Teilnahme am Krieg gegen Grossbritannien schlug er aus. Damit war der Interessenkonflikt über Osteuropa erstmals seit Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes offen in den aussenpolitischen Akten festgehalten.⁹

Bis zum Mai 1940 bedeutete der Hitler-Stalin-Pakt für Rumänien diplomatisches Reagieren. Seit Juni bestimmte er das Schicksal der Menschen. Aus Czernowitz berichtete das deutsche Konsulat, es herrsche Panikstimmung, «zahlreiche Familien der Stadt und der ganzen Nordbukowina, darunter fast alle Grundbesitzer», seien «abgewandert oder im Begriff es zu tun». Wer noch rechtzeitig seine Sachen packte, konnte von Glück sprechen. Der Machtübernahme durch die Rote Armee folgten Enteignung, Beschlagnahme, Verhaftung. Zu kaufen gab es nichts mehr. Das Spitzelwesen drang überall ein. Am härtesten traf es die vermeintlichen Regimegegner, Personen, die sich politisch in Rumänien exponiert hatten, «Kapitalisten», Gutsbesitzer, Kaufleute, Hausbesitzer, selbst kleine Händler. Mehr als 250'000 Personen sollen deportiert worden sein, darunter eine nicht geringe Zahl von Juden, da sie in besonderer Weise das verhasste bürgerliche Regime zu repräsentieren schienen.

Mehr als 130'000 Deutsche lebten in Bessarabien und der Nordbukowina. Ribbentrop hatte im Juni deutlich zu verstehen gegeben, dass deren Schicksal ihm

nicht gleichgültig sei. Im September kamen Berlin und Moskau überein, dass die Volksdeutsche Mittelstelle der SS die geregelte Aussiedlung organisiere. Keine Familie wollte unter den neuen Verhältnissen Zurückbleiben. Einer strapaziösen Reise folgte Monate dauerndes Lagerleben. Schliesslich erhielten sie die Chance neu anzufangen, dort, wo durch Vertreibung der polnischen Bevölkerung neuer Raum für Deutsche geschaffen werden sollte.¹⁰

IV.

Die erzwungene Abtrennung Bessarabiens, Nordsiebenbürgens und der Bukowina kehrte die politischen Frontlinien um. Es bleibt Spekulation, was geschehen wäre, wenn Rumänien keine territorialen Verluste erlitten hätte. So aber reihte es sich in die Front der revisionistischen Staaten ein und gehörte fortan zu den wichtigsten Verbündeten Deutschlands.

Drei Faktoren bestimmten seit dem 30. August 1940 die innere Entwicklung: das Bemühen um Schadensbegrenzung, die aus der Stresssituation erklärliche Fehlperzeption der Bedeutung der faschistischen Kräfte im Innern, das deutsche Interesse an rumänischer Hilfeleistung.

Das Königsregime konnte sich nach der aussenpolitischen Niederlage nicht halten. An seine Stelle trat die Militärdiktatur General Antonescus. Das Regime basierte auf der Duldung durch die bürgerlichen Kräfte und auf dem deutschen Interesse an Ruhe und Ordnung im Südosten. Gleichzeitig repräsentierte es den Kompromiss mit den faschistischen Kräften. Deren Machtanspruch wagte sich im September niemand zu widersetzen. Das alte System hatte versagt, und die Eiserne Garde schien die Unterstützung Deutschlands zu finden.¹¹ Anstelle weniger Tausend reklamierte die Garde bald 300'000 Mitglieder. Diese wollten nur eins: die ganze Macht. Als im Januar der Konflikt offen ausbrach, entschied Hitler selbst zugunsten Antonescus. Für den im Frühjahr geplanten Krieg gegen die UdSSR ging es weniger um revolutionäre Veränderungen im Innern und dauerhafte Anbindung an Deutschland als um eine möglichst effektive rumänische Beteiligung am Angriff auf die Sowjetunion.

In wenigen Stunden schlug Antonescu die Revolte der Garde mit Hilfe der Armee nieder und entledigte sich so seiner faschistischen Widersacher weit gründlicher, als es in deutschem Interesse lag. Berlin griff in der Folgezeit im Wesentlichen durch die Gleichschaltung der Organisationen der deutschen Minderheit in die inneren Verhältnisse ein, teils auch durch die zeitweise starke Truppenpräsenz. Gleich wohl besass Antonescu erhebliche Freiräume.

Hitler musste Antonescu nicht zur Kriegsteilnahme gegen die UdSSR zwingen.

Die Brutalität, welche die Sowjetregierung bei ihrem Ultimatum bezüglich Bessarabien an den Tag gelegt hatte, trieb das Land in das Lager der erbitterten Gegner des Sowjetstaates. Bei seinen Besuchen in Berlin liess Antonescu zweifelsfrei erkennen, dass er auf einen baldigen deutschen Schlag gegen die UdSSR hoffte. An der Seite der deutschen Truppen wollte er dann Bessarabien zurückerobern. Seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit ging indes weit darüber hinaus. Im Wettstreit mit Ungarn wollte er durch grössere Loyalität gegenüber Berlin eine Revision des Wiener Schiedsspruchs erreichen.

Im Unterschied zu den finnischen Truppen, die nach der Rückerobering Kareliens auf der erreichten Linie verharren, drang die rumänische Armee tief in sowjetisches Gebiet vor. Rumänische Behörden übernahmen die Verwaltung eines grösseren Landstrichs östlich Bessarabiens und gaben ihm den Namen Transnistrien. Die bürgerlichen Kräfte billigten die Rückerobering Bessarabiens, einen rumänischen Imperialismus wollten sie aber nicht unterstützen. Seit dem Herbst spaltete sich die politische Landschaft, wobei es zu Antonescu und seiner politischen Linie dennoch keine Alternative gab.

Dem sowjetischen und deutschen Druck hatte Bukarest im Sommer 1940 nachgegeben, um einen aussichtslosen Krieg auf eigenem Territorium zu verhindern. Antonescus Politik der Kollaboration schützte erfolgreich vor deutscher Besatzung und garantierte die weitgehende Verfügungsgewalt über die Wirtschaft. Wenn die Zahlen nicht gänzlich täuschen, hat Deutschland mehr Produkte nach Rumänien geliefert, als es herausholte.

Das dunkelste Kapitel rumänischer Geschichte während des Zweiten Weltkrieges umfasst die Politik gegenüber den Juden. Auch hier gilt, dass erst die Destabilisierung von aussen die Exzesse ermöglichte. Dennoch darf dies nicht als Entlastung für rumänische Mitschuld gelten. Die Judengesetze seit dem August 1940 folgten deutschem Sprachgebrauch, aber ihr Programm der wirtschaftlichen Enteignung entsprach dem latenten rumänischen Antisemitismus ebenso wie die Pogrome vom Januar und Juni 1941. Am schlimmsten traf es die Juden der Bukowina und Bessarabiens. Eine klare ethnische Grenzlinie sollte in Zukunft eine nochmalige Abtrennung verhindern. Kühles machtpolitisches Kalkül vermischte sich mit dem Zynismus der ausführenden Schergen. Von den mitten im Winter ohne ausreichende Kleidung und Nahrung nach Transnistrien abgeschobenen Juden überlebte nur jeder zweite. Andererseits verwehrte Antonescu 1942 der SS den Zugriff auf die stärker assimilierten Juden der rumänischen Kernlande und schützte sie vor dem sicheren Tod.

V.

Einige Hinweise müssen genügen, um die weitere Entwicklung anzudeuten:

(1) Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wechselte die UdSSR die Fronten, nicht die Ziele. Molotow beharrte Ende 1941 gegenüber dem britischen Aussenminister Eden auf der Abtrennung Bessarabiens und forderte gleichzeitig sowjetische Stützpunkte in Rumänien selbst.

(2) Der sowjetische Anspruch auf Bessarabien und das kompromisslose Festhalten am Konzept der Abgrenzung von Einflussphären verhinderten einen früheren Frontwechsel Rumäniens, obgleich die bürgerlichen Politiker hierzu bereits 1941, Antonescu seit 1943 bereit gewesen wären.

(3) Bei den Verhandlungen um einen Waffenstillstand mit Rumänien erzwang die UdSSR gegenüber den Westalliierten die alleinige Führungsrolle. Der Verzicht auf die Balkanfront und die Forderung bedingungsloser Kapitulation gegenüber allen drei Alliierten erleichterten die sowjetische Politik. Die britische Bereitschaft, Rumänien als zur sowjetischen Einflussphäre gehörig anzuerkennen, entsprach den realen Machtverhältnissen und sollte unnötige Reibungsverluste dort verhindern, wo grössere Chancen zur Eindämmung kommunistischer Kräfte bestanden (Griechenland). Rumänien, das Bessarabien und die Bukowina an die UdSSR verlor, Nordsiebenbürgen jedoch zurückgewinnen konnte^ rechnete künftig zur sowjetischen Sicherheitszone. Dies verlangte eine Politik der Freundschaft und des Bündnisses mit der UdSSR, die langfristig allein die Kommunistische Partei garantieren konnte.

(4) Die rumänische Kommunistische Partei hatte bis 1944 praktisch keine Rolle gespielt. Vielleicht ist es nicht gänzlich unzulässig, die Situation mit der Machtübernahme der Eisernen Garde 1940 zu vergleichen. In beiden Fällen forderte eine extreme Partei, die bislang nur im Untergrund gearbeitet hatte, die Regierungsführung mit der Begründung, dass sie allein die Unterstützung der neuen totalitären Metropole finde. In beiden Fällen vervielfachten sich in kurzer Zeit die Mitgliederzahlen, was eine Stärkung des extrem machtbewussten Flügels bedeutete. In beiden Fällen setzten Berlin und Moskau zunächst auf einen Kompromiss mit kooperationswilligen bürgerlichen Kräften, der in Gestalt der Regierung Groza (1945/46) allerdings Übergangscharakter hatte.

VI.

Welche langfristigen Folgen sind zu beobachten? Die Schwäche der rumänischen Kommunistischen Partei resultierte aus einer doppelten Fremdheit gegenüber den rumänischen Gegebenheiten. Die vorwiegend durch selbständige kleinbäuerliche Betriebe geprägte Sozialstruktur erschwerte die Agitation. Dazu kam ein permanentes Misstrauen gegenüber dem sowjetischen Nachbarstaat. Die antirussischen und antislawischen Ressentiments erreichten nach dem Zugriff auf Bessarabien einen Höhepunkt, und sie waren im August 1944 gewiss nicht viel geringer als im Juni 1940. Nur durch Berufung auf den kommunistischen Internationalismus und durch enge Anlehnung an die KPdSU konnte die rumänische Kommunistische Partei die Macht an sich ziehen. Die Rückorientierung auf nationale Werte Mitte der sechziger Jahre beendete die Phase der Machtdurchsetzung. Gleichwohl blieb die Kommunistische Partei eine weitgehend von der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtete, isolierte Partei. Die Öffnung, wenn sie denn je geplant war, misslang, und heute scheint den Führenden nur noch der Rückgriff auf familiäre Bindungen ausreichende Sicherheit zu gewähren.¹²

Kommunistische Geschichtsschreibung meint parteiische Geschichtsschreibung. Demgemäß weisen Veränderungen in der Deutung der Vergangenheit auf Veränderungen der politischen Konstellation. In den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre orientierte sich die rumänische Kommunistische Partei ganz am Vorbild Moskaus, und entsprechend erkannte sie den sowjetischen Anspruch auf Bessarabien ohne Vorbehalte an. Als sie sich Mitte der sechziger Jahre emanzipierte und den Nationalismus als Integrationsinstrument entdeckte, attackierte die rumänische Historiographie die sowjetischen Erklärungsmuster mit feinen Nadelstichen. Sie berief sich auf Marx, der die russische Annexion Bessarabiens 1812 gegeißelt hatte, und auf Lenin, der 1917 alle unterdrückten Völker aufgerufen hatte, sich vom reaktionären Zarenreich loszusagen. Noch verbot sich eine direkte Erwähnung des Geheimen Zusatzprotokolls und seines Inhalts. Man verwies auf zeitgenössische amerikanische Zeitungsberichte, die von angeblichen ergänzenden Abmachungen berichtet hätten; Einzelheiten könne man den Akten zur deutschen auswärtigen Politik entnehmen. In den letzten Jahren deutet sich eine neue Etappe an. Die jüngste Darstellung erwähnt nicht allein, dass das Geheime Zusatzprotokoll die Interessengebiete zwischen der UdSSR und Deutschland schied und Bessarabien der Sowjetunion zuordnete, vielmehr zieht der Verfasser eine durchgehende Linie von 1939 bis 1947. In keiner Situation habe Rumänien Entscheidungsfreiheit beses-

sen. 1939/40 habe der Hitler-Stalin-Pakt und die folgende Abtrennung Bessarabiens sowie der Nordbukowina das Land in die Rolle eines deutschen Satellitenstaates gedrängt. Vier Jahre später sei Rumänien nur die Option zur Unterordnung unter die UdSSR verblieben. So scheint die Perestroika östlich der Grenze auch für Rumänien eine Neuinterpretation der Geschichte zu ermöglichen, und sei es nur in Abgrenzung zu den innenpolitischen Erneuerungsbestrebungen des kommunistischen Machtzentrums.¹³

Die Bilanz des Hitler-Stalin-Paktes weist auch in anderen Bereichen tief in die Gegenwart. Sie prägt das Schicksal der Menschen. Mehr als 300'000 Kriegstote zählte Rumänien. In den Lagern Transnistriens starben die Juden zu Tausenden. Die Bessarabien- und Bukowina-Deutschen, die der «Führer» in das eroberte polnische Siedlungsgebiet zur Stärkung der deutschen «Herrenrasse» geholt hatte, schlossen sich dem grossen Treck westwärts an und mussten nicht selten die Verbitterung der einheimischen Bevölkerung erfahren. In Rumänien machte die politische Führung die Deutschen für die Teilnahme am «antiso-wjetischen Krieg» verantwortlich. Sie wurden enteignet, entrechtet, zur Arbeitsleistung in die Sowjetunion deportiert. Die rumänische Variante der Vertreibung zerschlug die dörflichen Gemeinschaften, löste jahrhundertealte ethnisch-kulturelle Bande. Kriegsgefangene, die z.T. in der deutschen Armee hatten dienen müssen, durften – wie viele der Deportierten – nicht nach Rumänien zurückkehren. Die Aussiedlerwelle aus Rumänien, die Familienzusammenführung der letzten Jahre findet hier ihren Ursprung.¹⁴

Epilog

Heino Arumäe

Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt¹

Vorbemerkung des Herausgebers

Heino Arumäe, Sektionsleiter am Institut für Geschichte der Estnischen Akademie der Wissenschaften, Tallinn, stellt den ersten Absätzen seines als Interview gestalteten Beitrags die These voran, «dass die Aussenpolitik eines jeden Staates organisch mit der Innenpolitik verbunden ist. Deshalb wäre es naiv anzunehmen, dass Stalin sich gegenüber auswärtigen Staaten korrekter verhalten hätte als gegenüber seinem eigenen Volk.» Arumäe geht dann näher auf die Verhandlungen ein, die zum Abschluss des Nichtangriffspaktes und des Geheimen Zusatzprotokolls führten. Er betont zwar, dass das Protokoll in den sowjetischen Archiven nicht aufgefunden wurde, fügt aber eine vollständige Übersetzung der im Westen veröffentlichten deutschen Fassung an. Damit ist der volle Wortlaut des Geheimen Zusatzprotokolls nach neunundvierzig Jahren zum ersten Mal in der UdSSR veröffentlicht worden. Dabei erinnert Arumäe daran, dass man auch in Estland von Anfang an ein geheimes Zusatzprotokoll mit territorialen Vereinbarungen vermutet habe, das dann anlässlich des Nürnberger Prozesses erstmals vorgelegt worden sei. Dennoch werde der im Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn vorhandene Text² «nicht von allen als echt anerkannt». Diese Bemerkung zielt offenbar auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der UdSSR: Trotz der offiziellen Lesart, dass das Original des Geheimen Zusatzprotokolls nicht zu finden und sein Inhalt deshalb indiskutabel sei³, kommen sowjetische Fachhistoriker mehr und mehr zu dem Schluss, «dass selbst wenn das im Westen publizierte Geheimprotokoll gefälscht ist, es den tatsächlichen Inhalt des Abkommens jedoch exakt widerspiegelt».⁴ Arumäe geht in seiner kritischen Interpretation des Nichtangriffspakts und des Geheimprotokolls schonungslos mit den traditionellen, noch auf die Stalinzeit zurückgehenden Deutungsmustern der etablierten sowjetischen Geschichtswissenschaft ins Gericht.

Wie ist der Vertrag heute zu beurteilen?

Die Frage ist kompliziert und ruft zweifellos Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen hervor. Man kann den Nichtangriffspakt nicht losgelöst vom Geheimen Zusatzprotokoll würdigen; das letztere wird aber in der Sowjetunion bisher nur indirekt erwähnt.

Bei der Beurteilung des Paktes kommt niemand an der Frage vorbei: War der Abschluss erzwungen oder nicht, d.h. schloss die Sowjetregierung den Pakt mit

Hitler, weil es objektiv unvermeidlich war, oder handelte es sich um eine freie Entscheidung? Bis vor Kurzem herrschte bei uns Einmütigkeit darüber, dass der Pakt unvermeidlich war. Zum Beweis führte man zwei gewichtige Argumente an:

- Hätte sie den Pakt nicht abgeschlossen, wäre die UdSSR schon im Jahre 1939 Opfer einer Aggression Hitlers geworden.
- 1939 gerieten die Verhandlungen der UdSSR mit Grossbritannien und Frankreich in eine Sackgasse, dem Sowjetland drohte eine gemeinsame Front der imperialistischen Staaten.

**Diese Argumente bedürfen offenbar genauerer Erläuterung.
Wie verhält es sich vor allem mit der Behauptung, im Herbst 1939 sei ein
Angriff Deutschlands auf die UdSSR möglich gewesen?**

Hier gibt es ernsthafte Einwände. Eine Analyse der militärischen Stärke des damaligen Deutschland, seiner Rüstung, seines Kriegspotentials, der Kriegspläne und weiterer derartiger Faktoren führt zu dem unabweislichen Schluss: 1939 war Deutschland stark genug für einen Angriff auf Polen, aber zu einem Krieg mit der Sowjetunion war es nicht bereit. Man muss bedenken, dass der deutsche Kommandostab zu jener Zeit über 75 bis 80 Infanteriedivisionen, ungefähr 4'000 Panzer und 3'950 Flugzeuge verfügte. Demgegenüber gab der Chef des sowjetischen Generalstabes, B. Schaposchnikow, in den Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen am 15. August die Information, dass die UdSSR bereit sei, gegen einen Angreifer in Europa 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen, 5'000 schwere Geschütze, 9'000-10'000 Panzer und 5'000-5'500 Jagd- und Bomberflugzeuge aufzubieten.

Im folgenden weist A. im einzelnen darauf hin, dass es 1939 keine deutschen Pläne und Vorbereitungen zum Angriff auf die UdSSR gegeben habe.

Solange der unabhängige polnische Staat existierte, verfügte Deutschland über kein geeignetes Aufmarschgebiet für einen Angriff auf die Sowjetunion. Nein, die Möglichkeit, dass Hitler die UdSSR im Herbst 1939 hätte angreifen können, ist nicht realistisch.

Man muss auch berücksichtigen, dass Hitler den Krieg nicht begonnen hätte, solange die sowjetisch-englisch-französischen Verhandlungen andauerten und der Abschluss eines Beistandspaktes zwischen diesen Staaten auf der Tagesordnung stand.

In diesem Zusammenhang muss man kurz auf die Verhandlungen der UdSSR, Grossbritanniens und Frankreichs im Herbst 1939 eingehen

Bis heute werden diese Verhandlungen in unserer Presse, auch in den Fachorganen, völlig einseitig dargestellt. Das Scheitern der Verhandlungen wird immerfort nur den westlichen Staatsmännern zur Last gelegt, die diese Verhandlungen nicht ernst genommen hätten, die vielmehr hinter den Kulissen versucht hätten, sich mit Hitlerdeutschland zu verständigen, um dessen Aggressionsabsichten gegen die UdSSR zu lenken.

Erst in aller jüngster Zeit haben einige sowjetische Autoren begonnen, in der Presse über solche Fragen nachzudenken wie: Hatten die westlichen Politiker handgreifliche Gründe, sich gegenüber der Sowjetunion vorsichtig zu verhalten und Stalin nicht zu vertrauen⁵, war Moskau im Verlauf der Verhandlungen wenigstens zu irgendeinem Kompromiss bereit, und wie begründet waren jene Argumente, die die sowjetische Seite beim Abbruch der Gespräche ins Feld führte?

Gewiss hatte die Sowjetregierung Gründe, Staatsmännern vom Typ des englischen Premierministers Chamberlain und des Aussenministers Halifax zu misstrauen. Bestimmte Kreise im Westen waren tatsächlich daran interessiert, Deutschland als Gegengewicht gegen die wachsende Macht der Sowjetunion zu stärken. Es ist aber auch nicht zu bestreiten, dass die Zugeständnisse Londons und Paris' an Hitler (wie das Münchner Abkommen auf Kosten der Tschechoslowakei) den drohenden Kriegsausbruch nicht abwenden konnten, sondern ihn nur beschleunigten.

Aber zugleich kann man auf keinen Fall behaupten, dass London und Paris im Jahre 1939 den Krieg provozierten, indem sie Deutschland zunächst gegen Polen und dann gegen die Sowjetunion lenken wollten. Schon aufgrund der Garantien, die Grossbritannien und Frankreich Polen und einigen anderen Ländern gegeben hatten, war klar, dass sie in den Krieg hineingezogen würden. Die westlichen Politiker waren damals bestrebt, den Krieg zu vermeiden, und mit diesem Ziel verhandelten sie auch mit der Sowjetunion.

In dieser kritischen Vorkriegsphase hielten London und Paris an Traditionen der westlichen Diplomatie fest, die der Situation nicht angemessen waren. Sie führten die Verhandlungen ohne die nötige Entschiedenheit, zögernd, in der Erwartung, dass man die Verschärfung des Konflikts trotz allem vermeiden könnte. Nichtdestoweniger bahnte sich im Verlauf der dreiseitigen Verhandlungen ein Erfolg an. Der Text eines Beistandsvertrags wurde erarbeitet, und die Verhandlungspartner erzielten auch Übereinstimmung darüber, dass ein Vertrag über konkrete militärische Verpflichtungen unterzeichnet werden müs-

se. Um die Gefahr eines Angriffs auf die kleinen Staaten Europas zu bannen, einigten sich die drei Grossmächte im Prinzip auf eine Liste von Ländern, auf die die Garantien ausgedehnt werden sollten. Im Verlauf der Verhandlungen wurde auch ein deutlicher Erfolg bezüglich der Garantien für die Baltischen Staaten und Finnland erzielt, denen grosse Bedeutung beigemessen wurde. Grossbritannien und Frankreich gaben ihre früheren Ansichten auf und stimmten der Garantie für diese Staaten im Falle einer direkten oder indirekten Aggression zu. Offen blieb die Frage der Definition einer indirekten Aggression, weil die britische Regierung versuchte, dabei auch die Positionen der Baltischen Staaten in Betracht zu ziehen. Da London den Standpunkt der Sowjetregierung in der Frage der indirekten Aggression nicht akzeptierte, wurde dies als Vorwand für die Behauptung benutzt, die westlichen Politiker hätten dem Aggressor den baltischen Korridor für einen Angriff auf die Sowjetunion überlassen wollen. Aber dieser Korridor war viel zu eng, als dass es möglich gewesen wäre, über ihn ernsthaft die UdSSR zu bedrohen.

Man kann sagen, dass das einzige ungelöste Problem in den dreiseitigen Verhandlungen, das Aufmerksamkeit verdient, die Frage war, wie die Rote Armee gegen Deutschland vorgehen sollte, wenn Polen und Rumänien sich weigerten, sowjetische Truppen durchzulassen. Zur Lösung dieser prinzipiell wichtigen und komplizierten Frage reichte die Zeit nicht mehr – die Gespräche wurden abgebrochen. Vielleicht wäre es auch nicht geglückt, eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu finden. Jedenfalls aber war in den dreiseitigen Verhandlungen im Frühjahr und Sommer 1939 ein beachtlicher Weg zur Annäherung der Positionen zurückgelegt worden; von den zunächst umstrittenen Fragen waren weit mehr gelöst worden, als ungelöst blieben. Dabei hatte in der Hauptsache die englisch-französische Seite Zugeständnisse gemacht. Man kann ohne Weiteres behaupten, dass solange die Verhandlungen andauerten und die reale Chance zum Abschluss eines sowjetisch-englisch-französischen Beistandsvertrags bestand, Hitler es nicht riskiert hätte, den Krieg zu entfesseln.

Wie verhält es sich mit der Auffassung, dass 1939 die Entstehung einer gemeinsamen Front der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion drohte?

Behauptungen, dass eine solche Gefahr bestanden habe, sind genügend weit verbreitet. Sie werden zur Rechtfertigung für den Abschluss des Paktes angeführt.⁶ Die Anhänger dieser Position sehen die Widersprüche jener Zeit zu ein-

seitig. Für sie besteht der Hauptantagonismus zwischen der Sowjetunion und dem imperialistischen Lager, sie unterschätzen dabei die Ausmasse des Antagonismus innerhalb dieses Lagers selbst. In Wirklichkeit war der Gegensatz zwischen England und Deutschland damals der Hauptwiderspruch.

Im Sommer 1939 gab es eine inoffizielle Sondierung der Positionen mit dem Ziel, den Antagonismus zwischen England und Deutschland auf Kosten anderer Länder und Regionen zu überwinden, aber man darf die Bedeutung dieser Schritte nicht überbewerten. Die Politik Grossbritanniens und anderer demokratischer Staaten des Westens hing doch nicht so stark von den subjektiven Ansichten einzelner Politiker, antisowjetischen Strömungen oder der Furcht vor dem Kommunismus ab, wie dies viele sowjetische Autoren behaupten. An erster Stelle standen die realen Interessen des Staates. Dass Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und noch einige Staaten gemeinsam gegen die UdSSR hätten vorgehen können, ist nicht mehr als eine theoretische Spekulation. Der Zweite Weltkrieg hat gezeigt, dass England die UdSSR unterstützte und keineswegs Deutschland. (In diesem Zusammenhang verdient übrigens der Aufsatz des Historikers W. Daschitschew in der «Literaturnaja Gazeta» vom 18.5. 1988 Aufmerksamkeit.)

**Demnach hatte Stalin 1939 also die Möglichkeit der Wahl.
Die Situation war also keineswegs auswegslos.
Warum fiel die Wahl dann aber auf Deutschland?**

Die Antwort ist einfach: Jede Regierung geht in ihrer Aussenpolitik von den realen Interessen des Staates aus, und unter den damaligen Bedingungen (man muss besonders unterstreichen – gerade unter den *damaligen* Bedingungen) erschien Moskau die Übereinkunft mit Berlin als günstiger. Bei Abschluss eines Bündnisses mit Grossbritannien und Frankreich hätte ein Beistandsvertrag unterzeichnet werden müssen, der die Sowjetunion in Gefahr brachte, früher oder später in den Krieg hineingezogen zu werden. Demgegenüber verpflichtete der Nichtangriffspakt zu nichts, ja mehr noch, er erlaubte, sich aus den Kriegshandlungen herauszuhalten oder wenigstens ihren Ausbruch hinauszuschieben. Natürlich rechnete man in Moskau damit, dass der Krieg zwischen den imperialistischen Mächten beide kriegführenden Seiten schwächen und dadurch die internationalen Positionen der Sowjetunion festigen sowie Voraussetzungen für die Erweiterung der Einflussphäre des Sozialismus schaffen würde. Überdies räumte das Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag der Sowjet-

union Vorrechte in bezug auf die Baltischen Staaten, einen Teil des polnischen Territoriums und Bessarabien ein.

Es ist klar, dass der Abschluss von Beistandsverträgen mit Estland, Lettland und Litauen sowie der Einmarsch von Teilen der Roten Armee in das Territorium der genannten Staaten ohne das vorhergehende Übereinkommen zwischen der UdSSR und Deutschland undenkbar gewesen wäre. Das gleiche gilt auch für den sowjetisch-rumänischen Vertrag vom 28. Juni 1940, aufgrund dessen Bessarabien zur UdSSR kam.

In bezug auf Polen ermöglichte das Zusatzprotokoll der Sowjetunion beispielsweise, sich 190'000 km² zu Polen gehörendes Territorium mit einer Bevölkerung von etwa 12 Millionen Menschen anzueignen. Die Mehrheit dieser Bevölkerung bestand aus westlichen Ukrainern und Weissrussen, aber es gab auch genügend Polen.

Auf der Basis des sowjetisch-deutschen Paktes hat die UdSSR ihre Grenze um fast 300 km nach Westen vorgeschoben. Das war ein bedeutender Erfolg.

Eine positive Seite des Paktes mit Deutschland bestand auch darin, dass er Verwirrung im Lager der Verbündeten Deutschlands hervorrief. In Japan zum Beispiel brach eine Regierungskrise aus, und die neue Führung des Landes änderte ihre Politik gegenüber der Sowjetunion einschneidend. Die seit Mai 1939 andauernden militärischen Aktionen der Japaner nahmen ein Ende, und Friedensverhandlungen begannen.

In Anbetracht dieser und vieler anderer Umstände konnte man den Nichtangriffspakt zusammen mit dem Zusatzprotokoll als nützlich werten, und zwar sowohl für Deutschland als auch für die Sowjetunion. Im Kontext der folgenden Ereignisse sind allerdings auch andere Schlüsse möglich. Aus der Sicht Moskaus erfüllten sich die mit dem Pakt verknüpften Hoffnungen ja doch nicht.

So dass es also auch negative Folgen des Molotow-Ribbentrop-Paktes gibt?

Zweifellos! Ohne Vollständigkeit der Analyse zu beanspruchen, beschränken wir uns nur auf die wichtigsten Momente. Da der Nichtangriffspakt unauflöslich mit seinem Zusatzprotokoll verbunden ist, verdienen beide Dokumente von Anfang an eine negative Beurteilung.

Die bei Weitem unheilvollste Konsequenz des Paktes bestand darin, dass er das in Europa entstandene Gleichgewicht der Grossmächte zugunsten Deutschlands zerstörte. Dies erlaubte es Hitler, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln.

Die Erfahrung der Geschichte beweist, dass ein Gleichgewicht der Kräfte in ei-

ner bestimmten Region (unter den heutigen Bedingungen selbstverständlich in der ganzen Welt) der effektivste Faktor der internationalen Stabilität, der Sicherheit und der Erhaltung des Friedens ist. In Europa hatte sich am Ende des 19. Jahrhunderts ein klassisches Gleichgewicht der Kräfte herausgebildet: auf der einen Seite Deutschland und seine Bundesgenossen, auf der anderen England, Frankreich und Russland (später die Sowjetunion). Bekanntlich sind die Versuche Deutschlands, das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben, sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg fehlgeschlagen. Zwischen den Weltkriegen, als Deutschland Kräfte sammelte, war die Zusammenarbeit der drei Mächte im Prinzip die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens. In den dreissiger Jahren hat man das in Moskau ebenso wie in Paris und London sehr wohl begriffen. Es ist an der Zeit zuzugeben, dass das System der kollektiven Sicherheit, gegründet auf die Zusammenarbeit der Sowjetunion, Frankreichs und Englands, nicht nur durch die Schuld Londons und Paris' nicht zustande kam, sondern auch durch die Schuld der Politik des Stalin-Regimes, seiner Innen- wie der Aussenpolitik.

Abgesehen davon löste der Molotow-Ribbentrop-Pakt grosse Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung und in demokratischen Kreisen aus. Denn die Kommunisten aller Länder mussten nach dem Beispiel Moskaus und der Komintern diesen Pakt zum Instrument der Festigung des Friedens erheben.

Dass es die Sowjetunion für möglich hielt, mit Deutschland einen Freundschaftsvertrag zu schliessen, und dass sich zwischen Moskau und Berlin faktisch Beziehungen wie zwischen Verbündeten herausbildeten, komplizierte die Lage der Kommunisten und progressiven Kräfte in vielen Ländern noch mehr. Wie bekannt, wurde im Grenz- und Freundschaftsvertrag, den Molotow und Ribbentrop am 28. September 1939 unterzeichneten, offen von der Teilung Polens gesprochen und die sowjetisch-deutsche Grenze festgelegt. Am gleichen Tag setzten Molotow und Ribbentrop ihre Unterschriften noch unter zwei Geheimprotokolle und eine gemeinsame sowjetisch-deutsche Erklärung.⁷

[Es folgen Hinweise auf den Inhalt der Dokumente.]

Vom Herbst 1939 bis Juni 1941 versorgte die Sowjetunion Deutschland in grossem Massstab mit strategisch wichtigen Rohstoffen. Gleichzeitig verhielten sich die sowjetischen Massenmedien gegenüber Deutschland bei Weitem freundschaftlicher als gegenüber England und Frankreich. Scharfe Ausfälle an die Adresse Londons und Paris' waren eine alltägliche Erscheinung, und ausgerechnet England und Frankreich wurden als die Hauptschuldigen am Krieg hingestellt.

Gewöhnlich wird behauptet, dass Moskau durch den Abschluss des Paktes das Allerwichtigste gewonnen habe – Zeit. Für wen arbeitete die Zeit damals tatsächlich?

Auch diese Frage wurde bisher einseitig behandelt. Die Tatsache, dass die Sowjetunion die Periode bis zum Überfall Deutschlands und seiner Bundesgenossen im Jahre 1941 zur intensiven militärischen Vorbereitung und zur Modernisierung der Bewaffnung genutzt hat, ist zweifellos sehr wichtig. Gerade in dieser Zeit ging der Panzer T 34 in die Produktion, wurden neue Flugzeugtypen eingeführt, eine Panzerabwehrkanone entwickelt usw.

Aber man soll nicht vergessen, was Deutschland in dieser Zeit tat. Wenn Deutschland im Herbst 1939 über 80 Divisionen verfügte, dann konnte es im Frühjahr 1940 an der Westfront bereits 120 Divisionen ins Feld schicken, während in Osteuropa insgesamt nur zehn schwache Divisionen standen. Am 1. Juni 1941 besass Deutschland schon 214 Divisionen, darunter 21 Panzer- und 14 motorisierte Divisionen. Bedeutende qualitative Fortschritte waren auch in der Bewaffnung der deutschen Armee zu verzeichnen. 1939 verfügte ein Drittel der Panzer nur über Maschinengewehre, und die Flugzeuge aus der Zeit des Polenfeldzugs hielten keinen Vergleich mit der «Luftwaffe» aus, die ein Jahr später die Luftherrschaft über Frankreich ausübte.

Aber nicht nur Qualität und Quantität der Streitkräfte sind zu berücksichtigen, man muss auch noch mit anderen Faktoren rechnen. Die militärischen und politischen Ereignisse in Europa entwickelten sich rasch zugunsten Deutschlands. Die Vermutungen der sowjetischen Führer, dass der Krieg Deutschlands mit Frankreich und England von langer Dauer sein und dies Deutschland schwächen würde, erwiesen sich als unbegründet. Deutschland wurde nicht geschwächt, im Gegenteil, es wurde immer stärker. Hitler erlangte Kontrolle über den grössten Teil Westeuropas, dessen Industrie und Ressourcen.

Deutschland nutzte die Zeit, um Finnland, Ungarn und Rumänien in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzuziehen. Die Kräfte des Aggressors vermehrten sich nochmals um mehr als 25 Divisionen. Dank der Bundesgenossen Deutschlands erstreckte sich dessen Ostfront vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer, was der deutschen Kriegführung neue umfassende Möglichkeiten bot.

Schon dies lässt die Behauptung zweifelhaft erscheinen, die Zeit habe für die Sowjetunion gearbeitet.

Wie wird der im Protokoll verwendete Begriff «Einflussphäre» gedeutet, der sich auf die Baltischen Staaten und Polen bezieht?

Der Begriff kann natürlich verschieden gedeutet werden, aber in diesem Fall hat der weitere Gang der Ereignisse selbst eine ganz eindeutige Antwort auf die gestellte Frage gegeben.

Man muss zugeben, dass die Angebote, die Hitler Stalin in bezug auf die Baltischen Staaten und Polen unterbreitete, ein gut berechneter Schachzug waren. In Moskau gab es nämlich einflussreiche Persönlichkeiten, Kreise und Organisationen, die in den Jahren von 1920 bis 1940 die Existenz selbständiger baltischer Staaten für eine vorübergehende Erscheinung und ihre Eingliederung in die UdSSR für den natürlichen Gang der Dinge hielten. Dabei handelte es sich nicht nur um Trockij und diejenigen, die mit seiner Idee der Weltrevolution oder der Kominternaktivität übereinstimmten. Man muss auch die Prinzipien und die Vorgehensweise bei Stalin selbst ins Auge fassen. Nach Einschätzung des Doktors der Geschichtswissenschaft W. Daschitschew lagen der Stalinischen Aussenpolitik ultralinke, blanquistische und trotzkistische Ideen zugrunde. Deshalb kam auch in Stalins Aussenpolitik dem Aufbau des Sozialismus Stalinschen Typs überall dort, wo dies möglich war, ein so hoher Stellenwert zu (vgl. «Literaturnaja Gazeta», 18. Mai 1988). Dieser Politik lag die Tendenz zugrunde, sich auf die örtlichen revolutionären Kräfte zu stützen.

Was nun Estland konkret betrifft, so betonte W. I. Lenin schon im Jahre 1919, dass die Arbeiter die damalige bürgerliche Regierung stürzen und Sowjetestland errichten sollten, das mit Sowjetrussland einen neuen Friedensvertrag schliessen sollte. Von diesen Prinzipien gingen auch die estnischen Kommunisten aus. Ihr Ziel war die Übernahme der Macht durch das arbeitende Volk und die Vereinigung Estlands mit der UdSSR. Dieser Standpunkt war sowohl im ersten als auch im zweiten Programm der Kommunistischen Partei Estlands eindeutig festgeschrieben, die aus den Jahren 1920 bzw. 1929 stammen. Der Aufstand vom 1. Dezember 1924 war ein direkter Versuch, dieses Ziel zu erreichen.

Es ist verständlich, dass man in Moskau nicht nur wegen der Erweiterung der Einflussphäre des Sozialismus, sondern auch aus ganz konkreten ökonomischen, militärstrategischen und sogar historischen Gründen an der Vereinigung der Baltischen Staaten mit der UdSSR interessiert war. Dass die UdSSR einen Zugang zur Ostsee durch die Baltischen Staaten anstrebte, haben sowjetische Staatsführer, in erster Linie Molotow, mehr als einmal unterstrichen. Übrigens war es gerade Molotow, der den Vertretern der baltischen Länder im Herbst 1939 erklärte, dass die Sowjetunion «dank» dieser Staaten an die Pfütze des

Finnischen Meerbusens gedrückt erscheine, aber dass das so nicht mehr lange weitergehen könne.

Was die militärstrategischen Faktoren angeht, so hielt das Oberkommando der Roten Armee im Jahre 1918 die baltische Küste für die natürliche Grenze Sowjetrusslands. Im Jahre 1930 nahm die strategische Bedeutung der Territorien Estlands und der anderen Baltischen Staaten im Zusammenhang mit der wachsenden Gefahr eines Angriffs noch zu.

Ohne die Berücksichtigung aller dieser Faktoren ist es unmöglich, den Gang der Ereignisse im Baltikum in den Jahren 1939 bis 1940 zu verstehen.

[Im Folgenden beantwortet A. anhand der Dokumente⁸ die Frage, warum Litauen aus der deutschen in die sowjetische Einflussphäre geriet.]

Wie ist es zu erklären, dass in dem Zusatzprotokoll selbst die Existenz Polens als Staat in Zweifel gezogen wurde?

In der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen gibt es einige ungeklärte Fragen, darunter auch die Ereignisse des Jahres 1939. Derartige «weisse Flecken» wecken bei den Polen bis zum heutigen Tage negative Emotionen, die sich auf das Verhältnis zur UdSSR auswirken. Daher wurden diese Fragen bei den Treffen zwischen M.S. Gorbatschow und W. Jaruzelski behandelt. 1987 wurde eine besondere Expertengruppe zum Studium der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen geschaffen. Deshalb kann man in nächster Zukunft mit erschöpfender und kompetenter Information rechnen. Bis dahin könnte man sich auf den Hinweis beschränken, dass diese Beziehungen in der Zwischenkriegszeit ziemlich kompliziert waren. Die Schuld ist offenbar auf beiden Seiten zu suchen.

Einerseits ist es augenfällig, dass die polnische Regierung eine kurzsichtige und ehrgeizige Aussenpolitik verfolgte, deren Spitze gegen die Sowjetunion gerichtet war. Andererseits muss man aber auch die schwierige geostrategische Lage Polens zwischen zwei Grossmächten sowie die Tatsache berücksichtigen, dass das Verhältnis Moskaus zum Polen Pilsudskis zeitweise zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht von Misstrauen und sogar Feindseligkeit geprägt war. Molotow nannte beispielsweise den polnischen Vorkriegsstaat eine Versailler Fehlgeburt.

Da man sich in Berlin gegenüber Polen ganz genau so verhielt, nahmen die Dinge ihren Lauf.

Welche Schlussfolgerungen kann man aus diesen Ausführungen ziehen?

Der wohl gewichtigste Schluss führt zu dem Gedanken, dass alle die Staaten, von denen die Entwicklung des internationalen Geschehens am Vorabend des Zweiten Weltkrieges abhing, in ihrer Politik falsche Kalkulationen und Fehler begingen. Sowjetische Autoren haben bis zum heutigen Tag zu beweisen versucht, dass sich nur die Regierungen der imperialistischen Staaten irrten, da man in der UdSSR immer alles beinahe fehlerfrei vorhergesehen und entsprechend gehandelt habe. In Wirklichkeit aber werden einfache Sterbliche göttlicher Vorhersicht nicht für würdig befunden. Kein einziger grosser Staat ist gegen Irrtümer gefeit, und auch Moskau ist ihnen nicht entgangen.

Was das Zusatzprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt betrifft, kann man hier Probleme der politischen Moral unmöglich umgehen.⁹

Die Aussenpolitik der mächtigen Staaten operiert häufig mit zweifelhaften Wertvorstellungen. Aber einen Vertrag wie den zwischen Hitler und Stalin können nur Diktatoren zustande bringen, die weder auf Parlament, Volk oder öffentliche Meinung noch auf ethische Normen Rücksicht nehmen müssen. Stalin und seine Gesinnungsgenossen wurden keineswegs nur von der Sorge um die Sicherheit ihres Staates, sondern auch von Grossmachtambitionen geleitet.

Zum Schluss muss man darauf hinweisen, dass der Molotow-Ribbentrop-Pakt wie auch andere aussenpolitische Ereignisse des Jahres 1939 und die mit ihnen verbundenen Umstände noch bei Weitem nicht hinreichend geklärt sind und weiterer Erforschung bedürfen. Deshalb ist eine Vielfalt von Meinungen und Ansichten zu der hier behandelten Frage nur natürlich.

Dokumente*

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Deutsche Reichsregierung und
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

geleitet von dem Wunsche die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I.

Die beiden Vertragschliessenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegen einander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II.

Falls einer der Vertragschliessenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragschliessende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III.

Die Regierungen der beiden Vertragschliessenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

* Die Dokumente 1-8 werden hier nach den verfilmten «Akten des Büros des Reichsaussenministers», die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufbewahrt werden, zitiert bzw. in Faksimile abgedruckt. Die Fundnummern lauten: F[ilm] 11/0048-50; F19/182-183; F19/ 184-185; F 2/0032-31; F 2/0319; F 2/0326-25; F 2/0329; F 2/0330. Bis auf die russische Fassung des Geheimprotokolls vom 23.8.1939 sind alle Dokumente gedruckt in: AD AP, D, Bd. VII, Nr. 228, 229; Bd. VIII, Nr. 150-160. – Zur Überlieferungsgeschichte der Texte: H. König, Das deutsch-sowjetische Vertragswerk von 1939 und seine geheimen Zusatzprotokolle, in: Osteuropa 39 (1989), H. 5.

Artikel IV.

Keiner der beiden Vertragschliessenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V.

Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den Vertragschliessenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschliesslich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungs-austausches oder nötigenfalls durch Einsetzung von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel VI.

Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen mit der Massgabe, dass, soweit nicht einer der Vertragschliessenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII.

Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Moskau am 23. August 1939.

Für die
Deutsche Reichsregierung:

v. Ribbentrop

UdSSR:

In Vollmacht
der Regierung der

W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll.

Aus Anlass der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungeführt durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen

Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden ^{beide} bei Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3) Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

4) Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939.

Für die
Deutsche Reichsregierung:

Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung
UdSSR:

N. Molotow

СЕКРЕТНЫЙ ДОПОЛНИТЕЛЬНЫЙ ПРОТОКОЛ

При подписании договора о ненападении между Германией и Союзом Советских Социалистических Республик нижеподписавшиеся уполномоченные обеих сторон обсудили в строго конфиденциальном порядке вопрос о разграничении сфер обоюдных интересов в Восточной Европе. Это обсуждение привело к следующему результату:

1. В случае территориально-политического переустройства областей, входящих в состав Прибалтийских государств (Финляндия, Эстония, Латвия, Литва), северная граница Литвы одновременно является границей сфер интересов Германии и СССР. При этом интересы Литвы по отношению Виленской области признаются обеими сторонами.

2. В случае территориально-политического переустройства областей, входящих в состав Польского Государства, граница сфер интересов Германии и СССР будет приблизительно проходить по линии рек Нарва, Вислы и Сана.

Вопрос, является ли в обоюдных интересах желательным сохранение независимого Польского Государства и каковы будут границы этого государства, может быть окончательно выяснен только в течение дальнейшего политического развития.

Во всяком случае, оба Правительства будут решать этот вопрос в порядке дружественного обоюдного согласия.

- 2 -

3. Касательно юго-востока Европы с советской стороны подчеркивается интерес СССР к Бессарабии. С германской стороны заявляется о ее полной политической незаинтересованности в этих областях.

4. Этот протокол будет сохраняться обеими сторонами в строгом секрете.

Москва, 23 августа 1939 года.

К. Урицкий
Правительство СССР
И. В. Сталин

За Правительство
Германии:

И. В. Сталин

Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag.

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschliesslich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesen Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II

Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Ripplert g. B.

Artikel III

- 2 -

Artikel III

Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

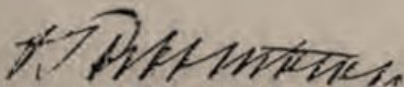
Artikel V

Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

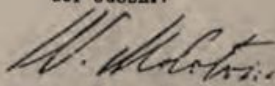
Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 26. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:



In Vollmacht der Regierung
der UdSSR.:



Zurück an Büro Reichsaußenminister

Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest :

Das am 23. August 1939 unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, dass das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vergl. die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrage). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Massnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, dass das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

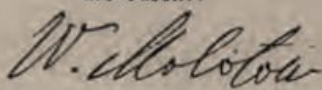
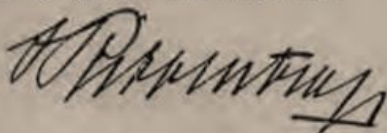
Ferner

Ferner wird festgestellt, dass die in Geltung befindlichen wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und Litauen durch die vorstehend erwähnten Massnahmen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werden sollen.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:

In Vollmacht der Regierung
der UdSSR.:



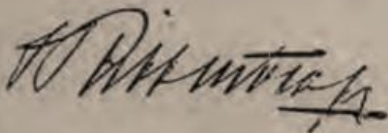
Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei Abschluss des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:

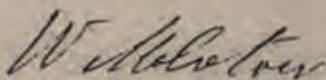
Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmässigen Massnahmen unterrichten.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:



In Vollmacht der Regierung
der UdSSR.:



Vertrauliches Protokoll

Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, dass diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und dass dabei die Verzögenrechte der Auswanderer gewahrt bleiben.

Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weissrussischer Abstammung.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:

In Vollmacht der Regierung der UdSSR

W. Röntgen

W. Kolotou

Rußland

Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der
Regierung der UdSSR. vom 28. September 1939.

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, dass es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, darauf richten, dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR. sich gegenseitig über die erforderlichen Massnahmen konsultieren werden.

Moskau, den 28. September 1939.

für die Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung

H. P. Winter

W. Molotow

Anmerkungen

Vorwort des Herausgebers

- 1 Czeslaw Milosz, Die Suche nach Wirklichkeit, in: Neue Zürcher Zeitung, 28./29. 12.1980.
- 2 Vgl. in diesem Band S. 58, S. 112 sowie S. 114-124.
- 3 M. Gorbatschow, Der Sozialismus ist zu einer Erneuerung fähig, in: Neue Zeit, 47,1988, S. 8.
- 4 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik. Serie D, Bd. VI-VIII [1939-1940], Baden-Baden 1956-1961. Im Folgenden abgekürzt mit AD AP.

E. Oberländer

Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen

- 1 J. Rothschild, East Central Europe Between the Two World Wars. Seattle 1974, ²1977.
- 2 Zitiert nach G. Stökl, Die kleinen Völker und die Geschichte, in: Historische Zeitschrift Bd. 212,1971, S. 19.
- 3 E. Wiskemann, Erlebtes Europa. Bern 1969, S. 72.
- 4 K.-H. Schlarp, Formen und Krisen der parlamentarischen Demokratie in Osteuropa zwischen den beiden Weltkriegen. Die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien im Vergleich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 16 (1985), S. 101-128. Zur Praxis der «Petka» und ihren langfristigen Folgen: H. Heumos, Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei, in: B. Bonwetsch (Hg.), Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, Berlin 1985, S. 121-135.
- 5 W. Conze, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte I (1953), S. 319-338.
- 6 H. Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1977.
- 7 Th. Schieder, Der liberale Staat und seine Krise, in: ders. (Hg.), Handbuch der Europäischen Geschichte. Bd. 7, Stuttgart 1979, S. 234.
- 8 D. Beyrau, Zwischen Autonomie und Abhängigkeit: Ostmitteleuropa 1919 – 1939, in: G. Schulz (Hg.), Die grosse Krise der dreissiger Jahre. Göttingen 1986, S. 179-199.
- 9 M. C. Kaser (Hg.), The Economic History of Eastern Europe 1919-1975. Bd. 1, Oxford 1985.
- 10 A. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Grossmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit 1918-1939. Wien 1988.

- 11 R. Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 179-213; M.-L. Recker, Grossbritannien, Deutschland und die südosteuropäischen Staaten 1919-1939, in: dies. (Hg.), Von der Konkurrenz zur Rivalität. Stuttgart 1986, S. 51-100; W. S. Grenzebach, Germany's Informal Empire in East-Central Europe. Stuttgart 1988.
- 12 E. Oberländer, Trade Union Ideas for a Peace and Security System in Europe, in: Problems of West-European Security 1918-1957, hg. vom Deutschen Historischen Institut London, erscheint 1989.
- 13 P. Wandycz, The Little Entente: Sixty Years Later, in: Slavonic and East European Review 59 (1981), S. 548-564; H. Sundhausen, Die Rolle der Kleinen Entente bei der Stabilisierung und Destabilisierung des Friedens im Donau-Balkan-Raum, in: M. Bernath u. K. Nehring (Hg.), Friedenssicherung in Südosteuropa. Neuwied 1985, S. 139-153.
- 14 E. Anderson, The Baltic Entente 1914-1940. Its Strength and Weakness, in: J. Hiden u. A. Loit (Hg.), The Baltic in International Relations between the Two World Wars, Stockholm 1988, S. 79-99.
- 15 R.L. Rothstein, Alliances and Small Powers. New York 1968, Kap. 7.
- 16 Zu beiden Verträgen vgl. R. Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Baden-Baden 1988.
- 17 A.T. Komjathy, The Crises of France's East Central European Diplomacy 1933-1938. New York 1976.

R. Ahmann

Der Hitler-Stalin-Pakt: Nichtangriffs- und Angriffsvertrag

- 1 H. Budzislawski, Die europäische Tragödie, in: Neue Weltbühne, Paris, 31.8. 1939, S. 1081 ff. Zit. nach J. W. Brügel (Hg.), Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa. Wien 1973, Dok. 88, S. 103-106.
- 2 Ebenda.
- 3 Dok. 2 im Anhang dieses Bandes, S. 127f.
- 4 V. Falin, Warum gerade 1939? Gedanken zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Neue Zeit, Nr. 38-41, 1987.
- 5 Vgl. H. Arumäe in diesem Band, S. 114-124.
- 6 J.W. Stalin, Werke, Bd. 7, Berlin 1952, S. 11 f.
- 7 Erklärung der sowjetrussischen Delegation auf der Moskauer Abrüstungskonferenz am 12.2.1922 zur Frage eines Nichtangriffspaktes mit Polen und den Baltischen Staaten, zit. nach R. Ahmann: Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung 1922-1939. Baden-Baden 1988, S. 67.
- 8 Ahmann, Nichtangriffspakte, S. 251-254.
- 9 Ebenda, S. 312f., 357f., 384.
- 10 R. Ahmann, Localisation of Conflicts or Indivisibility of Peace: The German and Soviet Approaches to Collective Security 1925-1939, in: Problems of West-European Security 1918-1957, hg. vom Deutschen Historischen Institut London, erscheint 1989.

- 11 Dokumenty vnesnej politiki SSSR, Bd.XIX, Moskau 1976, Nr. 104. Zu den französisch-sowjetischen Verhandlungen: J. Haslam, *The Soviet Union and the Struggle for Collective Security in Europe 1933-1939*. London 1984, S. 27-106.
- 12 «Britain, France and Germany», Memorandum von Sir Robert Vansittart vom 3.2.1936, in: O. Hauser, *England und das Dritte Reich*. Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 288-294, hier S.292L
- 13 Zit. nach J. W. Brügel, a.a.O., Dok. 9, S. 41-42.
- 14 Zit. nach A. J. Prazmowska, *The Eastern Front and the British Guarantee to Poland of March 1939*, in: *European History Quarterly*, 14 (1984), S. 183-209, hier S. 188.
- 15 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP)*, Serie D, Baden-Baden 1950-1970, Bd. IV, Nr. 215.
- 16 R. W. Weber, *Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939*. Frankfurt a.M. 1980, S. 128f.
- 17 ADAP, D, VI, Nr. 529.
- 18 ADAP, D, VI, Nr. 757.
- 19 Bundesarchiv Koblenz, R. 25/53, hier: S. 14.
- 20 ADAP, D, VI, Nr. 729 und 760.
- 21 Die erwähnten Angebote in ADAP, D, VII, Nr. 56, 70,75,105.
- 22 Ahmann, *Nichtangriffspakte*, S. 629-640.
- 23 Zur «heissen Phase» der deutsch-sowjetischen Verhandlungen seit dem 18. August siehe ADAP, D, VII, Nr. 113,132,142.
- 24 ADAP, D, VII, Nr. 192, S. 170. Dazu W. Birkenfeld, *Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939-1941)*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 53 (1966), S. 477-510.
- 25 Zit. nach J. W. Brügel, a.a.O., Dok. 282, S. 230f.

J. K. Hoensch

Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen

- 1 In den Anmerkungen werden nur westsprachliche Publikationen aufgeführt. – Neben der stellenweise bereits etwas veralteten Darstellung von H. Roos, *Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985*. Stuttgart 1961,⁴1986, bietet vor allem A. Polonsky, *Politics in Independent Poland, 1921-1939*. Oxford 1972, einen guten Überblick über die innenpolitischen Probleme der Zwischenkriegszeit. Siehe auch R.M. Watt, *Bitter Glory. Poland and its Fate 1918-1939*. New York 1979; N. Davies, *God's Playground. A History of Poland*. Bd. 2, Oxford 1981.
- 2 S. Horak, *Poland and Her National Minorities 1919-1939*. New York 1961.
- 3 Zur Aussenpolitik der Zwischenkriegszeit allg. R. Dębicki, *Foreign Policy of Poland, 1919-1939*. New York 1963.
- 4 H. Roos, *Polen und Europa*. Tübingen 1957; M. Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938*. Leiden 1971.
- 5 J. Karski, *The Great Powers and Poland 1919-1945*. New York 1985, S. 241 ff.

- 6 A.M. Cienciala, *Poland and the Western Powers 1938-1939*. Toronto 1968; S. Newman, *March 1939: the British Guarantee to Poland*. Oxford 1976; G. Niedhardt, Die britisch-französische Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939, in: *Francia* 2 (1974), S. 597-618.
- 7 Dazu überzeugende Beispiele bei G. Niedhardt, *Grossbritannien und die Sowjetunion 1934-1939*. München 1972.
- 8 ADAP, D, VI, Nr. 433.
- 9 R.W. Weber, *Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939*. Frankfurt 1980, S. 145f. Siehe dazu auch A. Read und D. Fisher, *The Deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939-1941*. London 1988.
- 10 Weber, S. 206. Zum Gesamtkomplex M. Wütherich, *Die Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion im Sommer 1939*. München 1967.
- 11 Karski, S. 350f.
- 12 J.E. McSherry, *Stalin, Hitler and Europe 1933-1939. The Origins of World War II*. Cleveland 1968; S. Allard, *Stalin and Hitler. Die Sowjetrussische Aussenpolitik 1930-1941*. Bern 1974.
- 13 ADAP, D, VI, Nr. 729, 736, 757, 766, 772.
- 14 ADAP, D, VII, Nr. 18.
- 15 Siehe 2. Dok., S. 127f.; N. Grant, *The German-Soviet Pact, August 23, 1939: A Nonaggression Pact Prepares the Way for War*. New York 1975.
- 16 Karski, S. 373 ff.; N. Bethell, *The War Hitler Won. The Fall of Poland, September 1939*. New York 1973.
- 17 J. Gross, *Und wehe du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941*. Freiburg 1988.
- 18 Zahlenangaben in der vom Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung «KOR» herausgegebenen «Erklärung zum 17. September 1979», zit. in: *Osteuropa* 30 (1980), S. A499-A501. Siehe auch J. Mackiewicz, *Katyn – ungesühntes Verbrechen*. Zürich 1949; J. K. Zawodny, *Zum Beispiel Katyn. Klärung eines Kriegsverbrechens*. München 1971.
- 19 M. Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*. Stuttgart 1965; C. Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*. Köln 1988; J.T. Gross, *Polish Society under German Occupation. The General-gouvernement 1939-1944*. Princeton 1979.
- 20 W. Bartoszewski, *Uns eint vergossenes Blut. Juden und Polen in der Zeit der «Endlösung»*. Frankfurt 1987.
- 21 A. Polonsky (Hg.), *The Great Powers and the Polish Question 1941-1945*. London 1976; L. Fisher, *The Road to Yalta: Soviet Foreign Relations, 1941-1945*. New York 1972; A. Fischer (Hg.), *Teheran-Jalta-Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der «Grossen Drei»*. Köln 1968.
- 22 F. Faust, *Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung*. Frankfurt a. M. 1969; H.G. Lehmann, *Der Oder-Neisse-Konflikt*. München 1979.
- 23 *Geschichtsfälscher (Geschichtlicher Überblick). Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des Zweiten Weltkriegs*. Dt. Ausgabe Berlin 1948.

- 24 Osteuropa 29 (1979), S. A656f.; vgl. das Protokoll eines Kolloquiums über die polnisch-sowjetischen Beziehungen, in: Nowe Drogi, Nr. 7, 1978, S. 128-148.
- 25 Vgl. z.B. M. F. Rakowski, in: Polityka, 10.11.1979; E. Gierek, in: Trybuna Ludu, 19.11.1979; J. Szydłak, in: Nowe Drogi, Nr. 4, 1978, S. 22-29. Dazu auch E.-M. Bader, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.3.1981.
- 26 Die «Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte», die «Polnische Unabhängigkeitsverständigung», eine «Konföderation der Polnischen Demokraten», die «Bewegung des Jungen Polen», die «Vereinigung Erfahrung und Zukunft» und ein «Zentrum des bäuerlichen Gedankens» sprachen sich in ihren Gründungsmanifesten und Proklamationen für eine Offenlegung der historischen Fakten und eine wahrheitsgemässe Geschichtsdarstellung ohne Tabuisierung missliebiger Einzelheiten aus. Belege in: Osteuropa 29 (1979), S. A639-A665; 30 (1980), S. A488-A513.
- 27 Kardinal Wyszyński in einem Schreiben vom 10. Juni 1978 an den Minister für Kirchenangelegenheiten Kazimierz Kakol.
- 28 A. Korab, Beseitigung von «weissen Flecken» zwischen Moskau und Warschau?, in: Osteuropa 38 (1988), S. 385-389; S. A249-A256.
- 29 Neue Zeit, Nr. 35, 1987, S. 18-22.
- 30 Neues Deutschland, 3.11.1987.
- 31 Text der Rede in: Rzeczpospolita, 11.3.1988; Trybuna Ludu, 12. und 13.3.1988. – Bender, Historiker an der katholischen Universität in Lublin, war bereits 1967 mit einem Aufsatz über den Hitler-Stalin-Pakt hervorgetreten: Radziecko-niemiecki pakt o nieagresji z 23 sierpnia 1939 r., in: Więż, Nr. 4, 1967.
- 32 Siehe Vorwort zu diesem Band, S. 10.

K. Hovi

Der Hitler-Stalin-Pakt und Finnland

- 1 Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen. München 1950, S. 280.
- 2 K. Korhonen, Turvallisuuden pettäessä. Suomi neuvostodiplomatiassa Tartosta talvisotaan (Als die Sicherheit versagte. Finnland in der sowjetischen Diplomatie von dem Tartuer Frieden bis zum Winterkrieg). Bd. 2, Helsinki 1971; J. Suomi, Talvisodan tausta. Neuvostoliitto Suomen ulkopoliitikassa (Der Hintergrund des Winterkriegs. Die Sowjetunion in der finnischen Aussenpolitik) 1937-1939. Bd. 1, Helsinki 1973.
- 3 R.O. Peltovuori, Saksa ja Suomen talvisota (Deutschland und der finnische Winterkrieg). Helsinki 1975, S. 18-32.
- 4 J. Nevakivi, The Appeal that was never made. The Allies, Scandinavia and the Finish Winter War 1939-1940. London 1976.
- 5 Documents of British Foreign Policy. Serie III, V, Nr. 449,487,520; ADAP, D, VI, Nr. 434.
- 6 G.R. Ueberschär, Hitler und Finnland 1939-1941. Wiesbaden 1978, S. 33-36.
- 7 Aussage von German Rozanov, in: Iltasanomat, 8.2.1989 und in: Suomen Kuva-lehti 7, 1989 (Kolumne von J. Tarkka).

- 8 AD AP, D, VI, Nr. 724 und VII, Nr. 203; s. auch Peltovuori, a.a.O., S. 45-50.
- 9 M. Jacobson, *The Diplomacy of the Winter War*. Cambridge 1961, besonders S. 105-134.
- 10 Peltovuori, a.a.O., S. 50-52.
- 11 Osmo Jussila, *Teriioen hallitus (Die Regierung von Terijoki) 1939-1940*. Helsinki 1985, S. 19-30.
- 12 A. Tuominen, *Stalins Schatten über Finnland*. Freiburg 1986.
- 13 Nevakivi, a.a.O., S. 188-219; Peltovuori, a.a.O., S. 58-81, 97-112.
- 14 Die Interviews von Dm. Volkogonov in: *Suomen Kuvalehti* 6, 1989.
- 15 Jussila, a.a.O., besonders S. 167-206.
- 16 M. Jokipii, *Jatkosodan synty. Tutkimuksia Saksan ja Suomen sotilaallisesta yhteistyöstä (Die Entstehung des Fortsetzungskriegs. Studien über die deutsch-finnische militärische Zusammenarbeit) 1940-1941*. Helsinki 1987, S. 103-353.
- 17 Jokipii, a.a.O., S.612-628; E. Jutikkala, *Geschichte Finnlands*. Stuttgart 1964, S. 385-388.
- 18 J. Tarkka, 13. artikla. Porvoo 1977.
- 19 *Der Freundschafts-, Kooperations- und Beistandspakt zwischen Finnland und der UdSSR, 6.4.1948, Suomen historian dokumentteja (Dokumente der finnischen Geschichte)*. Helsinki 1965. Bd. 2, S. 454-456; T. Polvinen, *Finland between East and West 1944-1947*. Helsinki 1986.

G. von Pistohlkors

Der Hitler-Stalin-Pakt und die Baltischen Staaten

- 1 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 25. / 26.2.1989.
- 2 Ebd. und *Süddeutsche Zeitung*, 20.2.1989.
- 3 Vgl. den Artikel des estnischen Historikers Heino Arumäe in diesem Band.
- 4 «Sie müssen in dem Masse Realisten sein, dass Sie verstehen, dass die kleinen Völker in Zukunft verschwinden werden. Ihr Litauen zusammen mit den anderen baltischen Völkern, Finnland mitgerechnet, wird in die glorreiche Familie der Sowjetvölker aufgenommen werden. Deshalb sollten Sie beginnen, Ihr Volk in das Sowjetsystem einzuführen, das in Zukunft ganz Europa beherrschen wird.» Molotow zum litauischen Aussenminister Kreve-Mickevicius am 30. Juni 1940, vgl. S. Myllyniemi, *Die baltische Krise 1938-1941*. Stuttgart 1979, S.118ff., bes. S. 126.
- 5 Vgl. J. v. Hehn, *Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte*. Marburg 1982, S. 122, 131 f., 190 und G. v. Rauch, *Geschichte der baltischen Staaten*. München 1977, S. 189ff.
- 6 Vgl. D. A. Loeber (Hg.), *Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-1941. Dokumentation*, Neumünster 1972, Dok. Nr. 77, S. 86f. Vgl. auch J. v. Hehn, a.a.O., S. 164.
- 7 G. v. Pistohlkors, *Estland, Lettland, Litauen 1920-1940*. In: W. Fischer (Hg.): *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 729-768.

- 8 N. Balabkins u. A. Aizsilnieks, *Entrepreneur in a Small Country. A Case Study against the Background of the Latvian Economy, 1919-1940*. Hicksville N.Y. 1975; L. Sabaliunas, *Lithuania in Crisis*. Indiana University Press 1972.
- 9 Vgl. H.-E. Volkmann, *Ökonomie und Machtpolitik. Lettland und Estland im politisch-ökonomischen Kalkül des Dritten Reiches (1933-1944)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), S. 471-500, hier S. 486.
- 10 Über die «Bewegung» in Lettland und Estland jetzt grundlegend J. v. Hehn (Anm. 5), S. 37-74. Vgl. auch E. Kroeger, *Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen*. Tübingen 1967.
- 11 Zitiert bei J. v. Hehn, a.a.O., S. 65.
- 12 Zitiert nach Äusserungen von Beteiligten, ebd., S. 67.
- 13 E. Anderson, *The Baltic Entente: Phantom or Reality?* In: St. Vardys u. R. Misiunas (Hg.), *The Baltic States in Peace and War 1917-1945*. London 1978, S. 126-135, hier S. 127.
- 14 Grundlegend J. Hiden, *The Baltic States and Weimar Ostpolitik*, Cambridge UP 1987; P. Krüger, *Die Aussenpolitik der Republik von Weimar*. Darmstadt 1985 und K.-H. Grundmann, *Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik*. Hannover 1977.
- 15 G. v. Rauch, a.a.O., S. 184 und passim.
- 16 E. Anderson, a.a.O.
- 17 G. v. Rauch, a.a.O., S. 182 und S. Myllyniemi, a.a.O., S. 21.
- 18 B. Meissner, *Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*, Köln 1956, S. 15.
- 19 G. v. Rauch, a.a.O., S. 194.
- 20 G. v. Rauch, *Halders Besuch in Estland im Juni 1939*. In: J. v. Hehn und C.J. Kenéz (Hg.): *Reval und die baltischen Länder*. Marburg 1980, S. 181-193.
- 21 S. Myllyniemi, a.a.O., S. 42.
- 22 Ebd., S. 43, wo Myllyniemi m. E. zu viel Verständnis für die sowjetische Pressionspolitik äussert, wenn er schreibt: «Nachdem die Gefahr eines deutschen Angriffs immer deutlicher geworden war, konnte die Sowjetunion es sich nicht mehr leisten, die Augen vor dem wirklichen Wesen der estnischen Neutralitätspolitik zu verschliessen»...
- 23 Dazu bes. gründlich: R. W. Weber, *Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939*. Frankfurt 1980, bes. S. 115ff.
- 24 S. Myllyniemi, a.a.O., S. 46.
- 25 Eine überzeugende Einordnung der Rede Molotows vom 31. Mai 1939 bei R. Weber, a.a.O., S. 156-160.
- 26 B. Meissner, a.a.O., S. 39. Text nach *Osteuropa* 14 (1938/39), S. 665.
- 27 R. Weber, a.a.O., S. 160.
- 28 Ebd., S. 233 und passim.
- 29 ADAP, D, VII, Nr. 105.
- 30 So Hitler vor den Oberbefehlshabern am 22. August, in: AD AP, D, VII, Nr. 193, Anm. 1.
- 31 R. Weber, a.a.O., S. 261 und passim.
- 32 Ebd., S. 289.

- 33 Für den folgenden Abschnitt sind die erwähnten Arbeiten von G. v. Rauch, S. Myllyniemi und B. Meissner grundlegend.
- 34 Diesen Gesichtspunkt hat B. Meissner scharf und gründlich herausgearbeitet. Seiner Auffassung nach ist die Sowjetisierung der Baltischen Staaten völkerrechtswidrig, weil die Sowjetunion in den Stützpunktverträgen die Unversehrtheit der gesellschaftlichen Ordnung und die Souveränität der Staaten ausdrücklich noch einmal anerkannt hat. Im Vorgehen des Juni 1940 liege ein klarer Bruch dieser Zusage. Vgl. B. Meissner, a.a.O., S. 189ff.
- 35 Zu der «Stützpunktperiode» bes. Myllyniemi, a.a.O., S. 57-89.
- 36 J. v. Hehn, a.a.O., S. 107.
- 37 H.-E. Volkmann, Zur Ansiedlung der Deutschbalten im «Warthegau», in: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), S. 527-558.
- 38 Vgl. u.a. Die Umsiedlung der baltischen Deutschen aus Estland und Lettland im Spiegel von Familienbriefen, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36 (1989), S. 28-64. Dort auch der wichtige Aufsatz von R. Rexheuser, Die Umsiedlung der Deutschbalten, S. 9-26.
- 39 Das geht selbst aus zahlreichen Briefen hervor, die in der zeitgenössischen Propagandaliteratur gesammelt und herausgegeben wurden. Vgl. H. Bosse, Der Führer ruft. Berlin 1941, und Baltendeutsche Heimkehr. Löcknitz o. J.
- 40 Vgl. den Titel der grundlegenden Dokumentation von D.A. Loeber, Anm. 6.
- 41 Eine genaue historische Darstellung des Zusammenhangs von Umsiedlung, Ansiedlung, Flucht und Eingliederung gibt es noch nicht.
- 42 Vgl. G. v. Pistohlkors, Informationen zur Klärung der Schicksale von Flüchtlingen aus den Vertreibungsgebieten östlich von Oder und Neisse: Die Arbeit der Heimatortskarteien (HOK). In: R. Schulze (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hildesheim 1987, S. 57-68.
- 43 Die bisher beste Arbeit über die Zeit nach 1940 in den Baltischen Staaten: R.J. Misiunas, R. Taagepera, Years of Dependence. The Baltic States 1940-1980. London 1983.
- 44 Vgl. G. v. Rauch, Autoritäre Demokratie zwischen Faschismus und Stalinismus. In: Baltica 1 (1988), S. 41-48. Dort genaue Angaben zu den Biographien.
- 45 M. Ehm, Die Kollektivierung der Landwirtschaft in den baltischen Staaten in den 1940er Jahren (ungedruckt). Zusammenfassung in den Baltischen Briefen Nr. 429/30, 1984.
- 46 Die folgende Zusammenfassung stützt sich vor allem auf einen noch ungedruckten Vortrag von E. Levits, Köln, den er am 13. März 1989 gehalten und dem Vf. dankenswerterweise überlassen hat. Vgl. auch E. Levits, Die baltische Frage im Europäischen Parlament, in: Acta Baltica 12 (1984), S. 11 ff. Vgl. auch die Anmerkungen zum Aufsatz von H. Arumäe in diesem Band, S. 147.
- 47 Zitat aus dem Manuskript von E. Levits.
- 48 Meine Übersetzung aus: Homeland (Supplement to the Estonian Kodumaa Weekly), Nr. 9 (218), 1.3.1989.

A. Heinen Der Hitler-Stalin-Pakt und Rumänien

- 1 Dazu grundlegend A. Hillgruber, *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944*. Wiesbaden 1954; Ph. Marguerat, *Le III^e Reich et le pétrole roumain, 1938-1940*. Genf 1977.
- 2 D. Quinlan, *British and American Policies towards Romania, 1938-1947*. Los Angeles 1977; E. Barker, *British Policy in South-East Europe in the Second World War*. London 1976.
- 3 Documents of British Foreign Policy (im Folgenden DBFP), Serie III, Bd. IV, Nr. 395 – Dazu P. D. Quinlan, *The Tilea Affair: A Further Inquiry*, in: *Balkan Studies* 19 (1978), S. 147-157. H. Hanak, *Romania in 1938 and 1939 and the End of British Appeasement*, in: *Anuarul Institutului de Istorie §1 Arheologie >A.D. Xenopoh* 22 (1985), S. 161-179.
- 4 DBFP, Ser. III, VI, Nr. 637. Neue Hinweise in den vor Kurzem veröffentlichten französischen Akten: *Documents diplomatiques français 1932-1939*, Serie II, Bd. 15-18. Ergänzend sind in jedem Falle die Arbeiten rumänischer Historiker heranzuziehen, da sie Dokumente des Bukarester Ausenministeriums auswerten: V. Moisuc, *Diplomata României §1 problema apărării suveranității §1 independențe! nationale in perioada martie 1938-mai 1940*. Bukarest 1971; E. Campus. *Din istoria politică externă a României*. Bukarest 1980.
- 5 DBFP, Ser. III, V, Nr. 2792.
- 6 Siehe Dok. 2 im Anhang dieses Bandes S. 127-128.
- 7 Gr. Gafencu, *Vorspiel zum Krieg im Osten. Vom Moskauer Abkommen (21. August 1939) bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten in Russland (22. Juni 1941)*. Zürich o. J. (1944), S. 339.
- 8 Das diplomatische Geschehen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Ultimatum an Rumänien ist ausführlich dokumentiert in: ADAP, D, IX und X. Dazu F. Marzari, *The Bessarabian Microcosm, September 1939-February 1940*, in: *Canadian Slavonic Papers* 12 (1970), S. 128-141; G. Filiti, *Relations Sovieto-Roumaines*, in: *Aspects des relations russo-roumaines. Retrospectives et orientations*. Paris 1967, S. 51-217; Cioranescu, *Bessarabia, disputed Land between East and West*. München 1985.
- 9 ADAP, D, XI, insbes. Nr. 328 und Nr. 329.
- 10 Polit. Archiv des Auswärtigen Amtes, Pol. IV, Po 5 Rumänien, Bd.6, 31.5.1940. Bericht d. Konsulats Czernowitz; *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, hg. von Th. Schieder, Bd. 3: *Das Schicksal der Deutschen in Rumänien*. Berlin 1957; J. Becker, *Bessarabien und sein Deutschtum*. Bietigheim 1966.
- 11 A. Heinen, *Die Legion «Erzengel Michael» in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus*. München 1986, S. 420ff.
- 12 N. Shafir, *Romania. Politics, Economics and Society*. London 1985.
- 13 Gh. Buzatu, *Din istoria secretă a celui de-al doilea război mondial*. Bukarest 1988. Der Verf. weist die gesamte, auch westl. Literatur nach. – Zur rumänischen Historiographie vgl. neben den in Anm. 8 gen. Werken H. Hartl, *Nationalitäten-*

probleme im heutigen Südosteuropa. München 1973, S. 139ff. u. A.U. Gabanyi, Ceaușescu forciert rumänisch-sowjetische Debatte um «weisse Flecken» der Geschichtsschreibung, in: Südosteuropa 37 (1988) S. 272-279.

- 14 A.U. Gabanyi, Die Deutschen in Rumänien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B50/1988, S. 28-39. Dort auch weitere Literaturangaben.

H. Arumäe

Noch einmal zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt

- 1 H. Arumäe, Esce raz o sovjetsko-germanskom pakte o nenapadenii, in: Sovetskaja Ėstonija, 17.8. und 18.8.1988. Es handelt sich um eine leicht gekürzte Übersetzung eines Beitrags Arumäes aus dem Organ der KP Estlands «Rahva Hääl» (Stimme des Volkes) vom 10. August 1988. – Übersetzung und Anmerkungen vom Herausgeber.
- 2 Vgl. dazu die Fussnote auf S. 125.
- 3 Vgl. dazu u.a. die Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden der Agentur Novosti V.M. Falin auf einer Pressekonferenz in Moskau am 16. August 1988, in: Dokumente. Beilage der Zeitschrift «Sowjetunion heute», 9, September 1988, S. I-III.
- 4 Dies war die Ansicht von 40 Wissenschaftlern auf einer Tagung des Militärhistorischen Instituts in Moskau am 21. September 1988, über die H. Vainu in «Vernyj Tallinn», 30.9.1988, berichtete. Ähnlich äusserte sich auch der Historiker M. Semirjaga, 23 avgusta 1939 goda, in: Literaturnaja Gazeta, 5.10.1988.
- 5 Der Historiker V. Dasicev bemerkt in seinem vielbeachteten Beitrag «Vostok – Zapad. Poisk novych otosenij» in: Literaturnaja Gazeta, 18.5.1988 dazu u.a.: «Nachdem Stalin die Rote Armee enthauptet und ihre besten Führungskader vernichtet hatte, sahen England und Frankreich in der Sowjetunion keinen ernsthaften und wünschenswerten Militärverbündeten mehr. Überdies taten sie sich mit einem Regierungschef schwer, der jegliche menschliche Moral mit Füßen trat und zur Festigung seiner autoritären Macht zu unerhörten Repressionen unter Anwendung grausamer, verbrecherischer Methoden griff.»
- 6 In diesem Sinne hatte sich M.S. Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution geäußert, in der er den Abschluss des Pakts gerechtfertigt hatte: «Letzten Endes flossen die Hauptströme der Aggression zu einer gegen die Sowjetunion gerichteten Flut zusammen.» Prawda, 3.11.1987.
- 7 Vgl. Dok. 4-8, S. 131-137.
- 8 Vgl. Dok. 5, S. 133-134.
- 9 In einem Interview mit dem finnischen Wochenblatt «Suomen Kuvalehti» (Nr. 6, 10.2.1989) erklärte auch der Direktor des Militärhistorischen Instituts in Moskau, Dm. Wolkogonow: «Es ist moralisch zu verurteilen, dass zu diesem Nichtangriffspakt ein Geheimes Zusatzprotokoll gehört, in dem Europa in Interessensphären geteilt wurde. Schon Lenin hat solche Geheimabkommen verurteilt.»

Die Mitarbeiter des Bandes

Rolf Ahmann, geboren 1955, studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik. Dr. phil. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts, London.
Veröffentlichung: Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939 (1988).

Heino Arumäe, geboren 1928, studierte Geschichte der Sowjetunion an der Universität Tartu (Dorpat). Doktor der Geschichtswissenschaften. Leiter der Sektion «Geschichte des Kapitalismus» im Institut für Geschichte der Estnischen Akademie der Wissenschaften, Tallinn (Reval).

Veröffentlichungen: Za kulisami «Baltijskogo Sojuza». Iz istorii vnesnej politiki burzuaznoj Éstonii v 1920-1925 gg. (Hinter den Kulissen der «Baltischen Entente»). Zur Geschichte der Aussenpolitik des bürgerlichen Estland 1920-1925). Tallinn 1966; At the Crossroads. The Foreign Policy of the Republic of Estonia in 1933-1935. Tallinn 1983.

Armin Heinen, geboren 1952, studierte Geschichtswissenschaft, Politologie und Mathematik. Dr. phil. Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fachrichtung Neuere Geschichte, Universität Saarbrücken.

Veröffentlichungen: Die Legion «Erzengel Michael» in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus. (1986); «The Netherlands», in: W. Loth (Hg.), Documents on the History of European Integration, Bd. 3 (1988); Sachzwänge, politisches Kalkül, konkurrierende Bildungstraditionen. Die Geschichte der Universität des Saarlandes 1945-1955, in: Universität des Saarlandes 1948-1988 (1989).

Jörg K. Hoensch, geboren 1935, Studium der Geschichte, Slavistik, Anglistik, Germanistik. Dr. phil., M.A. Professor für Geschichte Osteuropas an der Universität Saarbrücken.

Veröffentlichungen: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik (1965); Sozialverfassung und politische Reform. Polen im vorrevolutionären Zeitalter (1973); Sowjetische Osteuropapolitik 1945-1975 (1977); Geschichte der Tschechoslowakischen Republik (1978); Geschichte Polens (1983); Geschichte Ungarns (1984); Geschichte Böhmens (1987).

Kalervo Hovi, geboren 1942, studierte Geschichte, Politikwissenschaft. Dr. phil.; Professor für allgemeine Geschichte an der Universität Turku/Finnland.

Veröffentlichungen: Cordon sanitaire or barrière de l'est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917-1919. (1975); Alliance de re-

vers. Stabilization of France's Alliance Policies in East Central Europe 1919-1921. (1984); Interessensphären im Baltikum. Finnland im Rahmen der Ostpolitik Polens 1919-1922. (1984); Estland in den Anfängen seiner Selbständigkeit. Die Tagebuchaufzeichnungen des dänischen Generalkonsuls in Reval Jens Chr. Johansen. 13.12.1918-31.5.1919 (1976).

Erwin Oberländer, geboren 1937, studierte Osteuropäische Geschichte, Mittlere und Neuere Geschichte, Slavistik. Dr. phil.; Professor für Geschichte Osteuropas an der Universität Mainz.

Veröffentlichungen: Tolstoj und die revolutionäre Bewegung (1965); Sowjetpatriotismus und die Geschichte (1967); Der Anarchismus. Olten 1972 (Dokumente der Weltrevolution, Bd. 4); Russland von Paul I. bis zum Krimkrieg, in: Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 5 (1981).

Gert von Pistohlkors, geboren 1935, studierte Geschichte, Englisch und Deutsch. Dr. phil.; Akademischer Oberrat am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen: Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution (1978); Die Baltischen Provinzen Russlands zwischen den Revolutionen von 1905-1907 (als Herausgeber zusammen mit A. Ezergailis, 1982); Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579-1979 (als Herausgeber zusammen mit C. Raun und P. Kaegbein, 1987); Estland, Lettland und Litauen 1920-1940, in: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6 (1987).

Helmut Krausnick
Hitlers Einsatzgruppen
Die Truppen des
Weltanschauungskrieges
1938 - 1942



Band 4344

Die ersten »Einsatzgruppen« wurden unmittelbar vor dem Einmarsch in Österreich auf besonderen Befehl von Hitler gebildet. Dieses Buch bringt die Geschichte dieser berüchtigten »Gestapo auf Rädern« in den besetzten Gebieten Osteuropas und verfolgt ihre systematischen Mordaktionen gegen Polen, Russen und namentlich gegen Juden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß - entgegen lange gepflegten anderslautenden Darstellungen, die hier keinen Zusammenhang sehen bzw. das exakte Gegenteil behaupten - die deutsche Wehrmacht nicht nur eine Mit-*Verantwortung* zu tragen hat, sondern in zahlreichen Fällen auch direkt beteiligt gewesen ist. Meinungsführende Mitglieder der Generalität waren unzweifelhaft der Ansicht, daß der Kreuzzug gegen den Bolschewismus geführt werden müsse und damit auch gegen die Juden, die man mit Bolschewismus mehr oder weniger identifizierte.

Fischer Taschenbuch Verlag

Biographien / Erinnerungen Tagebücher Zeitgeschichte



**Wladislaw
Bartoszewski**
**Das Warschauer
Ghetto**
– wie es wirklich war
Zeugenbericht
eines Christen
Band 3459

Floris B. Bakels
Nacht und Nebel
Der Bericht eines
holländischen Christen
aus deutschen
Gefängnissen und
Konzentrationslagern
Band 3468

**Georg Denzler/
Volker Fabricius**
**Die Kirchen
im Dritten Reich**
Christen und Nazis
Hand in Hand?
Bd. 1: **Darstellung**
Band 4320
Bd. 2: **Dokumente**
Band 4321



**Gottfried
Bermann Fischer**
Bedroht, bewahrt
Weg eines Verlegers
Band 1169

Anne Frank
**Das Tagebuch
der Anne Frank**
Band 77

Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Eine der großen
Analysen des
faschistischen
Herrschaftssystems
in Deutschland
Band 4305

Gustav M. Gilbert
Nürnberger Tagebuch
Gespräche der
Angeklagten mit dem
amerikanischen
Gerichtspsychologen
Band 1885



John Heartfield
Krieg im Frieden
Fotomontagen zur
Zeit 1930–1938
Band 3465

Ruth Herzog
Shalom Naomi?
Brief an ein Kind
Band 5102

Wilhelm Hoegner
Flucht vor Hitler
Erinnerungen an die
Kapitulation der
ersten deutschen
Republik 1933
Band 3420

Wieslaw Kielar
Anus Mundi
Fünf Jahre Auschwitz
Band 3469

Joel König
David
Aufzeichnungen
eines Überlebenden
Band 2196

Biographien / Erinnerungen
Tagebücher
Zeitgeschichte



Hermann Langbein
.....nicht wie die Schafe zur Schlachtbank
Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern
Fischer
Band 2034
Schellingstraße 48
Erfahrungen mit Deutschland
Band 5867

Helmut Krausnick
Hitlers Einsatzgruppen
Die Truppe des Weltanschauungskrieges
1938–1942
Band 4344

Jochen von Lang
Der Sekretär
Martin Bormann:
Der Mann, der Hitler beherrschte
Band 3430

Hermann Langbein
... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank
Band 3486



Ernst Loewy
Literatur unterm Hakenkreuz
Das Dritte Reich und seine Dichtung
Eine Dokumentation
Fischer
Band 2105

Ernst Loewy
Literatur unterm Hakenkreuz
Das Dritte Reich und seine Dichtung
Eine Dokumentation
Band 4303

Kazimierz Moczarski
Gespräche mit dem Henker
Das Leben des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei
Band 3466

Hertha Nathorff
Das Tagebuch der Hertha Nathorff
Berlin – New York
Aufzeichnungen
1933–1945
Band 4392



Franz Neumann
Behemoth
Struktur und Praxis des Nationalsozialismus
1933–1944
Fischer
Band 4306

Ernst Papanek
Die Kinder von Montmorency
Band 3494

Ernst Schnabel
Anne Frank
Spur eines Kindes
Band 5089

Robert Wistrich
Wer war wer im Dritten Reich?
Ein biographisches Handbuch
Band 4373

Fischer Taschenbuch Verlag

Robert Wistrich

Wer war wer im Dritten Reich?

Ein biographisches Lexikon

Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik,
Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft

Fischer Taschenbuch Band 4373

»Wer war wer im Dritten Reich« enthält nahezu vierhundert Biographien von Persönlichkeiten, die in der Zeit des Nationalsozialismus eine wie auch immer geartete herausragende Rolle spielten.

Jede Biographie bildet eine Facette des damaligen Deutschland und ihre Verknüpfung zeigt die Vielzahl der Querverbindungen, die erst in ihrer Gesamtheit das Phänomen »Drittes Reich« ausmachen.

Folglich finden sich neben Politikern und Militärs ebenso Diplomaten, Beamte, Industrielle, Geistliche, Parteifunktionäre, SS- und Gestapoführer.

Aber auch Schauspieler, Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Architekten, Sportler und Wissenschaftler, die in Deutschland blieben und es zu Prominenz brachten, stellen einen wichtigen, wenn auch oft zu wenig beachteten Teil der Wirklichkeit der damaligen Zeit dar.

Darüber hinaus geben die in diesem Buch festgehaltenen Lebensläufe keineswegs nur Sachinformationen weiter, sondern halten auch etwas von der Dimension des Menschlichen (und allzuoft nur Unmenschlichen) fest, die für das Begreifen dieser so entscheidenden Phase der modernen Geschichte unerlässlich ist.

Fischer Taschenbuch Verlag

Justizalltag im Dritten Reich

Herausgegeben von
Bernhard Distelkamp
und Michael Stolleis

Justizalltag im Dritten Reich

Herausgegeben von
Bernhard Distelkamp
und Michael Stolleis
Fischer



Band 4396

Wer heute nach der Rolle der Justiz im Nationalsozialismus fragt, erhält widersprüchliche Antworten. Unbestritten ist jedoch: Die konservativ-bürgerlich gestimmte und von hohem Berufsethos getragene Justiz des Weimarer Staates wechselte 1933 schnell und gehorsam in den NS-Staat, trug das System bis zum Ende mit und hinterließ – unbeachtet bleibt hier die Militärgerichtsbarkeit – eine breite Spur von 32 000 Todesurteilen sowie von zahllosen rassistischen und politisch-repressiven Entscheidungen. Den »Tätern in der Robe« wurde in der Bundesrepublik Deutschland kein Haar gekrümmt. Sie durchliefen die »Entnazifizierung« und machten Karriere. Die obersten Bundesgerichte knüpften ausdrücklich an Rechtsprechung und richterliches Selbstverständnis ihrer Vorgänger (Reichsgericht, Reichsverwaltungsgericht, Reichsfinanzhof, Reichsversicherungsamt) wieder an. Der vorliegende Band, eine vom Fachbereich Rechtswissenschaft und der Jüdischen Gemeinde veranstaltete Vorlesungsreihe an der Universität Frankfurt, gibt Antworten auf die Fragen nach der »Unabhängigkeit« der NS-Richter, nach der Rolle der Verwaltungs- und Finanz-, Zivil-, Straf- und Arbeitsgerichte, nach der »Entnazifizierung« der Richter und nach dem Umgang der Justiz mit ihrer eigenen Vergangenheit.

Fischer Taschenbuch Verlag

Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Recht und Justiz
im »Dritten Reich«



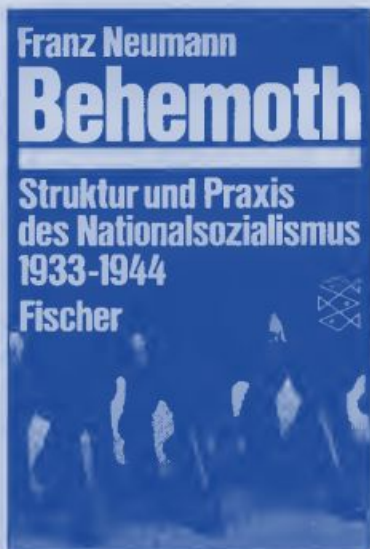
Band 4305

Ernst Fraenkels schon klassisch zu bezeichnende Faschismus-Analyse »Der Doppelstaat« beweist, daß im nationalsozialistischen Deutschland

zwei Systeme nebeneinander existiert haben: der »Maßnahmenstaat« und der »Normenstaat«. Unter »Maßnahmenstaat« versteht Fraenkel das Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist. Der Begriff »Normenstaat« indessen bezeichnet das Regierungssystem, das mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen zwecks Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist, wie sie in Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten der Exekutive zum Ausdruck gelangen. Diese Unterscheidung ermöglicht eine differenzierte Untersuchung der Rolle von Recht und Justiz im »Dritten Reich«.

Fischer Taschenbuch Verlag

Franz Neumann
Behemoth
Struktur und Praxis
des National-
sozialismus 1933 - 1944



Band 4306

Franz Neumanns »Behemoth« erschien zuerst 1942 bei der Oxford University Press. Nach wie vor ist Neumanns umfassendes und kenntnisreiches Werk eine einzigartige Herausforderung für die Faschismusinterpretation. Mit ihm liegt jetzt endlich eines der wenigen Bücher in deutscher Übersetzung vor, die einen theoretisch und politisch gleich ergiebigen, dazu durchaus nicht schwer verständlichen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte leisten. Ernst Nolte nannte das Werk die kenntnisreichste und umfassendste Analyse des Nationalsozialismus, die bislang erschienen ist. Wenn auch heute in Teilbereichen exaktere Einzelkenntnisse vorliegen, die in Neumanns Pionierarbeit noch nicht berücksichtigt werden konnten, so sind doch alle von ihm angesprochenen Grundfragen der Faschismusinterpretation und der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sogenannter sozialstaatlicher Massendemokratien aktuell geblieben.

Fischer Taschenbuch Verlag

Ein Band mit weiterführenden Beiträgen zum „Historikerstreit“ und zur Kontroverse über die Historisierung des Nationalsozialismus.

Dan Diner (Hg.)

Ist der Nationalsozialismus Geschichte?

Zu Historisierung und Historikerstreit

320 Seiten. Originalausgabe. Band 4391

Aus dem Inhalt:

W. Benz: Abwehr der NS-Vergangenheit. Über Moral und Geschichte

S. Friedländer: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus

D. J. K. Peukert: Alltag und Barbarei

D. Diner: Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus

H. Mommsen: Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein

H. Schulze: Die „deutsche Katastrophe“ erklären

C. Leggewie: Frankreich und die NS-Vergangenheit

G. E. Rusconi: Italien und der „Historikerstreit“

G. Boltz: Österreich und der Nationalsozialismus

L. Niethammer: Erinnerungsspuren in die 50er Jahre

D. Diner: Deutsche und Juden nach Auschwitz

U. Herbert: Arbeit und Vernichtung

K. Kwiet: Literaturbericht zur Historiographie des NS

Fischer Taschenbuch Verlag

Dan Diner (Hg.)

Zivilisationsbruch

Denken nach Auschwitz

Fischer Taschenbuch Band 4398

Mit Beiträgen über

Theodor W. Adorno, Günther Anders, Hannah Arendt,
Ernst Bloch, Max Horkheimer, Siegfried Kracauer,
Leo Löwenthal, Herbert Marcuse, Franz Neumann und
Walter Benjamin

Der Nationalsozialismus und sein Kernereignis:
die administrativ und industriell durchgeführte Massen-
vernichtung von Menschen – das Ereignis »Auschwitz« –
werfen einen langen Schatten. Mit größer werdender
Distanz wird die gesamte historische Bedeutsamkeit
dieses Geschehens zunehmend klarer:

»Auschwitz« war nicht bloß ein entsetzliches Ereignis,
sondern ist so etwas wie eine Epochengrenze unserer
gesellschaftlichen Kultur – ein Zivilisationsbruch. Dieses
Buch enthält eine Zusammenstellung von Beiträgen
über bedeutsame kritische Denker, die sowohl existen-
tiell als auch von ihrem theoretischen Denk-Entwurf her
Auschwitz ausgesetzt waren. Welche Folgerungen
zogen sie aus jenem Ereignis? Wie schlägt sich
»Auschwitz« in ihrem Denken nieder? Wie haben sie es
reflektiert – oder negativ: von ihren Entwürfen her
umgangen?

Fischer Taschenbuch Verlag

Walter H. Pehle (Hg.)
Der Judenpogrom 1938
Von der »Reichskristallnacht«
zum Völkermord

Mit Beiträgen von
Uwe Dietrich Adam,
Avraham Barkai, Wolfgang Benz,
Hermann Graml, Konrad Kwiet,
Trude Maurer, Hans Mommsen,
Jonny Moser, Abraham J. Peck und
Wolf Zuelzer



Band 4386

In der Nacht zum 10. November 1938 brannten fast alle noch verbliebenen Synagogen kontrolliert ab – kontrolliert von der Feuerwehr, die darauf zu achten hatte, daß das Eigentum »arischer« Nachbarn keinen Schaden nahm, in Brand gesteckt von bierseligen Parteigenossen auf höheren Befehl. In derselben Nacht wurden an die 100 Menschen ermordet, nur weil sie Juden waren. Rund 30000 wohlhabende Juden wurden aus ihren Häusern geprügelt und in Konzentrationslager verschleppt; viele von ihnen kamen nicht mehr zurück. Und in derselben Nacht wurden an die 7500 Geschäfte jüdischer Mitbürger demoliert und vielfach geplündert.

Diese Ereignisse, für die das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris den Vorwand lieferte, mit dem zynischen Begriff »Reichskristallnacht« zu belegen, heißt, Mord, Totschlag, Brandstiftung, Raub, Plünderung und Sachbeschädigung zu einer funkelnden, glänzenden Veranstaltung umzuinterpretieren und einer böseartig verharmlosenden Erinnerung Vorschub zu leisten. Der vorliegende Band betrachtet den Judenpogrom 1938 nicht isoliert als Einzelphänomen, sondern im Gesamtzusammenhang der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit als eine Etappe auf dem Weg zur »Endlösung der Judenfrage«.

Fischer Taschenbuch Verlag